

Nr. **12** '88

Dezember

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Einzelpreis

3,- DM

AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

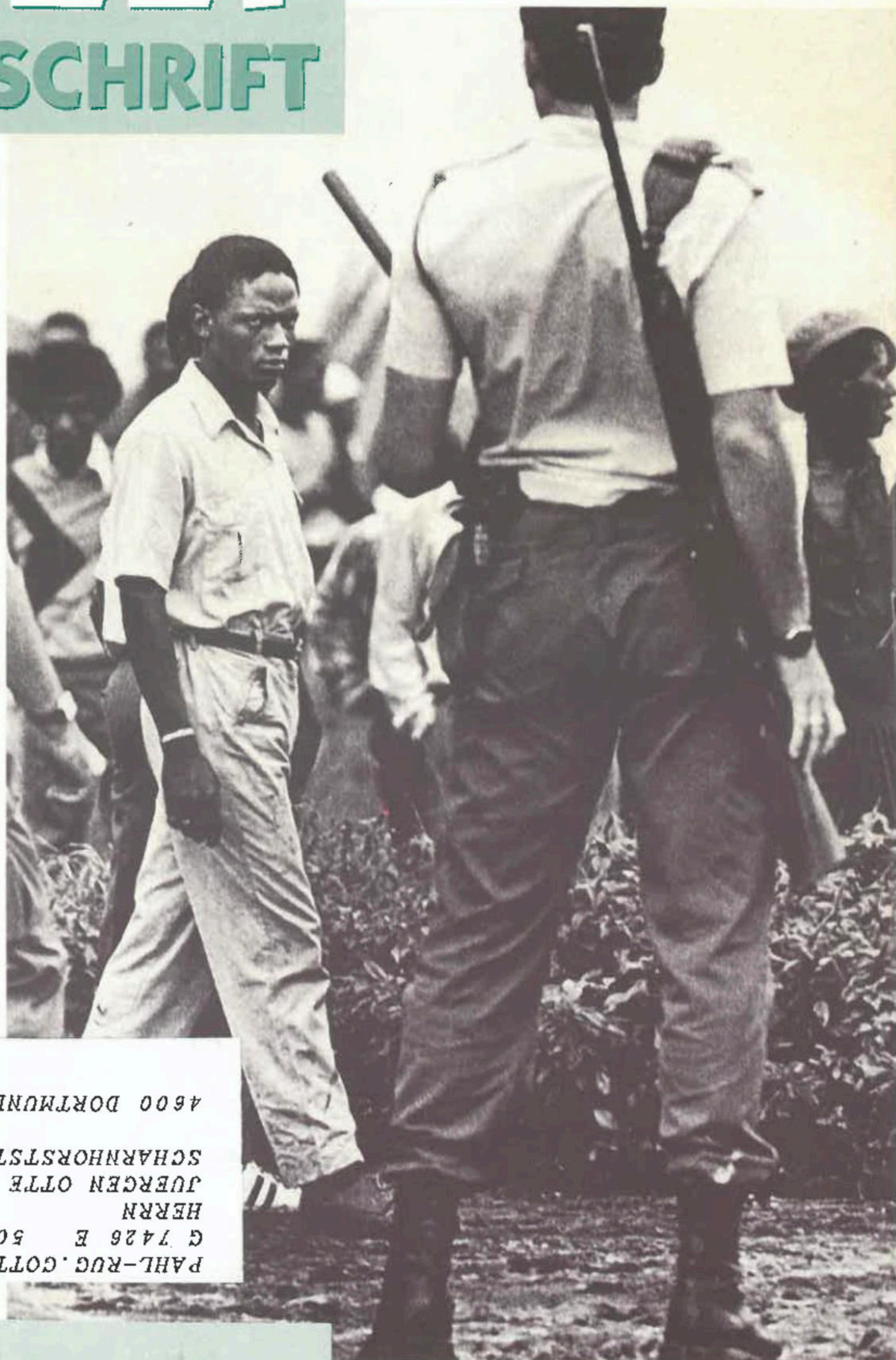
■ **Algerien:** Von der Revolte
zum politischen Frühling?

■ Die Befreiungsbewegung
El Salvadors in der Offensive

■ Die **Sowjetunion** und
die Schuldenkrise

SÜD
AFRIKA

ht nach vorne



PAHL-RUG.GOTTESW.54 5000KOELN
G 7426 E 504802 415
HERRN
JUERGEN OTTE
SCHARNHORSTSTR. 77
4600 DORTMUND 1

Inhalt

Kommentar: Nur ein deutscher Ausländer ist ein guter Ausländer	3
Südafrika Die Schwarzen blieben den Kommunalwahlen fern	5
Leverkusener Treffen des ANC mit südafrikanischen und sowjetischen Akademikern: Der Widerstand wird breiter	7
Interview mit Johnny Makathini über die Dialogpolitik Bothas in Afrika	8
Christen gegen Apartheid (V): Die bundesdeutschen Kirchen meiden den Kampf	10
Algerien Von der Revolte zum politischen Frühling?	12
Libyen Reformschub in der Jamahiriya	16
Nicaragua Hurrikan verwüstet Nicaragua	19
Interview mit Patricia Elvir: Verstärkt die Überlebenshilfe!	20
Städtepartnerschaftstreffen: Projektprovinzialismus und/oder Solidarität	21
El Salvador Interview mit Gewerkschaftsführer Humberto Centeno: Viele Wege führen nach Rom	22
Ausländer im Visier	23
Aufruf „Waffen für die FMLN“	25
Brief des FMLN-Generalkommandos zur Wiederbelebung der taz-Kampagne	26
Burma Der vereitelte Aufstand	32
Burma-Daten	33
Schillernder Widerstand der nationalen Minderheiten	35
Türkei Evrens Besuch in Bonn: Schritt in Richtung Demokratisierung?	38
Auszug aus dem türkischen Strafgesetzbuch	39
Entscheidung des Europäischen Rates zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei	40
Weltwirtschaft Dritte Welt, Schuldenkrise und Nord-Süd-Dialog in Moskaus neuer Außenpolitik	41
Gewerkschaften 2. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritätsgruppen: Dritte-Welt-Solidarität im Aufwind	46
Diskussionsforum Regionalkonflikte	47
Kultur Film „Good Morning, Vietnam“	47
Gespräch mit dem angolanischen Schriftsteller Pepetela: Bücher gehören zum täglichen Brot	48
Rezension Bücher über die Philippinen nach Marcos	50
Leserbriefe	52
Infos zur Solidarität: Buchtips zu Waffenexportgeschäften.	
Palästina-Unterschriftenkampagne, Rüstungsexporte	53
Kurzinformationen: Alternativer Nobelpreis, Lateinamerikagipfel, Palästina, Israel, Kampuchea, Chile	54



El Salvador

S. 22

Mit der Wahlniederlage und Spaltung der Christdemokraten, dem Anwachsen der Massenbewegung und vermehrten Aktionen der Befreiungsfront FMLN ist in El Salvador eine neue Situation entstanden. Unser Gespräch mit Gewerkschaftsführer Humberto Centeno beleuchtet Stand und Perspektiven des Befreiungskampfes.



Südafrika

S. 5

Erstmals ließ das Apartheidregime im Oktober d.J. multirassische Kommunalwahlen abhalten. Damit soll der unter dem Ausnahmezustand verdrängte „Reform“-gedanke wiederaufgegriffen werden. Zeitgleich miment Botha auf Dialogpolitik in Afrika.

Was brachte das Wahlspektakel? Wie sieht die Opposition den Dialogprozeß?



Burma

S. 32

Monatlang erschütterten Massenproteste das Regime der Burmesischen Sozialistischen Programmpartei. Der Putsch der Militärs kam sodann dem erwarteten Aufstand zuvor.

Was sind die Hintergründe der Unruhen, was die Konsequenzen des Gegenschlages in der einstigen „Schweiz Südasiens“?

Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Eblehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiterinnen dieser Ausgabe: Beate Bartoldus, Frank Bräbel, Reinhard Brückner, Ulrike Dufner, Stefan Flaig, Max Steinberger, Johannes Zieger.

Redaktionschluss: 5. November 1988

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510866, 5000 Köln 51, Telex 221 4284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,50 Porto je Heft.

Kündigungen: spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0211/1600137

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50); Sparkasse Köln 10652236 (BLZ 370 501 98).

Anzeigen: ANC, issa, Varnos e.V., blätter des IZSW, Sahara Info, Verlag Simon & Magiera, Forum, atom, Solishop 3. Welt. Der gesamten Auflage liegen Prospekte des Pahl-Rugenstein Verlages und des Solishops 3. Welt bei.

Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Fotografische: Afrapix, Archiv DRITTE WELT, South, Jeune Afrique, Time, US&WR, Newsweek, SRV, Außenhandel

Nur ein deutscher Ausländer ist ein guter Ausländer

Cengiz Yilmaz

Ehemaliges Mitglied im Ausländerbeirat der Stadt Essen



„Der Rechtsanspruch auf Asyl muß endlich fallen“, fordert Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth und fügt hinzu: Es wäre „anständiger und humaner“, die Asylsuchenden schon an der Grenze „abzublocken“. Falls es nicht zu einer Änderung kommen sollte, prophezeit er für die nächsten Jahre eine Entwicklung im Asylbereich, die für die Bundesrepublik in einer Katastrophe enden müsse.

POLITISCH VERFOLGTE GENIESSEN ASYLRECHT Dieser Artikel der Verfassung ist eine Lehre aus der faschistischen Terrorherrschaft und aus den leidvollen, bitteren Erfahrungen der Völker.

Die Äußerungen Lafontaines zur Aussiedler-Problematik, der die bevorzugte Bonner Behandlung der Aussiedler als „Deutschtümelei“ bezeichnet und die restriktive Asylpolitik kritisierte, werden von der CDU/CSU und FDP heftig attackiert, und Lafontaine wird als Verfassungsbrecher tituliert. Es ist nicht angebracht, die Asylsuchenden und Aussiedler gegeneinander auszuspielen. Es ist eine besondere Verpflichtung für die Bundesrepublik, den politisch Verfolgten großzügig Asyl zu gewähren.

Experten meinen, daß in den nächsten Jahren zusätzlich 1,4 Mio. „ausreisewillige Deutsche“ aus den sozialistischen Ländern kommen werden. Es fehlen Wohnungen, Arbeitsplätze. Aber Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit bestehen nicht erst seitdem diese Menschen in die BRD kommen. Neu ist das, was die Herren von der CDU/CSU-Spitze von sich geben.

Sie freuen sich über den Zustrom von Ausländern (jedoch nur dann, wenn sie einen deutschen Vorfahren haben), planen Hilfsprogramme in Milliardenhöhe. Sie fordern von der Bevölkerung, daß nur diese Ausländer „mit offenen Armen und großem Verständnis“ empfangen werden sollten. Diese Menschen werden als Deutsche angesehen und deshalb werden sie besonders behandelt.

Im Gegensatz dazu werden Jugendliche, die aus Wohnungsnot Häuser besetzen, als Terroristen abgestempelt und behandelt. Die Gewerkschaften, die für die Beibehaltung oder Schaffung neuer Arbeitsplätze kämpfen, werden

von der gleichen Bundesregierung diffamiert, mit Klassenkämpfertum beschimpft.

Aber so wird zumindest deutlich, daß es den Herren nicht darum geht, ihre Verpflichtungen aus der Vergangenheit einzulösen. Die Aussiedler spielen nur eine Rolle im Kalkül der Herrschenden. Die Bundesregierung muß aufhören, mit den Schicksalen der Menschen zu spielen. Von ihr muß verlangt werden, daß die „Heim ins Reich“-Kampagne unverzüglich beendet wird. Für die Fälle einer Familienzusammenführung müssen neue Vereinbarungen getroffen werden.

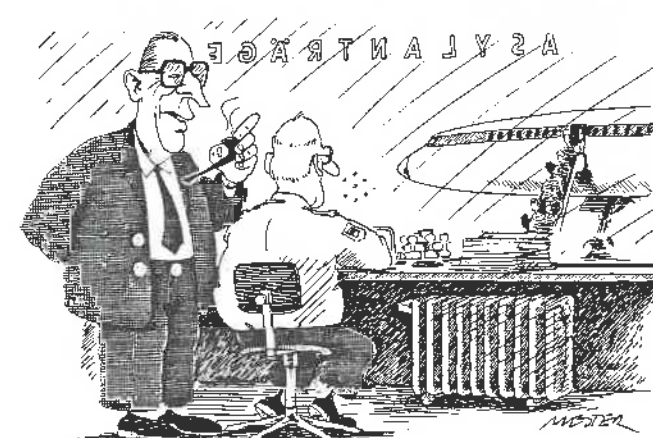
Ausländerfeindlichkeit zu schüren, den rassistischen Propagandisten den Rücken zu stärken, gehört zu einem Gesamtkonzept. Die Aussiedler müssen erkennen, daß das, was sie von den einheimischen Bürgern an unfreundlichen Reaktionen erfahren, zu diesem Konzept gehört. Die Aussiedler sind in der Gefahr, Opfer derselben Kampagne zu werden, mit der die Bevölkerung gespalten und geschwächt werden soll. Wer heute die Abschaffung des im

Grundgesetz verbrieften Rechts auf Asyl fordert und die Grenzen der Bundesrepublik für politische Flüchtlinge verriegeln will, mißachtet und handelt wider den Geist und Buchstaben der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes. Die volle Verwirklichung des Asylrechts ist die einzige anständige und humane Praxis. Hilfeleistungen mit krassen Unterschieden und mit diskriminierenden Abstufungen sind menschenunwürdig und führen zu sozialen Spannungen.

Die volle Verwirklichung des Auftrags des Grundgesetzes, Artikel 16, Absatz 2 bedeutet: Den Rechtsweg für Asylsuchende nicht weiter einzuschränken. Asylanten müssen ein Recht auf Arbeit haben. Sie dürfen nicht mit einer zweijährigen Sperre aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen werden. Die politische Verfolgung zu kasernieren und in Sammelagern unterzubringen, ist unmenschlich.

Die Asylsuchenden müssen das volle Recht auf Ausübung ihrer politischen Tätigkeit haben. Die Reisefreiheit darf nicht eingeschränkt werden. An den Asylprüfungsverfahren müssen Vertreter der fortschrittlichen, demokratischen, antiimperialistischen Organisationen beteiligt werden. Ihre Gutachten zur Situation in den entsprechenden Ländern müssen zwingend zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemacht werden.

Dabei darf es keine Rolle spielen, ob das Herkunftsland in einem Bündnis mit der BRD steht.



„Suchen Sie maximal zehn Prozent raus – Leute aus Polen, Afghanistan und so. Den Rest schieben wir als Wirtschaftsflüchtlinge ab!“

Die Schwarzen blieben den Wahlurnen fern

Mit einem Mißerfolg für die Apartheidstrategen endeten die „rassisch“ getrennten Kommunalwahlen am 26. Oktober d.J. Indem sich die Schwarzen kaum beteiligten, erteilten sie den politischen Kooptationsversuchen des Regimes eine deutliche Absage. Gleichzeitig verlor die regierende Nationale Partei bei den „weißen“ Kommunalwahlen Stimmen an die noch rechtsextremere Konservative Partei (CP), der die zögerliche Modernisierung der Apartheid durch die Regierung Botha bereits zu weit geht.

Offiziell wurde die Beteiligung der Afrikaner an den Kommunalwahlen mit knapp über 20% angegeben. Tatsächlich gingen jedoch weniger als 10% der schwarzen Wahlberechtigten tatsächlich an die Urnen.

In Soweto, dem Millionenghetto vor den Toren Johannesburgs, wählten nach amtlichen Angaben 11,5% der registrierten Wahlberechtigten. Doch die meisten hatten sich nicht einmal in die Wählerlisten eingetragen. Real beteiligten sich deshalb in Soweto nur 2,8% der erwachsenen Bevölkerung an der Wahl.¹

Diese Angaben lassen bereits erahnen, daß es sich lohnt, hinter die offiziellen Angaben und die amtlichen Sprachregelungen zu schauen. Von Regierungsseite wurden die Kommunalwahlen als „landesweit“ verkauft.

„Landesweit“ waren sie jedoch mitnichten. Denn in den 10 „autonomen“ bzw. „selbständigen Homelands“ wurde gar nicht erst „gewählt“, ging es dem Regime doch um eine politische Einbindung der Schwarzen, die außerhalb der „Homelands“ leben.

Bei der Wählerregistrierung griff das Regime zu unkonventionellen Maßnahmen. Beispielsweise entnahm die Regierung Namen von den schier endlosen Wartelisten für Wohnhäuser in den schwarzen Vorstadtghettos. In der Provinz Transvaal taten sich die Unternehmer mit der Regierung zusammen und halfen, 20.000 Flugblätter zu verteilen, in denen die ArbeiterInnen zur Registrierung als WählerInnen ermuntert wurden.

Einige Unternehmer versprachen ihren ArbeiterInnen, sie bekämen am Wahltag frei, wenn sie sich in die Registrierungslisten einschrieben. Mit diesen Methoden will die Regierung eine Registrierungsrate von 60-70% erreicht haben.²

Auch für den Wahlakt selbst ließ sich das Regime einiges einfällen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Während in der östlichen Kap-Provinz Freibier und 50 Rand für eine Wahlbeteiligung geboten wurden, drohten die KandidatInnen in Khayelitsha, einem schwarzen Wohnghetto bei Kapstadt, den Nicht-WählerInnen an, ihre Häuser zu zerstören. Aus dem ganzen Land berichteten RentnerInnen, daß ihnen die Beamten in den Rentenbüros mit dem Entzug der Rentenzahlungen drohten, falls sie nicht ihre Wahlbeteiligung nachweisen könnten.³ Um die Wahlbeteiligung hochzutreiben, ermöglichte das Regime eine vorgezogene Stimmabgabe über 11 Tage hinweg. Es plazierte, in zutreffender Einschätzung der tiefen Ablehnung der Wahlen durch die Schwarzen, die Wahllokale so, daß die WählerInnen ihre Stimmen unbemerkt von ihren NachbarInnen abgeben und somit von sozialem Druck unbehelligt bleiben konnten.

Während das Regime selbst intensiv Propaganda für die Wahlteilnahme machte, unterdrückte es jedwede Opposition gegen die Kommunalwahlen. Im Rahmen seiner „Wahlvorbereitung“ verhängte das Regime im Februar d.J. ein faktisches Verbot gegen 17 Widerstandsorganisationen. Ein Aufruf zum Wahlboykott wurde unter den Notstandsbestimmungen ausdrücklich verboten.

Für die demokratische Bewegung, die von den De-facto-Verboten, den zahlreichen Verhaftungen schwer getroffen ist und zunehmend in den Untergrund abgedrängt wird, war es unter diesen Bedingungen sehr schwierig, einen Wahlboykott zu organisieren. Kirchenführer setzten sich offen über das Verbot, zum Wahlboykott aufzurufen, hinweg.

Im Vorfeld der Wahlen wurden die Schulen in Soweto und Lenasia fast vollständig boykottiert. An Universitäten und Oberschulen in Johannesburg und der westlichen Kap-Provinz kam es zu heftigen Protesten. Straßenkomitees machten gegen

Wahltag in Kapstadt: Polizisten bewachen ein Wahllokal im Township Athlone, das weitgehend von den Schwarzen boykottiert wurde



Brosche



Einen wertvollen Bildband mit Texten in vier Sprachen: „Die Palästinenser“, gestaltet von Georg Stein, Vorwort Erich Fried, 154 Seiten, fest gebunden, DM 48,-
Bestell-Nr.: 1207

Eine Brosche mit dem Symbol der südafrikanischen Befreiungsbewegung African National Congress (ANC)
in Silber Preis DM 29,-
Bestell-Nr.: A 1702
in Gold DM 125,-
Bestell-Nr.: A 1722

Ein Buch über die bundesdeutschen Helfer der Contras: „Die Contra Connection“
304 Seiten, DM 20,-
Bestell-Nr.: B 3213

Ein palästinensisches Tuch „Kufia“
Preis DM 15,-
rot-weiß Best.-Nr.: D 1801
schwarz-weiß Best.-Nr.: D 1802



Bildband



Kufia



Buch

ZUM VERSCHENKEN:

Wir werten den Cordoba auf!



Aus 5000 wertlosen nicaraguanischen 1-Cordoba-Münzen machen wir 10.000 DM Unterstützung für das Land (im Preis sind 2,- DM Spende enthalten!). Die Münzen zeigen ein Bild Sandinos, sind von uns versilbert und mit einem Anhänger versehen.
DM 8,-
Bestell-Nr.: B 3701

... jeweils gemahlen oder in Bohnen.
Bei 500 g Packungen auf Wunsch auch in unterschiedlichen Mahlstärken für Kaffeeautomaten, z. B. WMF-Mahlung.



250 g Packung (+ Porto/Verpackung) 5,70 DM

500 g Packung (+ Porto/Verpackung) 11,00 DM

ab 30 Pfd.
250 g Packung 5,15 DM
500 g Packung 9,90 DM

ab 100 Pfd.
250 g Packung 5,00 DM
500 g Packung 9,60 DM

(ab 10 Pfund verschicken wir versandkostenfrei!)

Eine starke Sache, die gut schmeckt!

Gleich schnippeln & abschicken zum:

Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel.: 069 / 77 88 63

Anz.	Bestell-Nr.	Preis

Alles inkl. MwSt plus 3,- DM Versand

☐ Ich füge 1 Scheck bei
☐ Erbitte Rechnung

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Unterschrift

Ich möchte den kostenlosen Gesamtkatalog: ☐ ja ☐ nein

die Wahlen mobil.

In den Wochen vor den Wahlen waren praktisch täglich Guerillaanschläge zu verzeichnen. Diese Anschläge richteten sich fast ausschließlich gegen „harte“ Ziele – Polizeistationen, Büros der Kommunalverwaltung, Wahlbüros. „Wir werden den Marionettenorganisationen nicht erlauben, Kandidaten aufzustellen. Wir werden unsere Leute gegen sie mobilisieren. Aber wir werden auch revolutionäre Gewalt – oder kräftige Überzeugung – gebrauchen, um Schwarze von der Kollaboration abzubringen“, hatte Chris Hani, Stabschef von Umkhonto we Sizwe, der Armee des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), schon Mitte d.J. angekündigt.⁴

Tatsächlich fanden sich in einem Teil der Townships – gerade auch solchen, die aufgrund ihrer langen Widerstandstradition einer besonders scharfen Repression ausgesetzt waren – nicht genügend KandidatInnen für eine Wahl. In der Hälfte der Townships in der östlichen Kap-Provinz gab es gerade genug KandidatInnen, um die Sitze im Stadtrat zu füllen. Ähnliches gilt für Townships bei Johannesburg.⁵

In 1.248 der 2.733 Wahlkreise wurde nicht gewählt, weil es keine konkurrierenden KandidatInnen gab oder – wie in 138 der Fälle – niemand kandidierte. Die Wahlbeteiligung war nicht nur bei den AfrikanerInnen, sondern auch bei den InderInnen und „Farbigen“ gering.

Das Wahlergebnis sei „überhaupt keine Bestätigung“ für Bothas Reformen, zog Rob Evans von der Universität Natal Bilanz. Genau eine solche hatten sich Botha und Konsorten mit den „Kommunalwahlen“ holen wollen.⁶ Denn die schwarzen Kommunalverwaltungen, die Mitte der 80er Jahre durch den breiten Widerstand im Land weitgehend paralysiert und auch schon 1977 und 1983 nur mit minimaler Beteiligung „gewählt“ worden waren, sollen auf neue Weise in den institutionellen Apparat integriert werden.

Neben den jeweils getrennt gewählten „weißen“, „indischen“ und „farbigen“ Stadträten sollen nun auch die „afrikanischen“ Stadträte RepräsentantInnen in sog. „Regionale Dienstleistungsräte“ (RSCs), die für Angelegenheiten wie Müllabfuhr und Wasserversorgung zuständig sind, entsenden. Diese RSCs sollen in einem weiteren Schritt RepräsentantInnen in einen vom Regime geplanten Nationalrat mit beratender Funktion

entsenden.

Auf diese Weise will das Regime die „Probleme der politischen Rechte der Schwarzen“ angehen. 1985 forderte Minister Gerrit Viljoen, die Afrikaner – wohl gemerkt außerhalb der „Homelands“ – müßten „in alle Ebenen der Entscheidungsfindung bis zur höchsten Ebene“ eingegliedert werden und dieser Prozeß solle von unten nach oben verlaufen.⁷ Dabei soll aber alles fest unter der Kontrolle der Regierung und der Weißen bleiben.

So kann die Regierung die schwarzen Stadträte auflösen und einen staatlichen Verwalter, fast immer weißer Hautfarbe, an ihre Stelle setzen, wenn sie nicht spüren. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind gering. Von ihnen wird verlangt, daß sie ganz im Sinne der neuen Form der Zugangskontrollen illegale SiedlerInnen vertreiben und deren Hütten abreißen. Sie werden kontrollierend im Sinne des Regimes tätig.

In den scheindemokratischen RSCs werden die Schwarzen immer in der Minderheit bleiben. Denn die meisten Stimmen im RSC gehen an die Kommunalverwaltung, welche die meisten Dienste, z.B. Wasser und Elektrizität, in Anspruch nimmt. Die Weißen werden daher das Übergewicht haben. Der Vorsitzende des RSC wird vom Provinzgouverneur ernannt, der seinerseits seinen Posten Staatspräsident P.W. Botha verdankt.⁸

Die tatsächliche Regierungsgewalt verlagert sich ohnehin zunehmend hin zum politisch-militärischen Nationalen Sicherheitsmanagementsystem (NSMS). An seiner Spitze steht der Staatssicherheitsrat, bestehend aus dem Staatspräsidenten, ausgewählten Ministern und den Spitzen des Sicherheitsapparates. Ihm untergeordnet sind regionale und lokale Abteilungen. Der Versuch der hier sitzenden Apartheidstrategen, über die Kommunalwahlen Legitimität für ihre politischen „Reformen“ und Township-Instandsetzungsprogramme zu bekommen, die Teil der Aufstandsbekämpfung sind, ist fehlgeschlagen.

Anmerkungen:

- 1) Die Tageszeitung, West-Berlin, 28.10.1988
- 2) Vgl. New Nation, Johannesburg, 6.10.1988
- 3) Vgl. Southscan, London, 26.10.1988
- 4) The Times, London, 7.6.1988
- 5) Vgl. Weekly Mail, Johannesburg, 30.9. und 7.10.1988; South, Kapstadt, 6.10.1988; Star, Johannesburg, 10.10.1988
- 6) Southscan, 26.10.1988
- 7) Weekly Mail, 2.9.1988
- 8) Zu diesen Strukturen siehe: New Nation, 6.10.1988

Radio Mandela Stimme des ANC

Die vor über einem Jahr gestartete Spendenaktion „Radio Mandela“ kann einen ansehnlichen Zwischenstand vorweisen: Ende 1988 war sie bei nahezu einer halben Mio DM angelangt. Und sie soll 1989 fortgeführt werden.

Dies jedenfalls war der Tenor von Don Ngubeni, Direktor des ANC-Radio-Netzwerks „Radio Freedom“, der im Oktober 1988 zur Auswertung der Kampagne in der Bundesrepublik weilte. Er bezeichnete das Projekt „Radio Mandela“ gerade in der sich aktuell „zuspitzenden und wandelnden Situation“ als äußerst wichtig, gelte es doch, mit Hilfe dieses Mediums Widerstand und Bevölkerung in Südafrika rasch zu informieren. Da Pretoria vermehrt dazu übergegangen sei, „Radio Freedom“ zu stören, brauche der ANC dringend eine bessere technische Ausrüstung.

Der Trägerkreis der Spendenaktion, der vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), der Anti-Apartheid-Bewegung und dem BUKO bis hin zum Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt reicht, ruft zu verstärkten Anstrengungen für „Radio Mandela“ auf.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“



Gegner der Apartheid beim Leverkusener Gespräch: Thabo Mbeki; Alexander Boraine, Johnny Makathini und Wassily Solodnikow (v. l. n. r.)

Joachim Becker

ANC-Treffen mit südafrikanischen und sowjetischen Akademikern Den Widerstand verbreitern

Vom 24.-27. Oktober d.J. fand in Leverkusen ein Treffen von Führungskmitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) mit weißen südafrikanischen Liberalen aus dem akademischen Bereich und sowjetischen Wissenschaftlern statt. Organisiert wurde die Konferenz von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für eine demokratische Alternative für Südafrika (Idasa). Auf seiten des ANC nahmen Informationssekretär Thabo Mbeki, die Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees, Aziz Pahad und Joe Slovo (er ist gleichzeitig Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei), sowie der Direktor der Internationalen Abteilung, Johnny Makathini, teil. Als Beobachter waren Winrich Kühne von der Stiftung Wissenschaft und Politik, die der Bundesregierung zuarbeitet, und Theo Hanf vom Bergstraesser-Institut anwesend.

Ein Ziel des Treffens sei es gewesen, die antikommunistischen Stereotypen aufzubrechen, die aufgrund der intensiven Regierungspropaganda unter den Weißen tiefe Wurzeln geschlagen hätten, erklärten die ANC-Vertreter zum Abschluß der Beratungen.

Das Regime nutze die „fiktive Furcht“ vor dem „Kommunismus“ sehr wirksam zur Sicherung der Apartheid. Der ANC verspreche sich von dem Treffen, so A. Pahad, daß die weißen Teilnehmer zu Hause in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen weit verbreiteten Vorurteilen entgegenzutreten und für eine Veränderung in Südafrika arbeiteten.

Einige Weiße, so Alex Boraine von Idasa, der früher ein führendes Mitglied der liberalen parlamentarischen Oppositionspartei Progressiv-Föderale Partei (PFP) war, lösten sich intellektuell von der Apartheid, seien jedoch gefühlsmäßig noch stark in den alten Stereotypen verhaftet. Es sei wichtig, dieser Gruppe Alternativen zur Apartheid aufzuzeigen und sie für eine Veränderung zu gewinnen.

Das Treffen mit den weißen AkademikerInnen und den sowjetischen Wissenschaftlern füge sich in die ganze Reihe von Beratungen des ANC mit Gewerkschaften, Kirchenvertretern, Sportverbänden usw. ein, erklärte A. Pahad. Alle gesellschaftlichen Sektoren müßten für eine Veränderung mobilisiert werden.

Neue Kräfte wie manche Geschäftsleute, traditionelle Chiefs (Häuptlinge) oder die von der Nationalen Partei abgespaltene Nationaldemokratische Bewegung (NDM) schlossen sich dem Anti-Apartheid-Kampf an, erklärte T. Mbeki. Der ANC, die Vereinigte Demokratische Front (UDF) und der Kongreß südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) stimmten darin überein, daß das Entstehen dieser neuen Kräfte in Rechnung gestellt werden müsse und es notwendig sei, Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu finden.

Andere, nicht so neue Kräfte, wie der von afrikanischen und Black-Consciousness-Strömungen (Bewegung Schwarzes Bewußtsein; d. Red.) geprägte Gewerkschaftsdachverband NACTU, stünden unter dem Druck ihrer Basis, sich stärker im Kampf gegen die Apartheid zu engagieren und sich gegenüber anderen Strömungen kooperationsbereiter zu zeigen.

Dies habe es COSATU ermöglicht, für Ende September d.J. eine große Anti-Apartheid-Konferenz einzuberufen, an der bis zu 700 Delegierte von 73 Organisationen äußerst unterschiedlichen politischen und sozialen Hintergrunds hätten teilnehmen sollen. Das Regime habe die Konferenz zwar verboten, aber es müßten weiterhin Wege der aktionsorientierten Zusammenarbeit in bestimmten Punkten gefunden werden.

Massenmobilisierung, die Stärkung des Untergrunds, der be-

**Massenmobilisierung,
Stärkung des Untergrunds, der
bewaffnete Kampf und diplomatische Initiativen
sind die Eckpfeiler
der ANC-Politik**

waffnete Kampf und diplomatische Initiativen seien die strategischen Elemente der ANC-Arbeit, erläuterte A. Pahad auf einem Treffen mit der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung im Anschluß an die Leverkusener Gespräche. Es sei im ANC unbestritten, daß der bewaffnete Kampf intensiviert werden müsse, sagte T. Mbeki unter Hinweis auf die Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees des ANC vom 17. August d.J. zu diesem Thema. Militärische Aktionen von ANC-Kadern, die nicht der ANC-Politik entsprochen hätten, nämlich Angriffe auf Zivilisten, hätten diese Bekräftigung der bisherigen Politik



Leverkusener Diskussionsmitglied Joe Slovo (ANC-Exekutivkomitee)

im bewaffneten Kampf erforderlich gemacht.

Viele ANC-Leute, die innerhalb Südafrikas ausgebildet worden seien, seien sehr empfänglich für die Stimmung in der Bevölkerung, ohne intensiv politisch ausgebildet worden zu sein. Der ANC werde dafür sorgen, daß auf Zivilisten gezielte Angriffe unterblieben.

Wie der ANC bereits in seiner Erklärung dargestellt habe, gehe ein Teil derartiger Anschläge jedoch auch auf das Konto von Agenten des Regimes, das auf diese Weise Verwirrung stiften und den ANC diskreditieren wolle.

Auf dem Treffen in Leverkusen seien neben der sowjetischen Politik gegenüber dem Südlischen Afrika und ihrer Wahrnehmung im Apartheidstaat schwerpunktmäßig auch der Entwurf des ANC für Verfassungsrichtlinien eines demokratischen Südafrika (Wortlaut siehe in: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 30f.) zur Sprache gekommen, erklärte der frühere Vorsitzende der PFP, Van Zyl Slabbert, vor der Presse in Bonn. Der Entwurf sei über zwei Jahre hinweg von der Rechtsabteilung des ANC

Interview mit Johnny Makathini (ANC)

Sanktionen sind wirksamer als Treffen mit Botha

Angesichts der Verhandlungen, die Südafrika mit Angola, Kuba und den USA über eine Beilegung des Angola-Konfliktes und die Unabhängigkeit Namibias führt, halten einige proimperialistische afrikanische Staaten den Augenblick für gekommen, Südafrika bei der Durchbrechung seiner diplomatischen Isolation zu helfen. Nach einem Besuch in Malawi im September d.J. wollte der südafrikanische Staatschef Pieter Botha am 1. Oktober in Zaire und am 15. Oktober in der Elfenbeinküste. Im folgenden Interview äußert sich der Leiter der Internationalen Abteilung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Johnny Makathini, zur südafrikanischen Diplomatie.

FRAGE: Es scheint, daß die Dinge im Südlischen Afrika ernsthaft in Bewegung geraten sind?

J. MAKATHINI: Es stimmt, daß das weiße Regime Südafrikas kürzlich schwere und vielleicht sogar entscheidende Niederlagen in Angola einstecken mußte. Der Mythos der Unbesiegbarekeit, der es bisher umgab, ist damit zusammengebrochen.

Gleichzeitig führt das Zusammentreffen des bewaffneten Kampfes, den der ANC im Innern des Landes führt, mit dem Anwachsen der Zahl junger Weißer, die sich weigern ihren Militärdienst zu leisten, und der zunehmenden Wirksamkeit der Wirtschaftssanktionen zu einer schwierigen Situation für die weiße Macht. Es ist die Verknüpfung all dieser Faktoren, die jetzt die Dinge im Südlischen Afrika in Bewegung gesetzt hat.

FRAGE: Glauben Sie nicht, daß die Vier-Parteien-Gespräche (Angola, Südafrika, Kuba und USA) das Rad der Geschichte, das im Südlischen Afrika lange stillstand, beschleunigt haben?

J. MAKATHINI: Diese Verhandlungen haben in der Tat dazu beigetragen, eine neue Lage in der Region zu schaffen.

Dennoch sollte, selbst wenn der momentane Prozeß als unumkehrbar erscheint, nicht ausgeschlossen werden, daß die weiße Macht Südafrikas eine Kehrtwende macht, nachdem es ihr durch die Verhandlungen gelungen ist, ihre im Süden Angolas umzingelten Truppen zu retten.

FRAGE: Wird es eines Tages dazu kommen, daß der ANC sich an dem Dialogprozeß beteiligt, der in der Region in Gang gesetzt wurde?

J. MAKATHINI: Das Wichtigste für uns ist,

den bewaffneten Kampf im Landesinnern zu intensivieren und gleichzeitig eine Politik zu entwickeln, die auf die Verstärkung der Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika gerichtet ist.

FRAGE: Sie glauben nicht an den Sinn von Verhandlungen mit den weißen Machthabern?

J. MAKATHINI: Die Verhandlungen stehen für uns nicht auf der Tagesordnung. Und dies umso weniger, als wir nicht glauben, daß die weiße Macht bereit ist zu verhandeln.

FRAGE: Haben Sie nicht auf die eine oder andere Art Kontakt mit der weißen Macht aufgenommen?

J. MAKATHINI: Wir halten Kontakt, nicht mit der Macht selbst, aber mit verschiedenen Gruppen von Weißen, von denen einige in der Tat der Macht ziemlich nahestehen.

FRAGE: Präsident Mobutu von Zaire hat am 1. Oktober Pieter Botha in Gbadolite empfangen. Nutzt oder schadet diese Initiative Ihrer Sache?

J. MAKATHINI: Die Erklärung Bothas und die Artikel, die in der südafrikanischen Presse zum Abschluß dieses Zusammentreffens erschienen sind, beantworten Ihre Frage eindeutig.

FRAGE: Was meinen Sie damit?

J. MAKATHINI: Wenn die weißen Machthaber diese Begegnung als Sieg werten und sie in die Perspektive einer friedlichen Koexistenz zwischen den unabhängigen Staaten Afrikas und dem Apartheidregime einordnen, müssen Sie verstehen, daß wir beunruhigt sind.

FRAGE: Sie befürchten, daß die afrikanischen Führer schließlich die Apartheid verharmlosen, wenn sie mit Botha verkehren?



J. MAKATHINI: Wir sind davon überzeugt, daß es nützlicher ist und daß es sich auf jeden Fall politisch mehr auszahlt, weiterhin die Apartheidverfechter zu isolieren, anstatt mit ihnen zu verhandeln.

FRAGE: Aber trotz aller Verurteilungen, Erklärungen und Resolutionen, die seit Jahrzehnten beschlossen wurden, gelingt es nicht, die „weiße Macht“ vollständig zu isolieren.

J. MAKATHINI: Vielleicht sehen nicht alle die Wirkung, die diese Beschlüsse in Südafrika selbst erzielen.

Aber die weiße Macht kennt die Folgen der von der internationalen Gemeinschaft getroffenen Maßnahmen sehr genau. Nicht nur, daß sie die Wirkungen dieser Maßnahmen richtig einschätzt, sondern sie fürchtet sie mehr und mehr. Deshalb tut sie alles, um da raus zu kommen.

FRAGE: Offensichtlich bezweifeln gewisse afrikanische Führer mittlerweile die Wirksamkeit der Isolierungs- und Sanktionspolitik gegen Südafrika.

J. MAKATHINI: Diese Führer irren sich, wenn sie so denken. Haben sie ihre Brüder in Südafrika um Rat gefragt, bevor sie die Initiative

erarbeitet worden, erläuterte A. Pahad vom ANC.

Mittlerweile sei er der demokratischen Bewegung in Südafrika zur Diskussion unterbreitet worden. Anregungen, die von dort kämen, sollten in der Endfassung der Verfassungsrichtlinien noch berücksichtigt werden.

Der ANC strebe tiefgreifende Veränderungen der sozialökonomischen Struktur Südafrikas an. Ein privater Wirtschaftssektor werde allerdings neben einem staatlichen und einem genossenschaftlichen Sektor in einem demokratischen Südafrika fortbestehen.

Als „substanzlos“ wies T. Mbeki die Kritik einiger sowjetischer Wissenschaftler an einer sozialistischen Stoßrichtung des ANC zurück. Ihre Behauptung werde durch die Programmatik des ANC in keiner Weise abgedeckt. Diese ist, wie ANC-Repräsentanten immer wieder klarstellen, nationaldemokratisch.

Die Gedankenspiele des sowjetischen Wissenschaftlers Staruschenko, der zumindest für eine Übergangsphase die Garantie von Minderheitenrechten in Südafrika befürwortet, seien in Leverkusen nicht diskutiert worden, erklärte mir gegenüber A.

Rassenbrüdern verraten wurden, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als Lösungen mit größerer Gewaltanwendung ins Auge zu fassen.

FRAGE: Und wenn Botha die Versprechen, die er Mobutu gegeben hat — die Freilassung Nelson Mandelas und die Begnadigung der Sechszehn zum Tode verurteilten von Sharpeville — einhalten sollte?

J. MAKATHINI: Wir halten bereits seit längerer Zeit die Entscheidung, die Sechszehn von Sharpeville zu begnadigen, für eine beschlossene Sache. Es ist das Ergebnis der Unterstützungskampagne, die in der ganzen Welt geführt wurde.

FRAGE: Und der Fall Nelson Mandelas?

J. MAKATHINI: Wir sind dabei, die Erklärungen Präsident Mobutus und Bothas zu untersuchen. Wir werden bald zu Ergebnissen kommen.

FRAGE: Es wird auch von einem Gipfel gesprochen, bei dem mehrere afrikanische Staatschefs mit Pieter Botha in Lusaka zusammentreffen könnten.

J. MAKATHINI: Wir glauben nicht, daß ein solcher Gipfel stattfinden könnte.

FRAGE: Warum?

J. MAKATHINI: Weil es nicht möglich ist.

FRAGE: Immerhin ist Präsident Kenneth Kaunda in der Vergangenheit mit Pieter Botha zusammengetroffen.

J. MAKATHINI: Aber sie haben sich nicht in Lusaka getroffen, und außerdem ist das lange her.

Heute haben sich die Dinge verändert. Deshalb erkläre ich Ihnen, daß ein Gipfel, an dem in Lusaka afrikanische Staatschefs und Botha teilnehmen würden, nicht nur unmöglich, sondern undenkbar ist.

FRAGE: Glauben Sie, daß ein einmal unabhängiges Namibia Ihnen Ihre Sache erleichtern wird, indem es Ihnen erlaubt, sein Territorium als Sprungbrett für den Kampf gegen die weiße Macht Südafrikas zu benutzen?

J. MAKATHINI: Es kommt für uns nicht in Frage, solche Sachen von der SWAPO zu verlangen.

FRAGE: Warum nicht?

J. MAKATHINI: Aus dem gleichen Grund, weswegen wir dies nicht von anderen Ländern der Region verlangt haben, die gemeinsame Grenzen mit Südafrika haben; ob es sich um Botswana, Mosambik, Lesotho oder Swasiland handelt.

FRAGE: Wenn ich Sie richtig verstehe, wollen Sie der „weißen Macht“ keinen Vorwand liefern, um diese Länder anzugreifen.

J. MAKATHINI: Wir sind uns der Verwundbarkeit dieser Länder gegenüber Südafrika bewußt. Wir sind davon überzeugt, daß das unabhängige Namibia noch verwundbarer sein wird als die anderen Nachbarstaaten Südafrikas. Unter diesen Bedingungen steht es außer Frage, zu verlangen, uns Trainingslager oder Ähnliches zur Verfügung zu stellen.

FRAGE: Heißt das, daß die Unabhängigkeit Namibias Ihnen von keinem Nutzen sein wird?

J. MAKATHINI: Doch, außer der moralischen Befriedigung, die jeder Afrikaner empfinden wird, wenn dieses koloniale Territorium unabhängig wird, hoffen wir, daß unsere Genossen der SWAPO uns, wie alle anderen Verantwortlichen der unabhängigen Staaten Afrikas, erlauben werden, ein Büro in Windhoek zu eröffnen.

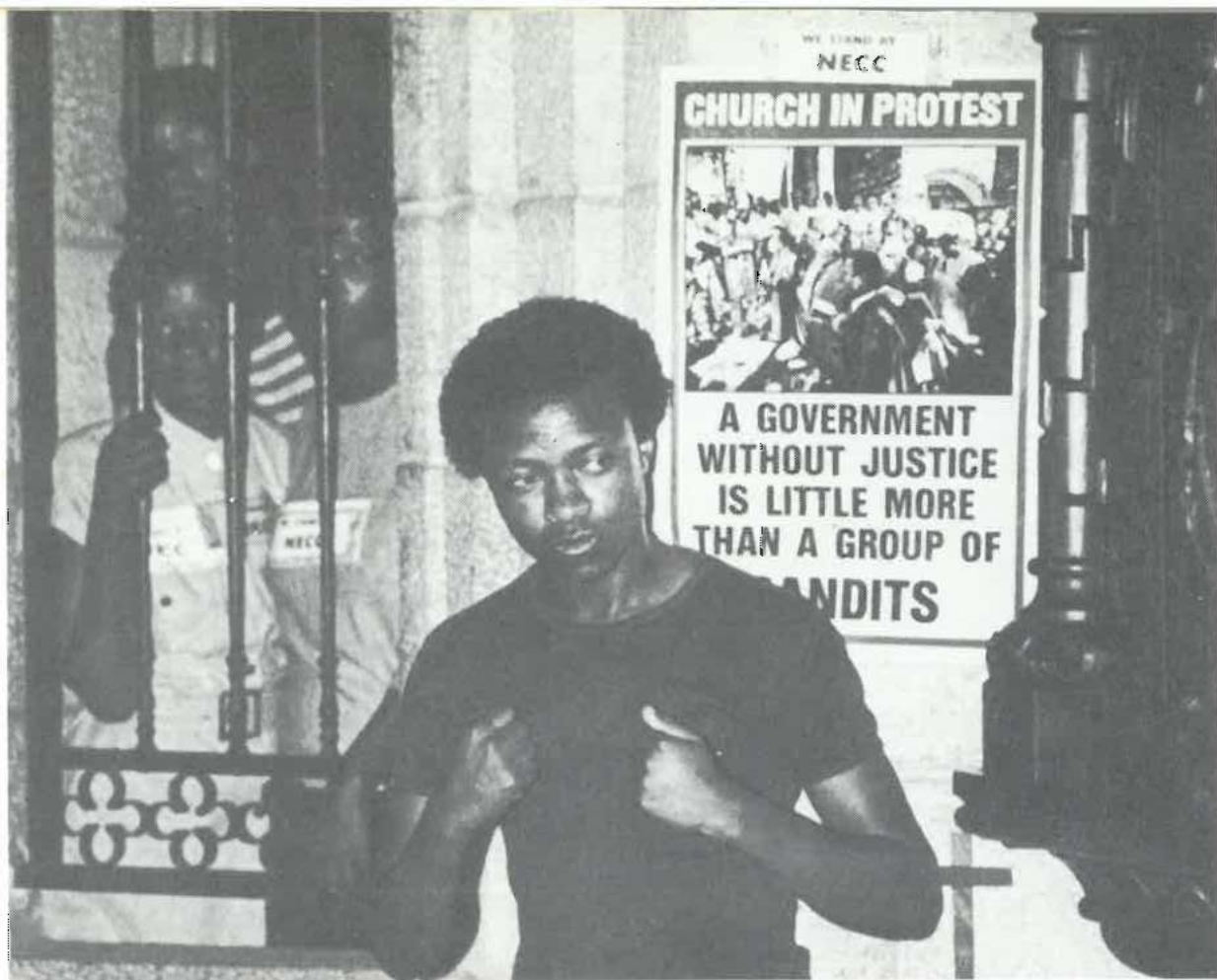
FRAGE: Was nicht zuviel verlangt ist.

J. MAKATHINI: Das wird uns vollkommen reichen.

(Quelle: Jeune Afrique, Paris, Nr. 1451/26.10.1988, S. 22-23)

Botha-Besuch bei Mobutu (r.) in Zaire





Das Engagement der Christen Südafrikas gegen die Repressionspolitik des Apartheidregimes nimmt zu: Protestplakat in einer Kirche

Reinhard Brückner

Christen gegen Apartheid (V)

Die bundesdeutschen Kirchen meiden den Kampf

„Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unserer Zeit, brich in deiner Kirche an...“ So singen sie gern und kräftig, die evangelischen und katholischen Christen. Und: „Mit unserer kleinen Kraft üben gute Ritterschaft“. „Wenn ein Glied leidet“, leiden alle Mitglieder der weltweiten Kirchengemeinschaft mit, sagen sie.

Wenn aber Sprengstoffexperten das Zentralgebäude des Südafrikanischen Kirchenrates (für ca. 19 Kirchen und deren 12 Mio Mitglieder), das Khotso-House, „Haus des Friedens“, zerstören, daß das sechs Stockwerke tragende Erdgeschoß in die Kellergarage fällt und 23 Menschen verletzt werden (August 1988), mobilisieren sie weder die bundesdeutschen Kirchengemeinden noch die Öffentlichkeit.

Wenn dieselben „Unbekannten“ dann Mitte Oktober in dem in Pretoria gelegenen Zentralgebäude der Katholischen Bischofskonferenz, dem Khanya-House, „Haus des Lichtes“, Feuer legen und die Zerstörung der vier Stockwerke mißlingt, weil es frühzeitig entdeckt wurde, schreien sie nicht – obwohl der Papst kurz zuvor in den Nachbarländern die Apartheid verurteilte. Wahrscheinlich überweisen nun die Leitungsgremien beider Kirchen einige Millionen zum Kauf eines neuen Gebäudes bzw. zur Reparatur – sofern Pretorias Gesetze die Annahme der Gelder noch zulassen.

Dabei hatten die Experten (des Staatssicherheitsdienstes?) erst im März 1987 das einige Minuten vom Khotso-House entfernte sechsstöckige Zentralgebäude des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (COSATU) zerstört. Die Leitung dieses mit

12 Gewerkschaften und mehr als 1 Mio Mitgliedern größten Gewerkschaftsverbandes und die einiger Einzelgewerkschaften kamen teils im Khotso-House unter, teils bei der anglikanischen Diözese.

Im Khotso-House hatte auch die seit langem die Apartheid bekämpfende weiße Frauenorganisation Black Sash ihre Zentrale, ebenso das landesweite Komitee der Eltern politischer Häftlinge. Diese von der schwarzen, auch von einigen Teilen der weißen Bevölkerung getragenen Dachorganisationen der Gewerkschaften und Kirchen kooperieren, auch mit dem Hauptquartier des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Lusaka.

Deshalb wurden ihre Zentralen zerstört, ihre Arbeit behindert. Die bundesdeutschen Kirchen und Gemeinden aber – prinzipiell gegen Apartheid – schlugen keinen Lärm. Ihre „gute Ritterschaft“ ist eben klein.

Dabei fordert Südafrikas Kirchenrat seit Juni 1985 von allen Partner-Kirchen der Welt, die „Möglichkeiten wirksamen und wirtschaftlichen Drucks“ auf das Regime zu finden und zu fördern. Südafrikanische ChristInnen nennen es völkerrechtlich „illegal“, ein „totalitäres Terror-Regime“, „der Feind des Volkes“ (Kairos Dokument 1985).

Der Weltkirchenrat forderte deshalb Ende 1985 ein totales Handels- und Kreditembargo, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Auch Südafrikas Katholische Bischofskonferenz sagte im Mai 1986, der wirtschaftliche Druck sei „gerechterweise aufer-

legt“ worden.

Der COSATU-Kongreß vom Juli 1987 rief das Ausland auf, weder Gold noch Diamanten oder Platin von Südafrika zu kaufen, alle Kredite an Staat und Geschäftswelt zu stoppen, das Regime diplomatisch zu isolieren. Schon vor Jahren warnten die nationalen Kirchenräte Südafrikas und der Nachbarländer, das Regime besitze mit großer Wahrscheinlichkeit atomare Waffen und werde nicht zögern, sie anzuwenden.

Diese Liste der Hilfschreie ließe sich endlos fortsetzen. So haben im Mai 1988 Beauftragte der südafrikanischen Bischofskonferenz und des Nationalen Kirchenrates die EG-Regierungschefs persönlich, auch Bundeskanzler Kohl, ihre diplomatischen Vertretungen in Südafrika (und Südafrikas in ihren Heimatländern) zu reduzieren, die Visa-Bestimmungen für Südafrikaner zu verschärfen, ein Kohlenembargo zu verhängen, neue Kredite zu verhindern und Direktflüge zu unterbinden.¹ Vom Zentralkomitee des in Hannover tagenden Weltkirchenrates gedrängt, räumte der Leiter des Amtes für Auslandsbeziehungen der Evangelischen Kirche, H. Held, im August 1988 ein: „Wir müssen viel mehr tun als bisher, um zu erzwingen, daß sich die Bundesrepublik wenigstens am Waffenembargo gegen Südafrika beteiligt.“ Auch sei das jahrelange Abstreiten der atomaren Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Pretoria falsch gewesen – die sachkundige Personen und Gruppen dokumentiert hatten.²

Anfang September trafen sich deswegen die Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in der Bundesrepublik, Bischof Kruse, und des DGB, E. Breit (Kommuniqué siehe Kasten; d. Red.). Die IG Metall hatte im April d.J. in Südafrika tätige bundesdeutsche Unternehmen aufgefordert, ihren mit südafrikanischen Gewerkschaftern gemeinsam aufgestellten Verhaltenskodex einzuhalten: Aus politischen Gründen inhaftierten ArbeitnehmerInnen den Lohn fortzuzahlen, sie nicht zu entlassen und die Gewerkschaften zu unterstützen.

Kruse und Breit wiederholten nun gemeinsam die seit Jahren erhobenen Forderungen, das UN-Embargo gegen Rüstungs- und Hochtechnologie-Export nach Südafrika einzuhalten (obwohl weiter geliefert wird) und 1990 die Umschuldungsverhandlungen mit Pretoria mit der Forderung nach Abschaffung der Apartheid zu verknüpfen. Diese hatten die Banken 1987 wohlwollend vermieden.

Diskrete Geldvermittlung, auch personelle und andere Hilfen – ansonsten Schweigen bei der katholischen, ausgewogenes Reden bei der evangelischen Kirche

Mitte Oktober d.J. äußerte sich der Rat der EKD ähnlich. So etwa aber hatte er sich schon im Juli 1986 geäußert und war später von der EKD-Synode bestätigt worden. Doch als alternative Teilnehmergruppen die Leitung des Evangelischen Kirchentages (1987) drängten, die zwei Jahre zuvor (Düsseldorfer Kirchentag 1985) verlangte Konto-Kündigung bei der Deutschen Bank endlich zu vollziehen, warnte Bischof Kruse, die Banken „Komplizen der Apartheid“ zu nennen, erschwere das Gespräch mit ihnen über wirtschaftlichen Druck. Auch der Protestmarsch von 50.000 Frankfurter KirchentagsteilnehmerInnen zur Deutschen Bank änderte daran nichts.

Mit Banken und Firmen redet die Evangelische Kirche in der Bundesrepublik schon seit Anfang der 70er Jahre (stets vertraulich), reden auch die Leitungen der Landeskirchen (vertraulich) – während Pretoria die Bevölkerung mit Ausnahmezustand terrorisiert, Krieg gegen Kinder führt, der Opposition jede Tätigkeit verbietet, Namibia quält, Südafrika zerstört, Mosambik paralysiert, die Nachbarstaaten destabilisiert – mit Hilfe bundesdeutscher Kredite, Waffen und Waren.

Sie reden und reden, schicken unaufhörlich Delegationen zu Südafrikas und Namibias Kirchen, hören deren Delegierte an und verfassen neue Beschlüsse. Sagte nicht Jesus, „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen?“

Gut! Die EKD unterstützt den Südafrikanischen Kirchenrat seit langem, auch lutherische Einzelkirchen, mit Millionen-Beträgen, mehr als jede andere ausländische Kirche. Sie hilft ihm, Prozeßkosten für politisch Angeklagte zu zahlen, den Familien von Verurteilten und den Zwangsumgesiedelten zu helfen, Ausbildungs- und Projekthilfen zu verteilen. (Die prozentual größte Hilfe allerdings, rund 1 Mio DM jährlich, erhielten die winzigen, wohlhabenden, dem Regime eng verbundenen deutschsprachigen Kirchen.)

Das Geld bringen die evangelischen und katholischen KirchensteuerzahlerInnen, 1986 für jede der beiden Kirchen rd. 5,8 Mrd DM. Fürchten Sie – die Katholische Bischofskonferenz hält sich noch mehr zurück, fordert keine Sanktionen – den Verlust von Mitgliederzahl und Steuereinnahmen? Rund 11% der Evangelischen zahlen die Hälfte der Kirchensteuern der EKD. Eben diese, Banker, Unternehmer, Kaufleute und andere, verdienen zum Teil direkt oder indirekt am Südafrikageschäft. Ist das der Grund für kirchliche Zurückhaltung?

Diskrete Geldvermittlung (so lange sie Pretoria gestattet), auch personelle und andere Hilfe – ansonsten Schweigen bei der katholischen, ausgewogenes Reden bei der evangelischen Kirche. Aber Streit, kein mit Mitgliedern, Unternehmern und Regierung. Der alte Tanz ums goldenen Kalb, in schönster Eintracht mit Südafrikas Regierung und Minenunternehmen, die fast die Hälfte des Goldes der Welt produzieren bzw. davon profitieren. So stellt sich die Frage nach der Christlichkeit dieser Kirchen und Gemeinden.

Unter ihnen aber sind auch die anderen, viele (meist evangelische) Gruppen, einige Kirchenkreise in Hamburg, Frankfurt, Berlin, im Rheinland, die ihre Konten bei der Deutschen, der Dresdner, der Commerzbank und anderen kündigten, Unternehmen herausfordern, Boykott- und Informationskampagnen betreiben und ihre Kirchen zu einer wirksamen Sanktionspolitik drängen (auch die Gruppe „Plädoyer für eine ökumenische Zukunft“ mit ihrer Streitschrift „Die Dominanz des Ökonomischen durchbrechen – in Gerechtigkeit investieren“).³

Es scheint, auch der die Gemeinden und Kirchen beschäftigende Konziliare Prozeß „für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ drängt in diese Richtung. Wieviele Menschen aber mußten und müssen sterben, ehe die Reichen und ihre Kirchen zugeben, daß sie große Teile ihres Wohlstands den Armen gestohlen haben, sie zurückgeben, sich mit dem Freiheitskampf der Entrechteten solidarisieren und ihre räuberischen Unternehmen und Banken attackieren?

Die Deutsche Bank, die größte bundesdeutsche und an zehnter Stelle weltweit, „die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Nazi-Regimes verband“ (US-Militärregierung, November 1946),⁴ hält 58,5% der Anteile bei Daimler und somit „die unumstößliche Herrschaft in der Hauptversammlung“.⁵ Daimler, ebenfalls Nummer 1 der umsatzstärksten bundesdeutschen Unternehmen und Nummer 10 weltweit, will mit MBB fusionieren, wird dann ein gutes Drittel der bundesdeutschen Rüstungsaufträge produzieren und die bundesdeutsche Luft- und Raumfahrt neu ordnen.

Deutsche Bank, Daimler und andere üben die Macht im Staat aus (bald in der EG) – auch in den Kirchen? Wollen und werden diese noch tun, was sie singen: „Und mit unserer kleinen Kraft üben gute Ritterschaft“?

Anmerkungen:

1) Aufruf an die EG siehe in: DRITTE WELT, Nr. 7/1988

2) Frankfurter Rundschau, 22.8.1988

3) Beilage in: Junge Kirche, Heft 4/1988

4) Zit. nach: B. Engelmann, Wie wir wurden, was wir sind, S. 274

5) stern, Hamburg, 4.8.1988

Ivesa Lübber-Pistofidis

Von der Revolte zum politischen Frühling?

Nach den Oktoberunruhen trat Präsident Schadli mit Reformvorschlägen die Flucht nach vorne an, scheinbar vorerst erfolgreich. Bei einer Volksabstimmung am 4. November d.J. stimmten ihnen, bei einer hohen Beteiligung (83% der Stimmberechtigten), immerhin 92% zu. Die regierende FLN dürfte es dennoch schwer haben, die Konfliktsachen abzubauen und eine (nur) begrenzte Demokratisierung zu betreiben.

Die Regale der staatlichen Supermärkte in Algier sind überfüllt mit Dingen, von denen die AlgerierInnen seit Monaten nur noch träumen konnten: Tomaten, das Nationalgericht Couscous, Zucker, Butter und Reis. Selbst Wasser fließt wieder aus den Wasserhähnen.

Die Meinung der Bevölkerung ist plötzlich gefragt. In einem Referendum am 3. November d.J. durften sie über eine Ausweitung der Rechte des Parlaments auf Kosten der Befugnisse des Präsidenten abstimmen. Viele Beobachter sehen darin nur einen Auftakt zu einer weiteren politischen Öffnung, über die auf dem für Ende November anberaumten Parteitag der Einheitspartei FLN (Nationale Befreiungsfront) entschieden werden sollte. Nach Vorstellungen von Partei- und Staatschef Schadli Ben Jedid sollten künftig auch Nichtparteimitglieder auf Listen der FLN ins Parlament einziehen können.

In Algerien scheint der politische Frühling begonnen zu haben. Die Wochenzeitung der FLN, „Revolution Africaine“, rechnete in scharfen Worten mit der Staats- und Parteiführung ab. Der politischen Klasse fehle es an Würde und Ehre. Die algerischen Medien hätten seit 1962 Lügen über die Lage und den Machtapparat des Staates verbreitet. An der Spitze gäbe es geheime und obskure Machtkämpfe. Seit der Unabhängigkeit wäre die Folter eine im Lande weit verbreitete Erscheinung.

200 Journalisten riefen Ende Oktober d.J. zur Gründung eines unabhängigen Journalistenverbandes auf und klagten Meinungs- und Pressefreiheit ein. Ärzte gründeten einen unabhängigen Verband und protestierten in Schweigemärschen durch die Innenstadt gegen die in den Gefängnissen praktizierte Folter. Zu aller Erstaunen läßt das Regime das Volk gewähren. Im Gegenteil scheint Schadli in diesen Ansätzen zu einer parteiunabhängigen Selbstorganisation eine Unterstützung für sein Liberalisierungsprogramm zu sehen.

Der Staatspräsident bedauerte mit tiefer Trauer die Opfer der Unruhen vom Oktober, die nach inoffiziellen Angaben zwischen 500 und 1.000 Menschen das Leben kosteten, und versprach den Familien Entschädigung. „Es muß wohl erst Blut fließen, damit das Wasser fließt“, ist der bittere Kommentar vieler AlgerierInnen.

„Wir verwandeln Algier in ein zweites Beirut!“ „Das ist unsere Intifada. Wir machen es wie die Palästinenser in den besetzten Gebieten.“ Mit solchen Anspielungen auf die Situation im Nahen Osten strömen Jugendliche am 5. Oktober die rue Didusch-Murad entlang von der Banlieu der algerischen Hauptstadt ins Zentrum. Auf dem Weg fliegen Steine in die Fenster der staatlichen Supermärkte und Nachtclubs, in die vornehmen Restaurants am Riyadh El-Fath, dem Platz des Sieges, und ins Büro der staatlichen Versicherungsgesellschaft. Bei der Air Algérie werden die Computerterminals kurz und klein geschlagen, staatliche Supermärkte geplündert. Unter den Ladentischen findet die aufgebrachte Jugend Algiers erstaunliche Dinge: Reis und Kaffee, Trockenmilch und Zucker – kurz: alles Dinge, die angeblich nur noch auf dem Schwarzmarkt zu haben sind. Die Unruhen und Plünderungen halten den ganzen Tag an. Die Polizei sieht zu, ohne einzugreifen.

Einen Tag später wird der Ausnahmezustand verhängt. Das Militär übernimmt den Schutz der öffentlichen Gebäude. Eine Verhaftungswelle gegen Regimekritiker jeder Couleur setzt ein: Kommunisten, Moslembrüder, linke Gewerkschafter; selbst kritische Kader der FLN bleiben nicht verschont.

Trotzdem halten die Unruhen in Algier an und springen auch auf andere Städte über. Die Armee schießt wahllos in die Menge. Die Krankenhäuser sind überfüllt.

Seit Monaten macht sich eine Stimmung des „ras-le-bol“ breit. Die Algerier haben die Nase voll. Es fehlt an allem. Vor

allem Grundnahrungsmittel sind kaum noch zu haben. Und was man findet, ist ungenießbar: Tee, den man kaum trinken mag, Kaffee, der mit Bohnen gestreckt ist, und ranzige Butter aus europäischen oder neuseeländischen Butterbergen.

Die Schwarzmarktpreise sind für die meisten unerschwinglich: ein Kilo Rindfleisch beispielsweise kostet 45 DM. Dabei verdient ein Arbeiter oder kleiner Staatsangestellter nicht mehr als zwischen 300 und 500 DM. Selbst für keimfreies Trinkwasser muß man/frau inzwischen umgerechnet 2 DM auf den Ladentisch legen.

Dazu kommen die unzähligen Mängel der Infrastruktur, die das Leben in den Großstädten, wo inzwischen 60% der AlgerierInnen leben, zur täglichen kleinen Hölle machen: Telefonleitungen werden ständig gekappt, nach allem muß man/frau Schlange stehen, Fahrstühle funktionieren nicht, überfüllte Omnibusse. Wasser fließt nur noch nachts aus den Wasserhähnen. Wer Wäsche waschen oder duschen will, muß um 3 Uhr morgens aufstehen.

Sicherlich gibt es objektive Gründe für die Wirtschaftsmisere. 1979 konnten die erdölexportierenden Staaten den Barrel des schwarzen Goldes noch für 40 \$ ver-

Jugendliche bei der Demolierung von Läden im Zentrum von Algier (unten); Präsident Schadli (r.) feuerte FLN-Sekretär Massadia (l.) nach den Unruhen (oben)



kaufen. Inzwischen ist der Preis auf dem Weltmarkt auf 12 \$ gesunken. Algerien, dessen Exporte zu 95% aus Kohlenwasserstoffen bestehen, traf der Verfall des Erdölpreises besonders hart: 5 Mrd \$ Mindereinnahmen pro Jahr.

In den 70er Jahren konzentrierten sich Neuinvestitionen in der Schwerindustrie, auf Kosten der Landwirtschaft. Heute müssen zwei Drittel aller Nahrungsmittel eingeführt werden – in einem Land, das einst als die Kornkammer Nordafrikas galt.

Algerien hat zwischen 22 und 25 Mrd \$ Auslandsschulden. Zwar konnte das Land durch eine strikte Zahlungsmoral Umschuldungen und damit Eingriffe des Internationalen Währungsfonds abwenden. Aber der soziale Preis ist hoch: Lohnstopp, Einsparungen von Sozialausgaben, Senkung der Nahrungsmittelimporte, Einsparungen bei Investitionen



zur Schaffung neuer Arbeitsplätze – und das bei einem Bevölkerungswachstum von jährlich 3,2%.

Es mangelt an Schulraum und qualifiziertem Lehrpersonal. Viele Schulen müssen in zwei Schichten unterrichten. Pro Jahr müßten 180.000 neue Wohnungen gebaut werden. Tatsächlich waren es in den letzten Jahren nur die Hälfte. Die Wohnungsnot ist unerträglich. In der Kasbah, der Altstadt von Algier, müssen sich manchmal 10- bis 15köpfige Familien eine Wohnküche teilen.

Offiziell gibt es 17,5% Arbeitslose, die meisten davon Jugendliche. In Wirklichkeit dürften es weit mehr sein. Arbeitslosenunterstützung gibt es nicht.

Die AlgerierInnen haben in der Vergangenheit immer wieder ohne viel Murren den Gürtel enger geschnallt. Denn zur Zeit des Schadli-Vorgängers Boumedienne, eines strikten Verfechters eines sozialistischen Entwicklungsweges, der auch persönlich in dem Ruf stand, wie ein Asket zu leben, bestand immer noch das Gefühl einer gewissen Gleichheit – und wenn es nur die Gleichheit im Elend war.

Aber selbst zu Zeiten Boumediennes soll es in Algerien schon über 2.000 Millionäre gegeben haben: Beamte und Direktoren staatseigener Betriebe, die für den Abschluß von Verträgen hohe Kommissionen von ausländischen Firmen kassierten, Offiziere, die aufgrund von politischen Beziehungen einen Posten als Provinzgouverneur ergattern konnten, und diese Position wieder zur Quelle persönlicher Bereicherung nutzen konnten. Aber erst unter Schadli wurde der Reichtum dieser neuentstandenen Bourgeoisie im Staatsapparat für alle sichtbar. Die Sparpolitik infolge der sinkenden Öleinnahmen beschleunigte den Prozeß der sozialen Differenzierung.

Nach Schätzungen von Kennern der algerischen Wirtschaft gehen dem Staatsbudget jedes Jahr 10% durch Unterschlagung, Bestechung und Korruption verloren. Neben dem offiziellen Wirtschaftssektor entstand unbehelligt eine Untergrundwirtschaft: Schwarzarbeit, Schmuggel, paralleler Devisenmarkt, freitägliche Trödelmärkte, auf denen alles zu haben ist, was sonst nicht zu finden ist – zu einem angemessenen Preis natürlich.

Die Profiteure haben ihre Patrone in Staat und Armee, die sie decken und als Gegenleistung am Profit aus den illegalen, lukrativen Geschäften teilhaben lassen. Schadli versuchte, der Wirtschaftsmisere mit einem Programm der Effektivierung des staatlichen Wirtschaftssektors und einer größeren Professionalisierung der Wirtschaftslenkung zu begegnen.

Die Diversifizierung der Industrie, mehr Investitionen in exportorientierten und

in importsostituierende Industrien sollten Devisen einbringen bzw. einsparen helfen. Die Dezentralisierung und der Abbau der ineffektiven Wirtschaftsbürokratie sollte die Staatsbetriebe, deren Kapazitäten oft nicht einmal zur Hälfte ausgelastet sind, aus dem Minus führen. Die Beilegung der Konflikte zwischen den Maghrebstaaten sollte Absatzmärkte für die neuentstandenen Exportindustrien und die Voraussetzung für gemeinsame Investitionsvorhaben, schaffen. Allerdings steht zu befürchten, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Marokko im Mai d.J. einen Rückgang der algerischen Unterstützung für die westsaharische Befreiungsfront POLISARIO nach sich ziehen könnte (zur Lösungschance im Westsaharakonflikt siehe: DRITTE WELT, Nr. 11/1988, S. 27-30; d. Red.).

Zwar enthält auch die neue Nationalcharta von 1986 (siehe: AIB, Nr. 6/1986, S. 14-17; d. Red.) ein Bekenntnis zum Sozialismus. Sie rehabilitierte jedoch zugleich das private Kapital, dem künftig eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung eingeräumt wurde. Hochschulabsolventen wurden ermuntert, sich als „createur“ unternehmerisch zu betätigen.

Private Exporteure dürfen neuerdings eigene Devisenkonto führen. Sie können zollfrei importieren und erhalten bei der Air Algérie 50% Frachtrabatt.

In der Landwirtschaft wurden die Staatsfarmen, die immerhin 40% des besten bebaubaren Bodens besaßen, in kleinere Einheiten aufgeteilt und Kooperativen oder Privatunternehmern übergeben mit der einzigen Auflage, den gesamten Boden auch tatsächlich zu bearbeiten. Der Staat bleibt zwar Inhaber des Eigentums-



Beisetzung von Opfern der Revolte in Algier

titels, der neue Besitzer hat jedoch den uneingeschränkten Nießbrauch für 99 Jahre.

Der bedeutendste Schritt in Schadlis Wirtschaftsprogramm ist die Umstrukturierung des staatlichen Sektors, die Ende 1989 abgeschlossen sein soll. Die Unternehmen sollen für sich selbst verantwortlich sein, staatliche Subventionen dürfen nur in Ausnahmefällen gewährt werden. Durch diese Reformen soll vor allem die Wirtschaftsbürokratie abgebaut werden, die Geld schluckt und eher ein Hemmnis für notwendige betriebswirtschaftliche Entscheidungen darstellt.

Schadli will die Staatsgesellschaften in Aktiengesellschaften verwandeln, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und nach Rentabilitätskriterien arbeiten, wobei der Staat weiterhin Inhaber der Aktien bleibt, die von einer Holdinggesellschaft verwaltet werden. Entscheidungen in diesen „Entreprise Publique Économique“ trifft nicht länger das zuständige Fachministerium, sondern das Management.

Der „Middle East“ vom März d.J. kommentiert: „Es ist im Moment übertrieben, in den Reformen einen Schritt in Richtung Privatisierung zu sehen, aber der Rahmen für eine zukünftige Beteiligung des privaten Sektors ist sicherlich gegeben.“

Schon einmal, im Jahr 1986, lag dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, der in der Ölindustrie Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen mit Kapitalbeteiligungen von bis zu 65% vorsah. Nach heftigem Protest der Abgeordneten wurde dieser Kapitalanteil dann auf 49% herabgesetzt.

Sind die Reformen eine algerische Perestroika, wie manche meinen? Es sind vor allem die einheimischen privaten Unternehmer, die von der Wirtschaftsreform bislang profitiert haben.

Im Rahmen einer Importsubstituierung begannen sie mit der Produktion von Luxusgütern. Die ausgefallenen Konsumwünsche der Neureichen sind ein lukrativer Absatzmarkt als die Herstellung von Massenbedarfsgütern: ein weißlackiertes Schlafzimmer für 200.000 Dinar, ein Surfbrett aus Polyester für 60.000 Dinar (1 Dinar = 0,31 DM).

Auch die Umstrukturierungen in der Landwirtschaft hatten vor allem das Eindringen kapitalistischer Verhältnisse zur Folge. Der große Teil des Landes ging über in die Hände von ehemaligen Staatsfunktionären und Händlern, an Offiziere und Technokraten. „Die heutigen Herren haben ihre Villen von den Kommissionen aus dem Erdölgeschäft finanziert. Ihre Söhne legen sich eine Farm zu“, mokieren sich viele AlgerierInnen.

Leidtragende der Reform sind vor allem die Armen: Sie leiden am meisten unter

den Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel infolge der Preisgestaltung bei landwirtschaftlichen Produkten nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Die Umstrukturierungen in der Industrie dürfte Tausenden von Arbeitern den Arbeitsplatz kosten. Dabei haben die Gewerkschaften wenig Spielraum, das zu verhindern. Nur zwei der vorgesehenen sieben Verwaltungsratsmitglieder werden Arbeitervertreter sein. Widerstand gegen Schadlis Reformprogramm kommt vor allem von zwei Seiten:

– von der herrschenden Bürokratie in Armee, Staat und Partei, die jetzt um ihre Pfründe fürchten muß, soweit es ihr nicht gelang, die Öffnung mitzuvollziehen und den bislang angehäuften Reichtum produktiver anzulegen;

– von der Linken, der Gewerkschaft, den Kommunisten bis hin zu einem Teil der islamischen Kräfte, weil es vor allem die Armen sind, die den Preis für die Mißwirtschaft und die Wirtschaftsreform bezahlen sollen.

Schon den ganzen Sommer 1988 über kam es hier und da zu Streiks und Demonstrationen. In Annaba zerschlugen wütende Arbeiter Kühlschränke, die für den Export nach Tunesien bestimmt waren: „Wir können uns ja selber keinen leisten.“

Im Juli demonstrierten wütende Hausfrauen in der Grubenstadt Al-Ouenza gegen die ständigen Wassersperren. Kinder hatten einen Tanklastwagen beobachtet, der das Haus des Stadtpräsidenten mit Wasser versorgte.

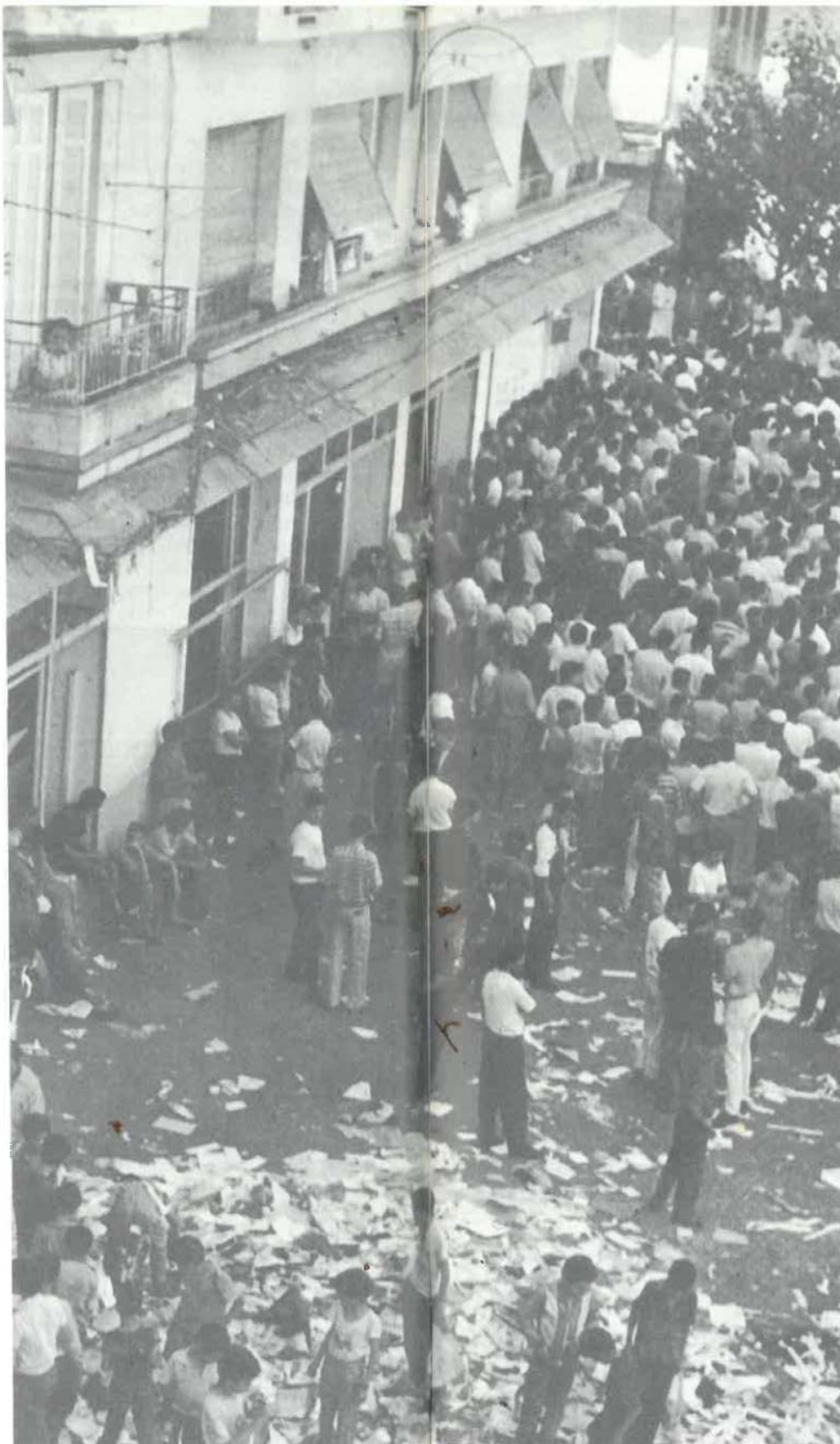
In Sidi Bel-Abbas organisierten Mitglieder der illegalen Partei der Sozialistischen Avantgarde, der algerischen Kommunisten, einen Streik in einer Fabrik für elektrische Haushaltsgeräte. Viele der Streikführer wurden verhaftet.

Mitte September d.J. kam es zu Jugendunruhen in Annaba. Jugendliche warteten auf die Musterung zum Wehrdienst,

Zwar enthielt auch die neue Nationalcharta von 1986 ein Bekenntnis zum Sozialismus, aber sie rehabilitierte auch das private Kapital

die schon mehrfach im Verlauf dieses Jahres verschoben worden war. Sie würden zur Zeit nicht bei der Armee gebraucht, hieß es. Aber ohne Militärdienst kein Studium, keine Auslandsreise, keine Arbeit im öffentlichen Dienst oder im staatlichen Sektor. Die aufgebrachtsten Jugendlichen stürmen, mit Steinen bewaffnet, das Musterungsbüro.

Ende September rief erstmals die offizielle Gewerkschaft UGTA, in der die



Vor allem Jugendliche nahmen an der Revolte teil

Kommunisten über einen gewissen Einfluß verfügen, einen Streik in der Autofabrik von Rouiba, dem Industriegebiet von Algier, aus. Sie fordern ein Ende des Lohnstopps, bessere Preiskontrollen, die Beseitigung der Versorgungsengpässe und ein entschiedenes Vorgehen gegen die Korruption.

Die Streiks weiteten sich aus. Anfang Oktober legten Postbeamte und Eisen-

bahner die Arbeit nieder. Auch bei der Air Algérie wurde über Streikmaßnahmen diskutiert.

Gerüchte kursierten über einen Generalstreik am 5. Oktober. Aber es kam anders. Einen Aufruf der Gewerkschaften zum Generalstreik scheint es nie gegeben zu haben. Und die Tatsache, daß die Streiks während des Aufstands nicht fortgesetzt wurden, scheint eine Verbin-

dung zwischen Gewerkschaftsbewegung und der Jugendrevolte auszuschließen. Es waren vor allem Schüler und jugendliche Arbeitslose, die in der Woche nach dem 5. Oktober ihren ganzen Frustrationen Luft machten. Entgegen jedem sozialistischen Anspruch ist selbst die Jugend in Klassen gespalten, in die „Tchi-Tchis“ und die „Boutis“, wie die AlgerierInnen sie nennen.

Die Tchi-Tchis sind die Kinder der Reichen aus den Villenvierteln Algiers. Eines ihrer beliebtesten Freizeitvergnügen besteht darin, jeden Abend laut hupend im Mercedes oder BMW durch das Zentrum der Hauptstadt zu fahren. Sie vertreiben sich die Zeit in einem der Luxuskinos oder Nachtclubs.

Die anderen, die Boutis, die Straßenjungen der Altstadt, würden sicher auch gerne einmal eine Disco am Riyadh Al-Fath von innen sehen, aber ein Drink kostet etwa soviel, wie ihr Vater im Monat verdient.

Viele von ihnen verlassen früh die Schule. Sie wissen, daß ihnen auch ein Abitur oder Universitätsdiplom wenig bei der Arbeitssuche hilft. Bleibt ihnen nichts als die Straße, der Run nach Schwarzmarktgeschäften.

Der einzige Ort, wo sie sich treffen können, sind die Moscheen, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen und immer mehr Zulauf erlangten. Aber die islamischen Fundamentalisten, die in Algerien in mehrere Flügel gespalten sind, scheinen nicht als Urheber der Unruhen in Frage zu kommen. Erst einige Tage nach den Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und der Armee hängten sie sich an die Bewegung an, versuchten sie, eher mäßigend auf die Jugendlichen einzuwirken, um sich gegenüber Schadli als Ordnungsfaktor zu profilieren. Aber wer waren dann die Anführer der Demonstrationen? Wer hat die Plünderungen organisiert? Wie kommt es, daß am 5. Oktober viele der privaten Händler an der rue Didusch-Murad die Eisengitter vor ihren Läden heruntergezogen ließen, als hätte jemand sie gewarnt?

Wer waren die Provokateure, die sich nach der Verhängung des Ausnahmezustandes unter die Demonstranten mischten, auf die Soldaten schossen und so das Blutbad geradezu herausforderten? Warum unternahm die Regierung nichts, um die Versorgungslage zu verbessern, obwohl doch schon nach den Septemberstreiks alle Zeichen auf Sturm standen? Bislang hatte es immer genügt, die Wasserhähne und die staatlichen Vorratslager wenigstens vorübergehend zu öffnen, um soziale Unruhen im Zaum zu halten.

Die widersprüchlichsten Gerüchte kursieren in Algier: Die Anhänger einer wirtschaftlichen Öffnung – so sagen die ei-

SAHARA-INFO

Gesellschaft der Freunde des Sahrauschen Volkes e.V.



berichtet regelmäßig über
– den Befreiungskampf der F. POLISARIO
– die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
– das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
– die Demokratische Arabische Republik Sahara

SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
Probeheft und Abobestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
SAHRAUSCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Bamberger Straße 34
2800 Bremen 1



AGENDA MUJER 1989

(Frauenkalender 1989)

Seit drei Jahren gibt es ihn. Frauen in Santiago, Chile machen ihn. Mittlerweile ist er eine Institution in der chilenischen Frauenbewegung geworden.

Den Kalender könnt Ihr auch hier bekommen. Damit helft Ihr ihn als Frauenprojekt auch finanziell zu unterstützen.

Gegen DM 12,- + Porto ist er über den Frauenbuchladen, August-Bebel-Str. 154, 4800 Bielefeld 1 zu bestellen.



nen — hätten die Unruhen provoziert, um ihre Forderungen nach Reformen noch mehr Druck verleihen zu können. Teile der Armeeführung hätten die Unruhen provoziert, sagen die anderen. Aber all dies sind offene Fragen.

Fest steht, daß die Unruhen vor dem Hintergrund harter Auseinandersetzung innerhalb der Einheitspartei in Vorbereitung des 6. Parteitages stattfanden. Hier soll über eine Fortsetzung von Schadlis Liberalisierungspolitik diskutiert und über den nächsten Präsidentschaftskandidaten entschieden werden. Schadli höchst persönlich rechnete am 19. September d.J. in einem Rundumschlag auf einer Versammlung mit den Provinzgouverneuren mit allen ab: Mit der Korruption, mit Geschäftemachern und Spekulanten, mit den diversen Machtzentren in Staat und Partei, die unter der Bevölkerung nur Mißtrauen säen würden.

Er kritisierte den privaten Sektor, der schnell und ohne Kontrolle wachse und zu viele Leute zu schnell zu Millionären mache. Und er machte die Emmigranten, die ihre Francs auf dem Schwarzmarkt und nicht auf der Bank eintauschen, verantwortlich für den Verfall des algerischen Dinar.

Diese Rede sprach den AlgerierInnen aus dem Herzen und ärgerte doch alle: Die Staatsbürokratie fühlt sich bedroht, die Parteiführung verunsichert, der private Sektor ist verwirrt. Das Vertrauen in Partei und Staatsführung ist auf dem Nullpunkt angelangt.

Zudem ist fast jeder in den Devisenschwarzmarkt verwickelt, da die meisten Familien sich nur mit Unterstützung von Verwandten im Ausland über Wasser halten können. Niemand von ihnen tauscht auf der Bank, wo sie doch auf dem Schwarzmarkt das Vier- bis Fünffache für einen Franc erhalten.

Allerdings scheint es inzwischen, daß Schadli, über den während der ersten Tage der Unruhen gemunkelt wurde, er sei aus dem Land geflüchtet, die Situation zu seinen Gunsten ausnutzen konnte. Es ist wesentlich sein Verdienst, daß die Situation sich so schnell wieder beruhigte.

Am 30. Oktober ersetzte er den bisherigen ständigen Sekretär der FLN, Mohammed Scherif Mossadia, durch einen engen Vertrauten, Abdelhamid Mehri, zuletzt Botschafter in Marokko. Er gilt als „überzeugter maghrebinischer Nationalist“, als einer der Architekten der Öffnung nach Marokko.

Massadia galt als Vertreter der pro-sowjetischen Gruppe der FLN und war einer der exponiertesten Widersacher Schadlis. Aber er war es auch, der die Einzelgewerkschaften zugunsten eines zentralisierten und unmittelbar von der

Partei kommandierten zentralen Gewerkschaftsapparates, zerschlug, und damit den Gewerkschaften ihre stärkste Kampfbasis entzog.

Mit dem kurzfristig angesetzten Referendum über eine Ausweitung der Rechte des Parlaments wollte Schadli vor dem Parteitag den Weg der politischen Reform unumkehrbar machen.

Es ist zu erwarten, daß eine begrenzte wirtschaftliche Öffnung und eine politische Liberalisierung auf dem Parteitag trotz der Auseinandersetzungen fortgeschrieben, und dadurch dem Privatkapital die Tür zur politischen Repräsentanz geöffnet wird — ein Grund, warum die Kommunisten zum Boykott des Referendums aufrufen.

Andererseits bleibt aber festzuhalten, daß der Prozeß der Demokratisierung auch fortschrittlichen Kräften neue Artikulationsmöglichkeiten eröffnet.

„Endlos redeten wir über den algerischen Sozialismus, wo es gar keinen Sozialismus gab“, beklagt sich eine Moujahidah, eine alte Widerstandskämpferin. „Wir redeten über das algerische Selbstverwaltungsmodell, wo doch schon ein Jahr nach der Unabhängigkeit die selbstverwaltete Industrie in staatliche Betriebe umgewandelt worden war. Wir diskutierten über demokratische Institutionen, während der Polizeistaat stark und stärker wurde und die Macht der Armee täglich zunahm. Wir gratulierten uns zu der Freiheit, die die Frauen während des Befreiungskampfes erworben hatten. Wir waren im Mythos und sprachen über den Mythos.“

Dieser Mythos wird jetzt der Auseinandersetzung mit der Realität weichen müssen.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach
510 868, 5000 Köln 51, Tel. 02 21 /
3 60 02-0

Libyens Revolutionsführer Ghaddafi sorgte in jüngster Zeit mit spektakulären Neuerungen für Aufsehen. So ging er im Innern den Revolutionskomitees zu Leibe oder gab er im Tschad klein bei. In der Tat ist in der Jamahiriya einiges in Bewegung geraten, wie unser Redaktionsmitglied Ingrid El-Masry bei einer Visite in Erfahrung brachte.

Rege Aufmerksamkeit sowohl in den bundesdeutschen als auch in den internationalen Medien erheischten die Feiern zum 19. Jahrestag der Al-Fateh-Revolution in Libyen im September d.J. Dies rührt nicht alleine aus der Anwesenheit zahlreicher ausländischer Staatsgäste und Vertreter von Befreiungsbewegungen her, die im Vorjahr gefehlt hatten. Die Anwesenheit u.a. der PLO-Führungsspitze Yassir Arafat, Najef Hawatmeh und George Habbash, des sudanesischen stellvertretenden Präsidenten Idris Al-Bannah und von Verteidigungsminister Majid Hamid Khalil sowie des Generalsekretärs der algerischen FLN, Cherif Messaadia, setzt durchaus Zeichen für die in den letzten Monaten erfolgten Annäherungsprozesse und die außenpolitische Stabilisierung des Landes.

Dementsprechend entspannt und vital wirkte der „Bruder Führer“ (al-ahu al-qaid), wie Muammar Al-Ghaddafi im Lande häufig genannt wird, in seinen Reden während der mehrtägigen Revolutionsfeiern. In seiner Ansprache am 1. September auf der Rednertribüne des in frischer Farbe erstrahlenden Grünen Platzes in Tripolis konzentrierte sich der Revolutionsführer indessen auf innenpolitische und wirtschaftliche Probleme und Reformen des Landes.

Diese standen nicht zuletzt auch im Mittelpunkt des internationalen Interesses: „La deuxième 'révolution' de Kadhafi“ („Ghaddafis zweite 'Revolution'“), „Reforms refurbish Quaddafi image“ („Reformen polieren Ghaddafis Image auf“), „Die libysche Revolution in der Korrektur“, so nur einige Pressestimmen.²

Worum geht es bei der „Korrektur“ der libyschen Revolution? Und was sind ihre Hintergründe?

Zunächst, so unvermittelt, sprunghaft

und vorrangig durch die „autokratische“ Persönlichkeit des libyschen Revolutionsführers inszeniert, vollziehen sich die Reformen keineswegs. Hinter einer solchen Sichtweise verbirgt sich lediglich das verzerrte, unreflektierte und wenig objektive Bild Libyens, welches in der westlichen Welt dominiert. Ein Bild, welches die libysche Revolution auf Ghaddafi verkürzt und diesen als impulsiven, unberechenbaren, fanatischen Utopisten und Diktator diskreditiert.³

Demgegenüber sind die sich gegenwärtig in der libyschen Jamahiriya vollziehenden innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformen und außenpolitischen Kurskorrekturen Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Erneuerungsprozesses, der bereits Monate währt: „Wenn die Revolution sich nicht selbst korrigiert, muß die Revolution korrigiert werden“, forderte Ghaddafi bereits in einer Rede vom Mai 1987.⁴

Den Kern der aktuellen Phase der libyschen „Perestroika“ bilden Reformen in der institutionellen Ausgestaltung des basisdemokratisch orientierten Systems der Volksherrschaft. Die direkte Demokratie in Libyen basiert auf Basisvolkskonferenzen als legislativem und Volkskomitees, die der politischen Kontrolle der Basisvolkskonferenzen unterliegen, als exekutivem Arm des politischen Systems.⁵

In der Praxis stieß jedoch dieses, dem Grundsatz „Keine Demokratie ohne die

Autorität der Massen“ folgende Prinzip auf Probleme mangelnder Beteiligung der Bevölkerung. Diese liegt u.a. begründet in der immer wieder beklagten Passivität und unzureichendem politischem Bewußtsein zu breiter Bevölkerungskreise.

Eben zur Überwindung dieser Probleme waren seit der Proklamation der „Jamahiriya“⁶ am 2. März 1977 die Revolutionskomitees geschaffen worden. Nuncmehr stehen sie im Mittelpunkt der Kritik.

Ghaddafis Forderung in einer Rede vom 29. August d.J. vor internationalen revolutionären Komitees in Tripolis, „die Macht müsse dem Volk zurückgegeben werden“⁷ sowie seine scharfe Kritik an den Auswüchsen der Revolutionskomitees wies deutlich auf die Fehlentwicklungen in der Umsetzung der Volksherrschaft hin. In der Praxis hatten sich die Revolutionskomitees, die sich zumeist aus jungen, fanatischen Anhängern der Revolution rekrutierten, zur eigentlichen Macht im Staat verselbstständigt.

Die ursprüngliche Funktion der Revolutionskomitees, in der Bevölkerung politisches Bewußtsein zu schaffen sowie diese zu aktiver Teilnahme zu mobilisieren und in ihrer Arbeit anzuleiten, war insbesondere seit Beginn der 80er Jahre ins Gegenteil verkehrt worden. Sie hatten sich mehr und mehr verlegt auf die Einschüchterung und Liquidierung kritischer Stimmen, die faktische Monopoli-

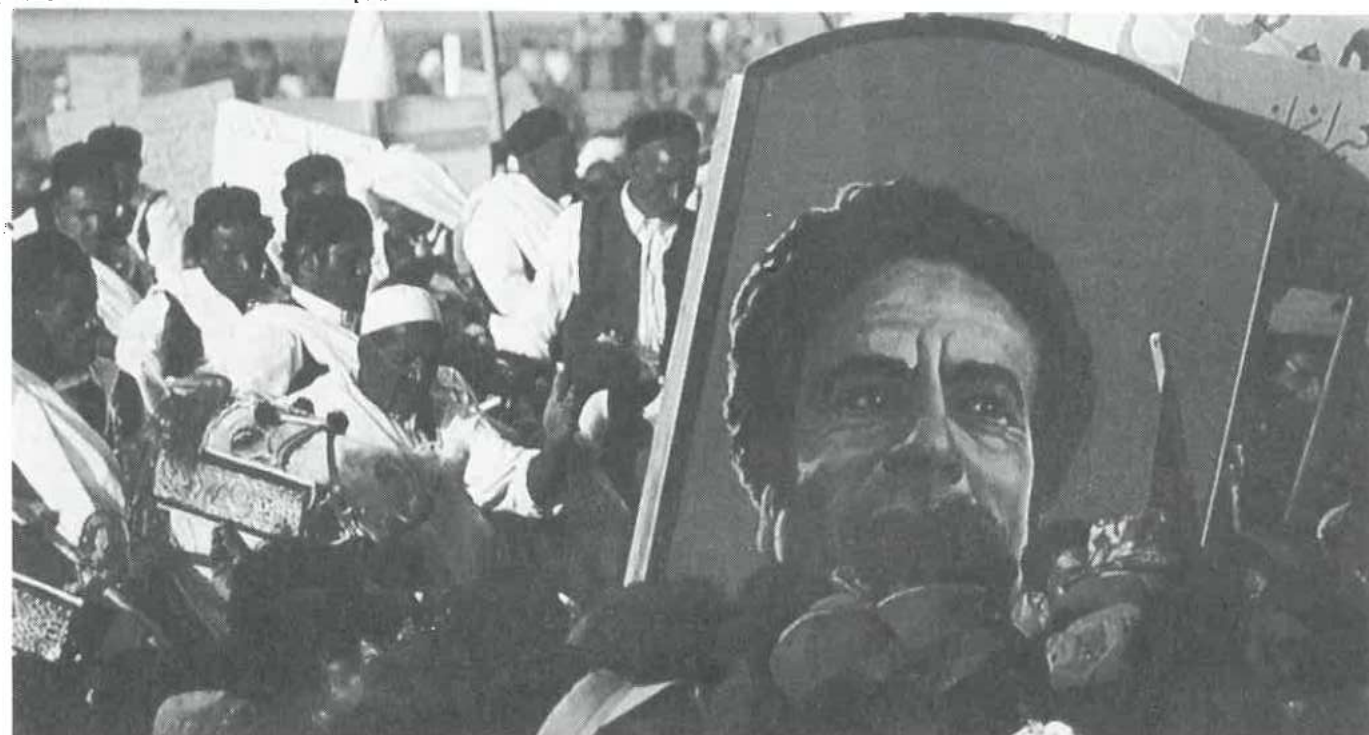
sierung der Macht über den Volkswillen hinweg sowie auf die bewußte Abschirmung des Volkes von der Revolutionsführung, wie ehemalige Revolutionskomiteemitglieder zuweilen äußern.

Dennoch, völlig freizusprechen von der Verantwortung für diese Entwicklung ist Ghaddafi nicht, entstanden die Revolutionskomitees doch auf Initiative der Revolutionsführung und mehr oder weniger unter deren Kontrolle.⁷ Die aktuelle Entwicklung zeigt jedoch, daß ungeachtet dieser Probleme, ungeachtet der Infiltration der Revolutionskomitees durch Karrieristen, Opportunisten und undemokratische Kräfte sich keine neue Machtelite dauerhaft festsetzen konnte, daß das libysche System offen geblieben ist für Veränderungen.

Im „Übergang zu einer qualitativ neuen Stufe der Volksherrschaft“ sollen nuncmehr die Revolutionskomitees in ihrer Macht erheblich eingeschränkt bzw. perspektivisch ganz abgeschafft werden. U.a. diesem Zweck dient nicht nur das neu geschaffene „Sekretariat für Massenmobilisierung und revolutionäre Führung“, sondern insbesondere auch die bereits am 12. Juni d.J. vom libyschen Volkskongreß verabschiedete „Great Green Charter of Human Rights of the Jamahiriyan Era“.

Das nach einer Initiative Ghaddafis in allen Basisvolkskongressen Libyens lebhaft diskutierte, in vielen Punkten geänderte und erweiterte Dokument wurde

Sympathiedemonstration für Ghaddafi in Tripolis



inzwischen auch international, so u.a. von Amnesty International, gewürdigt.⁸ Die Menschenrechtscharta enthält zahlreiche, nicht nur für ein Entwicklungsland beachtliche Artikel, die neben politischen auch soziale und wirtschaftliche Grundrechte umfassen. So wird u.a. das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherung (Art. 11, 14, 15) ebenso garantiert wie Reise-, Bewegungs-, Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz, eine unabhängige Justiz oder das Recht auf Bildung von Zusammenschlüssen und Gewerkschaften (Art. 3, 6, 9, 15, 19). Wenn sich auch Ghaddafis Forderung nach einer Abschaffung der Todesstrafe nicht durchsetzen konnte, so wird immerhin deren restriktive Handhabung sowie ein humaner, auf Resozialisierung abzielender Strafvollzug gefordert (Art. 2, 8). Auch die für ein islamisches Land revolutionäre Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau ist garantiert (Art. 21).

Desweiteren lehnt das Dokument klar alle Formen von Gewalt, Terror und Unterdrückung ab, fordert es die Beseitigung aller atomaren, biologischen, chemischen und anderer Massenvernichtungswaffen sowie des internationalen Waffenhandels und der exportorientierten Waffenindustrie (Art. 5, 23, 24).⁹ Mängel der Menschenrechtscharta bestehen sicherlich darin, daß sie in verschiedenen Punkten zu allgemein gehalten ist und konkrete Durchführungsbestimmungen vermissen läßt. Dennoch dürfte sie eine gute Grundlage für eine aktivere und breitere politische Beteiligung der libyschen Bevölkerung bilden. Erste praktische Schritte in die neue Richtung hatte der Revolutionsführer bereits im März d.J. anlässlich des 11. Jahrestages der Proklamation der Volksmacht unternommen; In einer spektakulären Aktion hatte Ghaddafi selbst den Bulldozer gefahren, um die Gefängnistore in Tripolis niederzureißen. Wenig später verkündete er die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Vernichtung aller Ausreiseverbotslisten.¹⁰ Eine andere Ebene auf dem Weg zum Ausbau der Volksmacht und dem erklärten Ziel der Abschaffung des Staates als Herrschaftsmonopol¹¹ bildet das Vorhaben zur Auflösung von Polizei und Militär und deren Eingliederung in die Volksgarden des Landes. Das Konzept einer Volksmiliz zu rein defensiven Zwecken wird in Libyen bereits seit 1976, parallel zum Aufbau der Jamahiriya diskutiert.

Bereits heute existieren neben der verkleinerten regulären Armee Volksmilizen.¹² Ob Ghaddafis Aufruf zum Aufbau einer allgemeinen Volksmiliz im libyschen Volkskongreß zugestimmt wurde, ist gegenwärtig noch unklar. Als beschlossen gilt hingegen die Herabset-

zung der Wehrpflicht von zwei Jahren auf eins.

Insgesamt dürfte der hier nur knapp skizzierte innenpolitische Reformprozeß in der Lage sein, der ohnehin nur schwachen und zersplitterten Opposition gegen die libysche Jamahiriya den Boden zu entziehen. Eben auf die Stärkung dieser Opposition und den Sturz der Revolutionsregierung hatte die lange vorbereitete und im Bombenangriff auf Tripolis und Benghazi am 15. April 1986 eskalierende Destabilisierungsstrategie der US-Regierung gegen Libyen abgezielt.¹³

Die in diesem Zusammenhang von den USA und anderen Westmächten gegen Libyen verhängte Wirtschaftsblockade hat indessen die ohnehin seit Beginn der 80er Jahre latente Krisenlage der libyschen Wirtschaft verschärft. Mit dem Verfall der Erdöleinnahmen von 22,6 Mrd \$ 1980 auf 4,5 Mrd \$ 1987 sank auch das Pro-Kopf-Einkommen von 10.900 \$ auf 6.504 \$¹⁴ Die strukturellen Schwächen der libyschen Wirtschaft traten ebenso deutlicher hervor, wie das bisherige Scheitern des Ziels wirtschaftlich autark zu werden.

Der bereits Anfang der 80er Jahre eingeleitete Sparkurs konnte sich in der libyschen Bevölkerung hingegen nicht durchsetzen, wie die nun verkündete Aufgabe des staatlichen Außenhandelsmonopols zeigt. Dies spricht zwar für einen demokratischen Willensbildungsprozeß, birgt jedoch eine stärkere Gefahr der Außenverschuldung des Landes in sich.

Zudem wurden zur Stimulierung der Wirtschaft verschiedene Staatsbetriebe in Arbeiterselbstverwaltung überführt und privater Handel wieder zugelassen. Nach wie vor muß jedoch auch die Privatwirtschaft partnerschaftlich organisiert sein, Lohnarbeit bleibt verboten. Wie immer diese Maßnahmen zu bewerten sind, die Überwindung der tiefen Rezession ist eine Bewährungsprobe für das System der Jamahiriya, welches in den Jahren hoher Exporterlöse relativ reibungslos funktionierte. Die weit verbreitete Unzufriedenheit mit der staatlichen Wirtschaftslenkung konnte auf diese Weise allerdings aufgefangen werden.

Gleiches gilt hinsichtlich des verbreiteten Unmuts über die militärische Entwicklung des Landes im Tschad. Nachdem bereits im September 1987 ein Waffenstillstand zwischen den beiden nordafrikanischen Ländern in Kraft trat, wurde am 3. Oktober d.J. die förmliche Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen verkündet.¹⁵

Diese Entwicklung reiht sich ein in die oben angedeutete, auch auf außenpolitischer Ebene erfolgte Kurskorrektur, welche auf den friedlichen Ausgleich von

Interessen und politische Verständigung ausgerichtet ist.

Insgesamt scheint Libyen im Begriff zu sein, die schwierigste Phase seiner 19jährigen Revolution zu überwinden.

Anmerkungen:

- 1) El Moudjahid, Algier, 31.8.1988; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 4./5.9.1988
- 2) Ebenda; Jeune Afrique (JA), Paris, 14.9.1988, S. 19 und Arab News, Jidda, 29.8.1988
- 3) Vgl. grundsätzlicher: H. Mattes, Grundzüge der libyschen Außenpolitik, in: Orient, Nr. 2/1984, S. 184ff.; Ch. Operschall/Ch. Teubner, Libyen. Die verkannte Revolution?, Wien 1987
- 4) The Middle East (ME), London, Juni 1988, S. 29
- 5) Vgl. grundsätzlicher: AIB, Nr. 4/1979, S. 23ff.; Ch. Operschall/Ch. Teubner, Libyen, a.a.O., S. 31ff.; Al-Hamada Al-Hamra, Infos des Libyen-Solidaritätskomitees Bochum, Nr. 3/1987, S. 4ff.
- 6) „Jamahiriya“ ist eine Wortschöpfung aus dem arabischen und bedeutet etwa „Volksmassenstaat“.
- 7) Text der Rede in: Al-Fagr Al-Gadid, Tripolis, 30.8.1988
- 8) Vgl. Arab News, 29.8.1988
- 9) Nach: „The Great Green Charter of Human Rights of the Jamahiriyan Era“, Tripolis, September 1988
- 10) Le Monde, Paris, 4.3. und 9.3.1988 sowie die anschaulichen Augenzeugenberichte in: Al-Hamada Al-Hamra, Nr. 2/1988, S. 1ff.
- 11) Vgl. Tehran Times, Teheran, 31.8.1988
- 12) Vgl. H. Mattes, Von der Prätorianergarde König Idris I. zum Konzept des bewaffneten Volkes, in: Orient, Nr. 4/1988, S. 523ff.
- 13) Vgl. AIB, Nr. 6/1986, S. 3ff. sowie AIB-Hintergrund „Die Libyenkrise“, April 1986
- 14) ME, Juni 1988, S. 29
- 15) JA, 5.10.1988, S. 24; Beijing Rundschau, 18.10.1988



Achtung!

Der **DRITTE WELT-LeserInnenservice** ist nicht mehr in Marburg, dem Sitz der Redaktion, sondern in Köln, beim Pahl-Rugenstein Verlag angesiedelt. Bitte in allen Angelegenheiten der Abobetreuung, d. h. Adressenänderungen, Reklamationen, Neuabos oder Kündigungen, und Bestellungen wenden an:

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, Tel. 02 21 / 3 60 02-0



In der Stadt Bluefields an der Atlantikküste überstanden nur sechs Gebäude den Hurrikan

Nico Bliver

Hurrikan verwüstet Nicaragua

In den frühen Morgenstunden des 22. Oktober d.J. wurde Nicaragua von einer der größten Naturkatastrophen seiner Geschichte verwüstet. Dank frühzeitiger Evakuierungen durch die Regierung blieb zwar die Anzahl der Menschenopfer, die der Hurrikan Joan forderte, relativ gering. Doch dürften die materiellen Schäden die des verheerenden Erdbebens von 1972 noch übertreffen.

Der Wirbelsturm war erst mit 200 km Windgeschwindigkeit über das der Atlantikküste vorgelagerte Ferienparadies Corn-Island hinweggerast und hatte dort 70.000 Palmen umgelegt.

Dann traf er mit voller Wucht die Ostküste, zerstörte vollständig die 40.000 Einwohner zählende Stadt Bluefields und versenkte weiter landeinwärts die Stadt Rama in den Fluten des gleichnamigen Flusses. Auf dem Weg nach Westen vernichtete er ca. 1 Mio Kubikmeter Urwaldholz, bevor er bereits mit geringer Kraft das Zentrum, den Nordwesten und die Hauptstadt Managua, erreichte.

Eine vorläufige Bilanz von Ende Oktober ergab, daß 116 Menschen den Tod fanden und weitere 110 vermißt werden. Über 320.000 wurden evakuiert, 186.000 sind obdachlos. Zerstört wurden 29.000 Häuser, 66 Brücken, 651,2 km Straßen und 339 Schulen.¹

Die Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion können heute noch nicht genau abgeschätzt werden. Klar ist jedoch bereits jetzt, daß die Öl-

und Kokospalmen-Ernte zu 80% verloren ist, und daß die Reisfelder östlich des Nicaragua-Sees nicht mehr tragen werden. Außerdem ist die Kaffeernte gefährdet, da im Hauptanbaugebiet von Jinotega und Matagalpa die größten Schäden an der Verkehrsinfrastruktur zu verzeichnen sind.

„Die Zahl der Opfer, die angesichts der Wucht des Hurrikans sehr gering ist, zeigt, daß dank der ausgezeichneten Vorsorgemaßnahmen das Hauptziel erreicht worden ist, nämlich so viele Menschenleben wie möglich zu retten“, erklärte Präsident Daniel Ortega am 28. Oktober.² In der Tat war bereits drei Tage vor Ankunft des Orkans mit der Evakuierung begonnen worden. Ortega hatte sich persönlich nach Bluefields begeben, um die Menschen von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Stadt zu verlassen. Vor und nach dem Hurrikan erwiesen sich die für eine US-Invasion geschaffenen Zivilschutzstrukturen und Pläne als effizientes Mittel, präventive und Hilfsmaßnahmen durchzuführen. „Die Armee verfügt über eine Struktur“, so Ortega, „derer wir uns in jeder außergewöhnlichen Situation bedienen können, sei es nun eine Naturkatastrophe, eine Invasion oder die Aggression einer fremden Macht.“³

Die Hilfsmaßnahmen der Regierung, die von den Kommandanten und Ministern vor Ort geleitet wurden, werden durch eine Welle der Solidarität ergänzt, die das ganze Land erfaßt hat. „Wir haben acht Jahre Reagan ausgehalten, da werden wir uns von einem Sturm auch nicht klein-kriegen lassen“, kommentierte eine Ein-

wohnerin Managuas die Lage.⁴

Freiwilligengruppen ziehen von Haus zu Haus, um Sach- und Geldspenden für die Katastrophenopfer zu sammeln. Kinder stoppen die Autofahrer, um ihnen eine Spende abzuverlangen. Ganze Belegschaften spenden einen Tag ihres ohnehin kargen Monatslohns.

Doch aus eigener Kraft wird Nicaragua die Folgen des Sturms nicht beseitigen können. Die Devisenkassen sind ohnehin leer und das Saatgut für die nächste Ernte wird jetzt für die Ernährung der Evakuierten aufgebraucht. Die wirtschaftliche Lage war bereits vor der Naturkatastrophe äußerst angespannt. Gesunkene Reallöhne und Knappheit an Gütern des täglichen Bedarfs haben dazu geführt, daß viele Haushalte sich nicht mehr mit dem Lebensnotwendigen versorgen können.

Folge dessen sind nicht nur die massenhafte Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ins Ausland und eine steigende Diebstahlskriminalität. „Es gibt ein Hungerproblem“, erklärte Ende Oktober d.J. der Industrie- und Handelsminister Luis Carión, einer der neuen Kommandanten der FSLN.⁵ „Wir haben keine Hungersnot, aber das Niveau der Unterernährung ist angestiegen. Dies ist ein Indiz dafür, daß es Hunger unter der Bevölkerung gibt.“

Bei einer Untersuchung von fast 3.000 Kindern in den letzten Monaten stellte das Gesundheitsministerium fest, daß zwei Drittel an Unterernährung leiden.⁶ Angesichts dieser Situation hat die nica-

Katastrophenhilfe für Nicaragua

In einem Appell hat das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) aufgerufen, für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ zu spenden, um die Folgen der Hurrikanverwüstungen zu lindern. Erst zwei Wochen vor der Katastrophe hatte das ASK dem nicaraguanischen Botschafter Hernan Estrada in Bonn 100.000 DM übergeben, die im Rahmen der Kampagne gespendet wurden. Diese Gelder werden der regierenden sandinistischen FSLN zur freien Verfügung überlassen.

Das ASK appelliert außerdem an die Bundesregierung, eine großzügige Katastrophenhilfe zu leisten und die seit fünf Jahren zurückgehaltenen 40 Mio DM Entwicklungshilfe sofort auszus zahlen. Mit ähnlichen Forderungen haben sich auch das Infobüro Nicaragua, medico international, die Christliche Initiative Romero und der internationale Christliche Friedensdienst Eirene gemeinsam an die Öffentlichkeit gewandt. Sie forderten außerdem Gemeinden, Kirchen und Verbände auf, Nicaragua schnell Hilfe zukommen zu lassen.

Spendenkonto des ASK: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Nr. 527055-602, Postgriamt Frankfurt/M., BLZ 50010060, Kennwort Nicaragua

Interview mit Patricia Elvir Verstärkt die Kampagne „Nicaragua muß überleben!“

„Nicaragua muß überleben!“, die Kampagne, die weltweit — auch in der Bundesrepublik — zur Unterstützung Nicaraguas durchgeführt wird, „ist aktueller denn je zuvor“. Dies betont Patricia Elvir, die Vorsitzende des Nicaraguanschen Komitees für Freundschaft, Solidarität und Frieden (CNASP), in einem Interview mit der nicaraguanischen Nachrichtenagentur ANN.

FRAGE: Die Kampagne „Nicaragua muß überleben!“ bleibt also aktuell als Orientierung für die Hilfe, die Nicaragua von der Solidaritätsbewegung erwartet?

P. ELVIR: So ist es. Es geht darum, auf möglichst effiziente Weise das Allernotwendigste zu beschaffen. Die Prioritäten sind bereits vor dem Eintreffen des Hurrikans festgelegt worden. Über diese unmittelbare Katastrophenhilfe hinaus brauchen wir für den Wiederaufbau Wellblech, Baumaterial und Werkzeuge. Die Katastrophenhilfe dient dem unmittelbaren Überleben der Menschen. Es ist die gleiche Art Hilfe, wie sie in der Vergangenheit der Krieg notwendig gemacht hat, dafür haben wir seinerzeit die weltweite Kampagne „Nicaragua muß überleben!“, ins Leben gerufen — jetzt müssen wir diese Kampagne der neuen Situation anpassen.

FRAGE: Was erwartet Nicaragua von der Solidaritätsbewegung, von Komitees, Nichtregierungs-Organisationen und von befreundeten Regierungen?

P. ELVIR: Von den Solidaritätskomitees erwarten wir, daß sie sich in ihrem jeweiligen Land an Organisationen wenden, die darauf spezialisiert und eingerichtet sind, rasch Hilfe zu leisten: Kirchen, Entwicklungshilfe-Organisationen, das Rote Kreuz und andere, die in der Lage sind, kurzfristig diese Grundbedarfs-güter zu beschaffen und sie uns zu schicken. Außerdem geht es darum, in jedem Winkel der Welt das ganze Ausmaß der Katastrophe bekanntzumachen, ihre unmittelbaren und mittelfristigen Folgen. (...)

FRAGE: Die Solidaritätsbewegung zieht es im allgemeinen vor, spezifische, konkrete Projekte zu unterstützen, deren Umfang sie überblicken kann. Kann man dieses Prinzip in der gegenwärtigen Notstandssituation aufrechterhalten?

P. ELVIR: Bei der jetzigen Kampagne für den Wiederaufbau geht es darum, den wichtigsten Institutionen der Verwaltung dabei zu helfen, Maßnahmen zu treffen und Güter zu verteilen. Wir wissen, daß die Solidaritätsbewegung andere Kriterien hat, die ebenfalls nützlich sind; jetzt ist aber das Wichtigste, gemäß den Prioritäten, die landesweit festgelegt worden sind, die Infrastruktur zur Verteilung der Hilfsgüter zu stärken, nicht nur Einzelfälle im Auge zu haben. Selbstverständlich ist die Hilfe für Bluefields, Rama und Corn Island am wichtigsten, aber es geht darum, daß die Hilfe, die die nicaraguanische Regierung erhält, nicht an Bedingungen geknüpft wird.

Die nicaraguanische Regierung sollte über die Hilfsleistungen und Gelder frei verfügen können und sie gemäß unseren eigenen Prioritäten einsetzen. (...)

(Quelle: ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, Nr. 128/23.10.1988)

raguanische Regierung einen dringenden Appell an die internationale Öffentlichkeit gerichtet, Soforthilfe zur Verfügung zu stellen.

Innerhalb von fünf Tagen wurden über 2.000 t Hilfsgüter geliefert. Daniel Ortega hob vor allem die Hilfe Kubas hervor. Bereits als der Hurrikan noch über Managua tobte, richtete Kuba eine Luftbrücke von Havanna nach Bluefields ein, über die fast 500 t Lebensmittel und andere Güter eingeflogen wurden. Hilfen in Millionenhöhe hatten bis zum 27. Oktober Schweden, die DDR, die Sowjetunion und die Bundesrepublik zugesagt.

Mit Unterstützung der US-Regierung hatte wohl niemand gerechnet, zumal die Hurrikanzerstörungen der Zermürbungsstrategie gegen Nicaragua eher dienlich sind. Deshalb bemüht sich die Reagan-Administration, die internationalen Hilfsmaßnahmen möglichst gering zu halten. Regierungsvertreter ließen verlauten, der nicaraguanischen Regierung könne bei der Annahme von Hilfsgütern „nicht getraut werden“. Reagan-Sprecher Marlin Fitzwater erklärte, die Sandinisten würden den Hurrikan „als Plattform gegen Reagans Politik und dessen Unterstützung für die 'Freiheitskämpfer'“ nützen.⁸

Am 25. Oktober untersagte Präsident Reagan ab sofort allen Vertretern der nicaraguanischen Regierung und der FSLN die Einreise in die USA. Damit werden die Bemühungen der rührigen Solidaritätsbewegung, Nicaragua verstärkt zu unterstützen, noch weiter erschwert. Allein die Organisation „Quest for Peace“ hatte Nicaragua eine Hilfe von insgesamt 10 Mio \$ zugesagt.

Neben den üblichen Vorwürfen an Nica-

**Ohne die frühzeitigen
Evakuierungsmaßnahmen der
Regierung hätte die Zahl der
Toten wesentlich höher
gelegen**

ragua, die Opposition zu unterdrücken und die Region zu destabilisieren, hatte Reagan für seine Maßnahme auch auf die Ausweisung des US-Botschafters Melton im Juli d.J. verwiesen. Diesem hatte die nicaraguanische Regierung u.a. vorgeworfen, eine Kampagne der inneren Opposition gegen die Revolution anzuleiten. Die Existenz einer derartigen vom CIA gesteuerten Kampagne hatte der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, James Wright, am 20. September d.J. bestätigt.

Um derartige Machenschaften zu erschweren, hat das nicaraguanische Parlament im Oktober allen Bürgern untersagt, Gelder aus dem vom US-Kongreß



Wie diese Familie aus Bluefields stehen Zehntausende vor dem Nichts

im September beschlossenen „humanitären“ Hilfspaket in Empfang zu nehmen. Die Mittel sind u.a. für die Contra, die katholische Kirche und den Unternehmerverband COSEP bestimmt.

Der Kongreß hatte außerdem militärische Hilfe für die Contras in Höhe von 16,5 Mio \$ bewilligt, die jedoch nur unter bestimmten Bedingungen freigegeben werden kann. Darunter fallen angebliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition oder Subversion gegen die Nachbarn. Zwar hat Reagan Mitte Oktober darauf verzichtet, noch in seiner Amtszeit Militärhilfe zu beantragen. Er hat sich jedoch eine Widerrufung dieser Entscheidung offengehalten, wenn „die Sandinisten versuchen sollten, aus dieser Situation Nutzen zu ziehen“.⁹

Es besteht die Möglichkeit, daß der Präsident nach den Wahlen seinen Nachfolger vor vollendete Tatsachen stellen will, indem er neue Militärhilfe beantragt und die diplomatischen Beziehungen abbricht. Auf letzteres deutet bereits das Einreiseverbot für nicaraguanische Regierungsvertreter hin.

Bereits jetzt zeichnet sich eine Zunahme der Aktivitäten der Contra ab. Während und kurz nach dem Sturm brachten sie 12 Menschen um, darunter acht Zivilisten. Daniel Ortega erklärte, die Regierung würde über Informationen verfügen, daß 3.000 ausgerufte Contras sich anschickten, von Honduras aus ins Land einzudringen. Er rief die internationale Gemeinschaft auf, Druck auf die USA auszuüben, um weitere Contra-Angriffe zu verhindern. Das Ende der Aggression sei „die beste Hilfe, die die nordamerikanische Administration“ geben könne.¹⁰ Die innere Opposition versucht unterdessen, selbst aus dieser Naturkatastrophe politisches Kapital zu schlagen. Die

Zeitung „La Prensa“ sieht in den Evakuierungsmaßnahmen ein geschicktes Manöver zur Militarisierung des Landes und läßt verlauten, daß die USA wesentlich spendenfreudiger als die Kubaner sein würden, wenn eine ihnen genehme Regierung an der Macht wäre. Obwohl einem Notstandskomitee, das seit den Überschwemmungen von 1982 besteht, internationale ausländische und inländische nichtstaatliche Organisationen sowie verschiedene Ministerien und öffentliche Institutionen angehören, verlangt die Opposition die Gründung eines Komitees aus allen Parteien und Organisationen.

Dieses könnte dann in der Folge in die seit Monaten von der Opposition geforderte „Regierung der nationalen Rettung“ umgewandelt werden, die sich der US-Unterstützung sicher sein könnte. Da sie mit dieser Forderung auf taube Ohren gestoßen ist, will sie ein eigenes Gremium schaffen, das Hilfe in Empfang nehmen soll, um sich somit als Helfer in der Not aufzuplustern.

Es bleibt zu hoffen, daß nicht einige Geldgeber bei diesem Manöver mitspie-

len. Dies gilt vor allem für Bonn, das seit 1982 zwar jegliche Entwicklungshilfe zurückhält, aber über die Parteienstiftungen Millionenbeträge an die Opposition ausgezahlt hat. Die Bundesregierung hat insgesamt 3 Mio DM an Katastrophenhilfe zugesagt.

Ende Oktober weigerte sich jedoch Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in einem Gespräch mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Sergio Ramirez, die Entwicklungshilfe wieder aufzunehmen. Dies könne erst bei sichtbaren Fortschritten im Demokratisierungsprozeß der Fall sein. Auch Außenminister Genscher kritisierte die nicaraguanische Regierung und verlangte die Freilassung von 38 Oppositionellen, die in Nicaragua vor Gericht stehen.

In Gesprächen mit Ramirez forderten hingegen die SPD und die GRÜNEN ebenso wie die Solidaritätsbewegung die Freigabe der seit 1982 gesperrten Entwicklungshilfegelder in Höhe von 43 Mio DM.

Gleiches verlangte für die IG Metall deren Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage. Sie kritisierte die Bonner

Hilfszusage als völlig unzureichend und warf der Regierung vor, bei Hilfszusagen mit zweierlei Maß zu messen. Es sei schlimm, „wenn ein Land, in dem die Menschen seit acht Jahren unter Wirtschaftsboykott und Contra-Überfällen leiden, von der Bundesregierung mit einem Almosen abgespeist wird“.¹¹ Diese Absicht der Bundesregierung, auch weiterhin der US-Regierung die Stange zu halten, wird besonders deutlich, wenn bedacht wird, daß 1972 nach dem Erdbeben über 30 Mio DM aus Bonn nach Managua geflossen sind — großteils in die Taschen des Diktators Somoza.

Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: ANN-Wochenbulletin, Managua/Zürich, Nr. 129/1.11.1988
- 2) Ebenda
- 3) Ebenda
- 4) Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 27.10.1988
- 5) El Pais (EP), Madrid, 1.11.1988
- 6) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 17.10.1988
- 7) Frontline, Oakland, 7.11.1988
- 8) taz, 27.10.1988
- 9) IHT, 15./16.10.1988
- 10) EP, 30.10.1988
- 11) Frankfurter Rundschau, 27.10.1988

Städtepartnerschaftstreffen Projektprovinzialismus und/oder politische Solidarität

Radiosender, Krankenhaus, Wasserprojekt, Kinderfibel, Bibliothek und die Vergabe von Stipendien für Forstwissenschaft an der Universität von Managua sind die derzeitigen Projekte des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Nürnberg/San Carlos und Region. Auch wenn einzelne Projekte mit anderen Organisationen und europäischen Städten durchgeführt werden, so entsteht doch der Eindruck, daß sich der erst seit vier Jahren bestehende Verein zu einer Entwicklungshilfeorganisation auf kommunaler Ebene entwickelt hat.

Der Großteil der beim 4. Bundestreffen der Städtepartnerschaftsinitiativen in Darmstadt vom 21.-23. Oktober anwesenden 28 Gruppen von insgesamt 70 bestehenden konnte zwar keinen ähnlich großen „Projektapparat“ vorweisen, doch hatten alle ein bzw. „ihr“ Projekt, das vielerorts die administrativen und personellen Kapazitäten der Gruppen übersteigt. In diesem Zusammenhang ist auch die zentrale Debatte des Treffens zu sehen, die selbstkritisch Bilanz zog, um Perspektiven für die weitere Solidaritätsarbeit zu entwickeln. Sicherlich hat diese interkommunale Zusammenarbeit, die von dem nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega 1985 der internationalen Solidaritätsbewegung vorgeschlagen wurde, positive Ergebnisse gebracht.

Zum einen wurde die Regierung Reagan durch die zahlreichen Verbindungen nicaraguanischer Gemeinden mit Städten in der westlichen Welt — sogar in den Vereinigten Staaten gibt es mittlerweile 120 Städte, die mit nicaraguanischen Kommunen in Kontakt stehen — daran gehindert, noch aggressiver gegen das kleine Land vorzugehen. Zum anderen wurde eine breite Mobilisierung der Bevölkerung erreicht, die in der Geschichte der bundesdeut-

schen Solidaritätsbewegung ihresgleichen sucht. Das Spektrum reicht dabei von christlichen Initiativen bis zu den Gewerkschaften. Zusätzlich müssen die originären entwicklungspolitischen Erfolge einzelner Gruppen erwähnt werden. So konnte die Städtepartnerschaftsinitiative in Freiburg gemeinsam mit der Stadt in diesem Jahr die Fertigstellung des Wasserleitungsprojektes in der einen Stadthälfte von Wiwilí verkünden. Die mitten im Operationsgebiet der Contra liegende Gemeinde kann nunmehr an 14 Entnahmestellen bis zu 3.600 Einwohner mit Trinkwasser versorgen.

Bei aller erweiterten Identifikationsmöglichkeit mit der Solidaritätsarbeit, die ein „eigenes“ Projekt bietet, ist zu beobachten, daß die meisten Gruppen letztlich oft nur noch mit Organisatorischem beschäftigt sind. Die Notwendigkeit einer gründlichen Projektevaluation wird ignoriert oder stößt an fachliche Grenzen. Und manchmal mündet dies in eine Art Projektprovinzialismus, der im kleinen genauso viel Schaden anrichten kann wie die allseits bekannten Entwicklungsrinnen nationaler und internationaler Entwicklungshilfe. Dabei sind die Gruppen zu einer einwandfreien Abwicklung der Projekte gezwungen, um dem politischen Gegner keine Angriffsfläche zu bieten. Dies umso mehr, je mehr Gelder aus öffentlichen Quellen fließen, die aus rot-grünen Koalitionen resultieren.

Dieser Legitimationszwang führt zu einer Verlagerung der Schwerpunkte, die mit dem eigentlichen Kern der Solidaritätsarbeit, der politischen Unterstützung der Revolution, der Aufdeckung der US-Intervention und ihrer Hintergründe sowie der imperialistischen Ausbeutungsstrukturen nicht mehr viel zu tun hat. Die Gruppen verabschieden sich von der Bühne

der politischen Auseinandersetzung. Die Folge ist zuweilen die Entpolitisierung der Bewegung. Besonders deutlich wird dies dort, wo aus bundnispolitischen Gründen, vor allem mit der Sozialdemokratie, politische Standpunkte zugunsten von eventuell fließenden Mitteln für „unsere“ Projekte aufgegeben werden.

Angesichts der verheerenden ökonomischen Situation Nicaraguas sollte auch geprüft werden, inwieweit beabsichtigte Projekte sich kontraproduktiv zur Wirtschaftspolitik der Regierung auswirken könnten, selbst wenn das Vorhaben von der jeweiligen nicaraguanischen Gemeinde gefordert werden sollte.

Die Lösung kann allerdings nicht sein, daß sich die Gruppen gemäß der Maxime der nicaraguanischen Regierung nur noch auf den produktiven Sektor konzentrieren. Die kriegsbedingte Wirtschaftskrise und die auf Produktivitätszuwachs gerichtete Politik beschneiden staatliche Investitionen im sozialen Bereich, deren Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung durch die Solidarität gemildert werden können.

Offen zutage trat bei dem Bundestreffen, daß in der Vergangenheit in den Gruppen zu wenig über das politische Selbstverständnis der Städtepartnerschaftsbewegung diskutiert worden ist. Vor allem die „rot-grünen Töpfe“ lenkten den Blick zu sehr auf das finanziell Machbare, statt auf die entwicklungspolitische und ideologische Auseinandersetzung sowohl gruppenintern, wie auch mit dem politischen Gegner.

Deshalb beschloß die Konferenz aus Anlaß des 10. Jahrestages der nicaraguanischen Revolution im nächsten Jahr, eine breit angelegte politische Öffentlichkeitskampagne mit zentralen und dezentralen Aktionen durchzuführen.

Stefan Flaig

Interview mit Humberto Centeno (UNTS)

Viele Wege führen nach Rom



Die Führung der UNTS während einer Kundgebung in San Salvador

Mit der Wahlniederlage und Spaltung der Christdemokraten, der wachsenden Massenbewegung und der Zunahme der Aktionen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) ist in El Salvador eine neue Situation entstanden. Im folgenden Interview nimmt Humberto Centeno, Führungsmitglied der Nationalen Einheit Salvadorianischer Werktätiger (UNTS), des mit 400.000 Mitgliedern größten Gewerkschaftsverbandes des Landes, Stellung zur aktuellen Lage und den Perspektiven des Befreiungskampfes. Centeno wurde am 10. März und 13. September d.J. verhaftet und mißhandelt. Er kam erst durch politischen Druck wieder frei.

FRAGE: Wie schätzen Sie die Lage im Lande und besonders die Krise des Herrschaftssystems nach den Parlamentswahlen vom März d.J. ein, die mit einem Sieg der faschistischen Nationalistischen Republikanischen Allianz (ARENA) endeten?

H. CENTENO: Die Position der UNTS zu den Wahlen war von Anfang an klar. Wahlen können die Situation unseres Landes nicht verändern.

Wir haben zwar nicht direkt zum Wahlboykott aufgerufen, aber wir haben auch nicht für sie mobilisiert. Unsere Basis hat sich nicht einmal Wahlausweise besorgt. Schließlich haben von den 2,5 Mio Wahlberechtigten weniger als 1 Mio gewählt, und von denen noch einmal 300.000 weiß oder ungültig abgestimmt.

Die Wahlen haben vor allem gezeigt, daß das Aufstandsbekämpfungsprojekt gescheitert ist. Die Situation des herrschenden Blocks war danach folgende: eine gesplante PDC, zwei verschieden besetzte Staatsgewalten und Spannungen zwischen dem obersten Gerichtshof und dem Wahlrat. Mit 300.000 Stimmen ge-

wann die ARENA die absolute Mehrheit. Während die USA mit 10 Jahren gesicherter PDC-Herrschaft gerechnet hatten, war dieser Plan bereits nach vier Jahren am Ende. Das ist ein Erfolg des Volkskampfes.

In El Salvador gibt es drei Machthaber in der folgenden Reihenfolge: die USA, die Oligarchie und die Militärs. Die offizielle Macht, d.h. die Fassade, wird von der Christdemokratie gestellt. Durch die Wahlen hat aber die ARENA wieder an Bedeutung gewonnen. Sie hat ihre Todesschwadronen reaktiviert. Und in ihren Regionalkomitees kursieren Todeslisten, auf denen Gewerkschafter und Kooperativenmitglieder stehen.

Eine Zusammenarbeit mit der ARENA ist deshalb für die USA mit hohen politischen Kosten verbunden. Der Präsidentschaftskandidat der ARENA, Alfredo Cristiani, war inzwischen siebenmal in den USA, um zu zeigen, daß die „ARENA von heute nicht mehr die ist von vor fünf Jahren“.

Auf US-amerikanisches Anraten hin wird er sich auch nach Europa und in die

Bundesrepublik begeben. Trotzdem wird es den USA schwer fallen, den westlichen Verbündeten eine Unterstützung der ARENA zu verkaufen.

Deshalb fließen jetzt Millionen in die Kassen der PDC-Fraktion von Chavez Mena, um dessen Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1989 abzusichern.

FRAGE: Welche Rolle spielen heute die Streitkräfte in den Auseinandersetzungen um die Macht im Lande?

H. CENTENO: Die Militärs versuchen, gegen Duarte zu putschen, weil sie den Krieg geringer Intensität (LIC) nicht mehr ertragen. Sie wollen den totalen Krieg, in dem die Menschenrechte nicht mehr beachtet werden, wo Dörfer zerbombt und abgebrannt werden, wo die Volksführer einfach ausgemerzt werden. Scheitert die LIC-Strategie hier, wo sie zum ersten Mal erprobt wird, würde das die Gesamtstrategie des Imperialismus verändern.

Mit einem Militärputsch wäre das Scheitern des LIC schon jetzt definitiv. Deshalb sind kürzlich einige US-Gesandte, u.a. George Shultz und der Befehlshaber des US-Südkommandos in der Panama-Kanalzone Lawrence, hier gewesen, um die Militärs davon zu überzeugen, nicht zu putschen. Die Einschätzung der Militärs diesbezüglich ist, daß sie gar nicht mehr zu putschen brauchen, wenn die ARENA die Wahlen gewinnt.

Zudem hat genau genommen bereits am 1. Juli d.J. ein Militärputsch begonnen. Diejenigen Militärs, die das LIC-Projekt begriffen haben, sind abgelöst worden. Von 36 Posten der Militärspitze sind 19 mit Faschisten neu besetzt worden. Es ist absehbar, daß es bald alle sein werden.

FRAGE: Wie reagiert die Volksbewegung auf die Krise?

H. CENTENO: Die Widersprüche im herrschenden Block sind die Perspektiven des Volkes. Die Demokratische Konvergenz (CD), der Zusammenschluß zwischen den beiden Parteien der Revolutionären Demokratischen Front (FDR) — die Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNR) und die Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) — mit der Sozialdemokratischen Partei (PSD) hat Zulauf von der PDC-Basis.

Wir haben Kontakte mit den christdemokratischen Gewerkschaften UPD und UNOC, die wir früher nie getroffen hatten. Es herrschte Einigkeit zwischen uns,

daß egal, wer die Wahlen gewinnt, die Situation für die Gewerkschaften schwieriger würde. Die Einheit im Volk wächst.

Seit dem Wahlsieg der ARENA im März d.J. verschärft sich die Lage. 5.000 Leute, die im Rahmen der bescheidenen Landreform Boden bekommen hatten, wurden umgesiedelt. Und die ARENA hat ihren Willen bekundet, die Landreform völlig rückgängig zu machen. Diese Befürchtung vereint die Gewerkschaften und das Volk genauso wie die Überzeugung, daß es nur eine politische Lösung des Konflikts geben kann.

Ein anderer Faktor ist die FMLN, die im ganzen Land präsent ist und ein echtes Heer darstellt. Es wird keine Lösung ohne die FMLN geben, und es ist klar, daß sie an der Regierung beteiligt sein muß.

Zusammenfassend stellen wir fest, daß es drei Sektoren gibt, die die Interessen des Volkes vertreten: Die CD auf politischer Ebene, die UNTS auf gewerkschaftlicher und die FMLN.

FRAGE: Wie sehen Sie die Perspektiven für einen Volkssieg?

H. CENTENO: Er ist nah, sehr nah — er ist nur noch eine Frage der Zeit. Wir stehen dabei nicht einmal so unter Zeitdruck, die Macht zu erobern, wie die andere Seite unter Druck steht, sie zu behalten.

Ich weiß nicht, ob Euch bekannt ist, daß ich — wie tausende SalvadorianerInnen vor und nach mir — im März entführt

Die Widersprüche im herrschenden Block haben die Vereinigung und Verstärkung der Volksbewegung gefördert

worden bin. Trotz 70.000 Toten, 7.000 Verschwundenen, den Gefolterten und Entführten kämpft das salvadorianische Volk weiter. Deshalb ist der Prozeß unumkehrbar.

FRAGE: Aber ein Sieg kann doch nur Aufstand bedeuten...?

H. CENTENO: Sicher... Was für einen Sinn würde ein Wahlsieg haben, wenn die Wahlinstrumente in den Händen der alten Macht sind.

Es hat in El Salvador zig Fälle von Wahlbetrug gegeben. Wahlen werden die Probleme nicht lösen, sie bedeuten keine Eroberung der Macht. Das weiß auch die CD. Aber sie muß ihre Rolle als politisches Instrument des Volkes spielen und ihren Spielraum nutzen.

Darin wird sie von der UNTS unterstützt. Viele Wege führen nach Rom, heißt es, und jeder muß den seinen gehen.

FRAGE: Welche Bedeutung hat die Ende Juli d.J. gegründete Bewegung Brot

Ausländer im Visier

Die Hetze gegen Mitarbeiter internationaler Organisationen und Mitglieder ausländischer Delegationen in El Salvador reißt auch nach der Ermordung des schweizerischen Theologen und Mitarbeiters des Züricher Zentralamerika-Sekretariats Jürg Weis am 22.8.1988 durch die salvadorianische Nationalpolizei nicht ab.

Am 13.9.1988 wurden insgesamt 11 Ausländer, darunter eine fünfköpfige Delegation des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit aus München und der Medizinstudent Christian Steuber aus Berlin, in der Hauptstadt San Salvador festgenommen, mißhandelt und tags darauf des Landes verwiesen. Die Mitglieder der Münchner Delegation Bettina Hecke, Michael Krämer, Anja Romaus, Barbara Wagner und Kai Weber wurden am Tag nach ihrer Ankunft in El Salvador und nur eine Viertelstunde nachdem sie zum ersten Mal ihr Hotel verlassen hatten von Anti-Aufstands-Einheiten der Nationalpolizei in der Nähe des Marktes im Stadtteil San Miguelito festgenommen, als sie gerade auf dem Weg zu einem Gespräch mit Vertretern des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS waren. Die schwerbewaffneten Polizisten zwangen sie auf ein Fahrzeug der Nationalpolizei, mit dem sie zum Finanzministerium gefahren wurden.

Dort war kurz zuvor eine Demonstration der salvadorianischen Nationaluniversität (UES) von Sicherheitskräften unter Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen aufgelöst worden. Die Studenten, Universitätsangestellten und Professoren hatten für die Auszahlung des gesetzlich vorgesehenen — aber von der Regierung verweigerten — Universitätsetats demonstriert.

Zusammen mit den 235 festgenommenen und z.T. schwerverletzten Salvadorianern wurden sie zur Zentrale der Nationalpolizei transportiert, wo sie unter Schlägen, Drohungen und Beschimpfungen mehrmals erkennungsdienstlich behandelt und mit verbundenen Augen mehrere Stunden lang verhört wurden. Die Frauen waren darüber hinaus ständigen sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungsdrohungen ausgesetzt.

Christian Steuber aus Berlin wurde unabhängig von der Münchner Gruppe — ebenfalls fernab vom Ort der Demonstration — an einer Bushaltestelle festgenommen. Er wurde ebenfalls zur Zentrale der Nationalpolizei transportiert, wo er mit verbundenen Augen auf den Knien eine Rampe entlangkriechen mußte, während die umstehenden z.T. betrunkenen Polizisten ihn bespuckten, schlugen und an den Haaren zogen.

Am späten Nachmittag wurden die sechs Deutschen zusammen mit zwei ebenfalls festgenommenen Nordamerikanern, zwei Japanern und einem Guatemalteken der salvadorianischen Presse und dem Fernsehen als Rädelsführer und Hauptprovokateure der Studenten-demonstration vom Vormittag präsentiert.

Noch in der Nacht wurden die Ausländer auf einem Kleinlastwagen von schwerbewaffneten Polizisten in Zivil ins Hauptquartier der berichtigten Finanzpolizei gefahren, wo ihnen die letzten persönlichen Gegenstände abgenommen und sie erneut stundenlang verhört wurden, sich auch die Frauen vor den Augen der Polizeibeamten ausziehen mußten und schließlich in Einzelzellen gesperrt wurden.

Im Laufe des Vormittags wurde schließlich die bundesdeutsche Botschaft verständigt (nachdem am Vorabend auf Anfrage der Botschaft bestätigt worden war, es seien keine Deutschen unter den Festgenommenen) und aufgefordert, die festgenommenen Bundesbürger in Empfang zu nehmen. Diese wurden allerdings erst freigelassen, nachdem sie unterschrieben hatten, daß sie wegen Teilnahme an Straßenunruhen, die gegen die Sicherheit des Staates gerichtet waren, festgenommen worden waren und bestätigt hatten, daß sie während ihrer Festnahme weder bedroht noch körperlich oder seelisch mißhandelt, sondern im Rahmen der Gesetzgebung vernommen worden seien und sich guter Gesundheit erfreuten.

Während die Ausländer binnen 12 Stunden das Land verlassen mußten und ein lebenslanges Einreiseverbot auferlegt bekamen, wurde der größte Teil der festgenommenen Salvadorianer erst in den Folgetagen und -wochen nach z.T. schweren Folterungen freigelassen. Sieben der festgenommenen Salvadorianer wurden wenige Tage nach ihrer Entlassung, von Todesschwadronen gefoltert und ermordet, in der Nähe ihrer Wohnorte aufgefunden.

Der gesamte Vorfall steht in Zusammenhang mit der drastischen Steigerung der Repression in El Salvador, die sich seit Anfang des Jahres mehr und mehr auch gegen Ausländer richtet. Vor allem seit dem Wahlsieg der ultrarechten ARENA-Partei bei den Bürgermeister- und Parlamentswahlen im März diesen Jahres setzten sich innerhalb der Sicherheitskräfte und des Militärs zunehmend die Hardliner durch. Seit Anfang August weiteten sich die Aktionen gegen Mitarbeiter internationaler Organisationen und Delegationen zu einer massiven Anti-Ausländer-Kampagne aus, deren Ziel auf der Hand liegt: Durch die stetigen Angriffe sollen die internationalen Beobachter aus El Salvador verbannt werden, damit dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit das Massaker an der Bevölkerung noch massiver fortgesetzt werden kann.

Unterdessen spitzt sich die Situation in El Salvador weiter zu. In den vergangenen Wochen wurden wieder verstärkte Angriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung besonders im Osten des Landes gemeldet.

In San Vicente fand Anfang Oktober ein Massaker an zehn Bauern statt. Am 14. Oktober brachten Soldaten der 1. Infanteriebrigade in Tres Ceibas/Apopa vier Mitglieder einer Bauernfamilie um, darunter den 20jährigen Pedro Marroquin, einen ehemaligen politischen Gefangenen, der am 11. November 1987 amnestiert worden war.

Angeichts der jüngsten Ereignisse, vor allem aber der Ermordung des Schweizer Jürg Weis, hat das Ökumenische Büro in München die Bundesregierung aufgefordert, die Menschenrechtssituation in El Salvador kritischer als bisher zu beobachten und ihre Entwicklungshilfe für das mittelamerikanische Land zu überdenken. Daß ein kritisches Verhältnis bitter nötig wäre, bestätigt auch ein Brief der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in dem zu dem Vorfall Stellung genommen wird. Die geschilderten Ereignisse — „daß völlig unbeteiligte Ausländer, die sich außerhalb des Gebiets der Demonstration aufhalten, von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben werden“ — werden von der CDU aus der Erfahrung der dortigen Verhältnisse „als sehr unwahrscheinlich“ angesehen.

Johannes Zerger

Land Arbeit Freiheit (MPTL) und wie steht die UNTS zu ihr?

H. CENTENO: Wir haben zwar keine Beziehungen zur MPTL, aber wir begrüßen ihre Gründung. Es müßten 10 MPTLs gegründet werden.

Es ist uns klar, daß die MPTL eine höher entwickelte Kampfform besitzt als die UNTS. Das Volk hat in den letzten Jahren immer höhere Kampfformen gesucht.

Die MPTL ist eine weitere Etappe. Sie ist eine Aufstandsorganisation — was nicht Aufgabe einer Gewerkschaft wie der UNTS sein kann. Sie wird eine große Zukunft haben, denn das salvadorianische Volk ist am Punkt zu explodieren, die Ketten zu sprengen.

Aber damit ihr jetzt nicht enttäuscht seid von der UNTS: Sie ist es gewesen, die dafür gesorgt hat, daß das Aufstandsbekämpfungsprojekt gescheitert ist. Ihre Aufgabe war und ist nicht, das Heer militärisch zu besiegen, sondern im Volk Grundorganisationen zu schaffen, in den Armenvierteln die Leute für einen Wasseranschluß zu mobilisieren und die Kämpfe in der Fabrik zu führen. Obgleich militante Aktionen wie Fabrikbesetzungen usw. zum Kampf gehören, sind sie nicht das Wesentliche der Auseinandersetzung.

Den Grundstein für eine weitergehende Organisation zu legen, das ist die Aufgabe der UNTS. Und wenn jetzt die MPTL gegründet worden ist, heißt das nicht, daß wir uns mäßigen werden, sondern daß wir unser bisheriges Kampfniveau beibehalten.

FRAGE: Es heißt, 1987 sei das Jahr der Radikalisierung gewesen. Was war das Maßgebliche für diese Entwicklung?

H. CENTENO: Nach unserer Gründung am 8.2.1986 haben wir zunächst einmal Demonstrationen durchgeführt, Foren für eine Dialoglösung veranstaltet und 27 Petitionen an Duarte geschrieben. Mit anderen Worten: Es heißt, daß jedes

Kind erst laufen lernen muß, und 1987 konnte es dann laufen.

Die Entwicklung hängt aber auch damit zusammen, daß Duarte uns von Anfang an als politischen Arm der FMLN bezeichnet hat, weswegen er unsere Forderungen nicht erfüllen würde. Gleichzeitig hat das Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) versucht, Führer der UNTS mit viel Geld zu kaufen. Tatsächlich haben sich einige bestechen lassen, aber die Basis ist ihnen nicht gefolgt.

1987 war vor allem das Jahr der Konsolidierung. Einige Mitgliedsorganisationen wie die CST und die Gewerkschaft der Staatsangestellten hatten von Anfang an eine ziemlich klare Position. Andere, darunter Einzelförderungen der UPD, der ehemaligen Basis der Christdemokratie, oder die Kooperativenföderation COACES, die Indioorganisation ANIS und die Bauernvereinigung UNC — die zum Teil sogar vom AIFLD gegründet worden waren — mußten erst noch gewonnen und das Bündnis UNTS konsolidiert werden.

1987 sind wir kaum mehr auf die Straße gegangen, denn Duarte hat unsere Demonstrationen auf internationaler Ebene propagandistisch als Beleg für die „Demokratisierung“ ausgenutzt. In jenem Jahr konnten wir drei große Siege erringen: Die Einschätzung der US-Amerikaner, daß bei einer Radikalisierung nichts als ein Führungskern ohne Basis zurückbleiben würde, hat sich nicht bewahrheitet. Die Einheit der Universität aus Studenten, Angestellten und Professoren ist ebenso wie CRIPDES (christliches Vertriebenenkomitee, das die Rückwanderung organisiert) und von den US-Amerikanern gegründete Kooperativen im Osten des Landes in die UNTS eingetreten.

Außerdem ist uns mit der Gründung der Regionalkomitees im Osten, dem Zentrum und im Westen des Landes die Aus-

weitung auf regionaler Ebene gelungen. Der größte Erfolg war der, das US-Projekt gestoppt zu haben. Die Leute haben ihre Angst verloren. Sie haben sich reorganisiert.

FRAGE: Wie lauten jetzt die Hauptziele für 1988 und 1989?

H. CENTENO: Wachsen, wachsen, wachsen, kämpfen, kämpfen, kämpfen. Wir haben noch viele unorganisierte Sympathisanten im Land: Arbeiter, Oberschüler, Soldaten, Frauen. Wir werden diese Gruppen organisieren.

Diese Volksorganisation ist nicht nur für heute. Sie ist für heute, morgen, für immer. Ein organisiertes Volk wird auch mit der Contra und einer Invasion leichter fertig werden. In diesem Prozeß geht es nicht darum, zu den Waffen zu greifen.

Das kann jeder für sich selbst entscheiden, aber die UNTS als UNTS kann das nicht. Wir sind Arbeiter, unser Kampf ist in der Fabrik.

FRAGE: Gibt es Ihrer Ansicht nach überhaupt die Möglichkeit der nationalen Befreiung? Angesichts des Beispiels Nicaragua kann daran gezweifelt werden, ob es je einem einzelnen Land gelingen wird, sich aus der Umklammerung des Imperialismus zu befreien...

H. CENTENO: Andere Völker geben zwar Beispiele, und Nicaragua zeigt uns, worauf wir uns nach einem Triumph einstellen müssen. Aber grundsätzlich sind die Bedingungen sehr verschieden. Natürlich sehen wir Lateinamerika auch als einen Kontinent, und wir wissen, daß eine Befreiung vonnöten ist. Ein Sieg hier wird nicht nur die Mentalität in Lateinamerika verändern, sondern auch die des Imperialismus und Europas. Aber es gibt Etappen dieses Kampfes, und wir können nicht mit verschränkten Armen darauf warten, daß andere in diesen Kampf eintreten. Wir müssen ihn hier und jetzt führen.

Aufruf „Waffen für El Salvador – Waffen für die FMLN“

Die Kampagne „Waffen für El Salvador“, die 1980 von der „tageszeitung“ (taz) begonnen wurde, ist eine der erfolgreichsten in der Geschichte der Solidaritätsbewegung. Bis heute konnten über 4 Mio DM Spendengelder an die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) übergeben werden. Der Großteil der Summe ist anfangs der 80er Jahre zusammengekommen, als viele mit einem schnellen Sieg der Befreiungsbewegung rechneten. Seitdem ist der Spendenstrom fast versiegt, obwohl die taz meint: „Immerhin sind ohne jedes Zutun der taz im vergangenen Jahr fast 50.000 Mark zusammengekommen...“

Gerade dieses mangelnde Zutun der taz und ihr geringes Engagement für die FMLN haben die El-Salvador-Komitees bereits bei ihrem Bundestreffen im März d.J. veranlaßt, die Kampagne zu reaktivieren und in die eigenen Hände zu nehmen.

Angesichts der gewachsenen Kraft der FMLN, einer sich radikalierenden Massenbewegung und des Scheiterns der Aufstandsbekämpfung hinter christdemokratischer Fassade braucht die Befreiungsbewegung verstärkte Unterstützung. Und dies umso mehr, als sich bereits jetzt eine Zunahme der Repression abzeichnet, die bei einem Präsidentschaftswahlsieg der faschistischen ARENA-Partei im Frühjahr 1989 eine Rückkehr zu den Zuständen von Anfang der 80er Jahre befürchten läßt.

Erst mit einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Befreiungsbewegung scheint eine Verhandlungslösung möglich. Das Esquipulas-Abkommen (August 1987) vermag dabei, so sehr es sich auch im Fall Nicaragua bei der Absicherung des sandinistischen Revolutionsprozesses als dienlich erweist, in El Salvador den Befreiungskräften kaum Hilfestellung zu leisten. Denn es sieht keine Konfliktlösung für El Salvador

vor, sondern die Waffenniederlegung der FMLN.

Die Kampagne „Waffen für El Salvador“ richtet sich nicht etwa gegen die Unterstützung der Volksorganisationen. Sie geht allerdings von der Überlegung aus, daß es nur durch den bewaffneten Kampf möglich war, ihnen einen politischen Spielraum zu erkämpfen, und daß ohne Stärkung der FMLN ein Sieg nicht möglich ist.

Zur Koordinierung der Kampagne wurde inzwischen der Verein „El Salvador Libre“ gegründet. Seinem Vorstand gehören Herrmann L. Gremliza, Ellen Olms, Karl Heinz Roth, Ralf Syring und zwei VertreterInnen der Solidaritätsgruppen an. Die Kampagne wird von einer Anzahl Zeitschriften, darunter Konkret und die DRITTE WELT sowie mehreren Stadtzeitungen unterstützt.

Die Forderungen der Solidaritätsgruppen, neben der politischen Verantwortung für die Kampagne auch das Konto an den Verein zu übergeben, wurde vom taz-Plenum abgelehnt. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich: Für die einen sei es Mißtrauen gegen die Solidaritätsbewegung gewesen, für andere „eine Frage der Solidarität, taz-Nostalgie oder auch die Befürchtung, der taz könne die Aufgabe jeglicher kritischer Radikalität vorgeworfen werden“ (taz, 30.6.1988). Diese Angst vor Abverlust und der Druck der Soligruppen haben immerhin dazu geführt, daß die taz das Konto wieder aktivieren will.

Die El-Salvador-Gruppen verzichten angesichts der taz-Weigerung auf ein eigenes Konto, das nur Verwirrung stiften und ablenken würde. „Stattdessen werden wir Schritt für Schritt die Unterstützung durch die Medien aufbauen, und zwar mit dem taz-Konto. Wir erklären das Waffenkonto für politisch enteignet und werden die Kampagne mit unseren Inhalten führen.“

Seit acht Jahren reden die USA von Frieden und Demokratie für Mittelamerika und führen Krieg, meinen die Zerschlagung und Zermürbung der nationalen revolutionären Volksprojekte und deren Unterwerfung unter ihren Hegemonieanspruch. Ein zweites Nicaragua soll es in ihrem „Hinterhof“ nicht geben.

Die Lektion, die sie allen um Befreiung kämpfenden Bewegungen erteilen wollen, lassen sie sich in El Salvador 2 Mio \$ täglich kosten, womit dieses Land die viertgrößte Militä- und Finanzhilfe der USA weltweit erhält. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik acht Jahre Krieg und Terror, 70.000 Tote, Massenexodus, Hunger und Verelendung. Doch es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die US-Strategen — wie schon in Vietnam — den Widerstand des Volkes unterschätzt haben.

Gegenüber 1980 — zum Zeitpunkt des ersten Aufrufs „Waffen für El Salvador“ — haben sich die Bedingungen des Krieges jedoch geändert. Damals fehlte es der Guerilla an Waffen. Es galt, „eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen“. Die Volksorganisationen waren zerschlagen.

Nach der gescheiterten Generaloffensive 1981 konsolidiert die FMLN ihre militärischen Kräfte, baut in den von ihr kontrollierten Zonen kollektive Strukturen auf und hält so die Perspektive revolutionärer Veränderungen wach. Die Befreiungsfront schafft die Voraussetzung, daß die Bevölkerung ihr Repressions-trauma von 1980/81 überwinden und wieder

an ihre politischen Erfahrungen in den Volksorganisationen anknüpfen kann. Diese Tatsache wird ab 1985 zum entscheidenden Faktor bei der Reorganisation der Massenbewegung.

1988 — nach acht Jahren Befreiungskampf — ist die Situation in El Salvador explosiv. Dies ist das Resultat einer Strategie, die den bewaffneten Kampf mit dem politischen, gewerkschaftlichen und diplomatischen Kampf effektiv zu verbinden wußte.

Durch den von der FMLN systematisch ausgedehnten Kampf hat sich in acht Jahren Krieg gegen die USA die wohl bedeutendste Guerilla Lateinamerikas entwickelt, mit einem Netz aus Stadt- und Landguerilla und Milizen, das das gesamte Territorium umfaßt. Aber nicht nur die militärischen Strukturen der FMLN konnten sich in acht Jahren Krieg entwickeln und den sich ändernden Bedingungen des US-Kriegskonzepts anpassen. Das Eindrucksvollste in El Salvador unter Kriegsbedingungen ist sicher die Art und Weise, wie die Bevölkerung begonnen hat, große Bereiche des politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu organisieren.

Die Massenbewegung konnte sich nicht nur radikalisieren, sondern auch verbreitern. In den Flüchtlingslagern entwickeln sich kollektive Strukturen; Flüchtlinge setzen ihre Rückwanderung in ihre Herkunftsländer durch. Die Bewohner aus den Elendsvierteln San Salvadors und die Opfer des Erdbebens vom Oktober 1986 beginnen, sich zu organisieren und gegen die Repression zu wehren. Ent-

seignungsaktionen in Supermärkten, Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln, Land- und Fabrikbesetzungen, Demonstrationen und Straßenaktionen, die eindeutig Sabotagecharakter haben, sind zu neuen Kampfformen geworden. Der vor zwei Jahren gegründete Gewerkschaftsdachverband UNTS mit 180 Einzelgewerkschaften und über 400.000 Mitgliedern schließt neue, breitere Bündnisse auf der Basis sozialer Plattformen, die überzeugend sind für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen.

Die FMLN/FDR konfrontiert die Regierung Duarte seit Jahren mit ihrer Dialogbereitschaft. Duarte antwortet mit der absurden Aufforderung, die Waffen niederzulegen und sich in den „demokratischen“ Prozeß einzugliedern. Das Volk will den Dialog, aber den bedingungslos. Es weiß sehr genau, daß die FMLN/FDR als einzige legitime Vertreterin seiner Interessen den Dialog nur aus der Position der Stärke führen kann. Das Volk will Frieden, aber nicht den von Esquipulas II. Eine gesellschaftliche Perspektive, die die Ursachen des Krieges beseitigt, ist die einzige Lösung des Konflikts. Um dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, brauchen die FMLN und das Volk Waffen.

Die US-Administration beantwortet die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit einem ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungskonzept, das das Marionettenregime und seine Armee ausführen. Sie reagiert in El Salvador —

Sprthaktion am Rande einer Demonstration in San Salvador



Bestellung

Ich bestelle:

- ☐ ein Normal-Abo ab Nr.
- ☐ ein Probe-Abo
- ☐ ein Förder-Abo ab Nr.
- ☐ Expl. Sonderheft Nr.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): DM.
Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eingegangen sein.
Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d.h. es muß nicht gekündigt werden. Sonderhefte: 2,50 DM; 33% Rabatt ab 10 Exemplaren.

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- ☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- ☐ Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort, Nr. des Zustellpostamtes

Telefon

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Geschenkabo

Ja, ich möchte die Dritte Welt zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab Nr. verschenken.

- ☐ befristet für ein Jahr ☐ unbefristet *

* Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- ☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut

Ort

- ☐ Rechnung

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum

Unterschrift

Ich möchte folgende Prämie:

Schicken Sie das Geschenkabo bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Generalkommando der FMLN

Es könnte kein besserer Zeitpunkt gefunden werden für die Wiederbelebung der Kampagne

In einem Brief vom 17. September d.J. an den Verein „El Salvador Libre“ äußert sich das Generalkommando der FMLN zur Neubelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“.

Mit tiefer Befriedigung verfolgen wir die von Euch unternommenen Anstrengungen zur Wiederbelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“. Diese Kampagne war für die FMLN der größte Ausdruck von Solidarität mit dem Recht unseres Volkes, sich zu erheben. (...) Ihr habt mit der Kampagne „Waffen für El Salvador“ genau in dem Moment begonnen, als klar wurde, daß dem Regime zur Eindämmung der revolutionären Welle im Volk nur die massive und umfassende Repression blieb. (...) Acht Jahre sind seither vergangen. Der historische Beitrag der Kampagne „Waffen für El Salvador“ war nicht vergebens. Die Kampagne hat zum Widerstand und zur Entwicklung unserer Kräfte beigetragen.

Heute kämpfen wieder Hunderttausende von Salvadorianern auf unterschiedliche Art und Weise. Sie haben ein komplexes Aufstandsbekämpfungsprojekt zum Scheitern gebracht, dessen ausgeklügelter Ausdruck darin bestand, die Christdemokratische Partei El Salvadors für die politische Bemäntelung eines

Völkermordes gewinnen und verpflichten zu können. (...) Wir stehen heute erneut vor der Aussicht auf einen Sieg für unser Volk. Zu dem neuen Aufschwung und der Radikalisierung der Massen, der Ausweitung des Krieges und der ungelösten, sich verschlimmernden wirtschaftlichen Krise kommt eine breite Bündnispolitik und eine reifere Avantgarde, die geeinter und erfahrener als in den ersten Jahren des Kampfes ist. Aus all dem schließen wir, daß wir uns dem Sieg in einem allmählichen Prozeß der Kräftesammlung nähern.

Das Generalkommando der FMLN begrüßt und würdigt die mutige und originelle ursprüngliche Idee der Kampagne, die zu jenem Zeitpunkt von der TAZ und einer Gruppe von solidarischen Genossen mit politischem Weitblick öffentlich gemacht und unterstützt wurde. Heute steht unser Volk erneut vor günstigen Bedingungen für dieses große Ziel. Es könnte deshalb kein besserer Zeitpunkt gefunden werden, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ – wie Ihr es Euch vorgenommen habt – wiederzubeleben. Sie auszuweiten und ihr durch die Unterstützung einer größtmöglichen Anzahl von Medien und fortschrittlichen Bewegungen neue Felder zu öffnen ist ein großer Beitrag zu unserem Kampf.

Heute steht unser Volk erneut vor günstigen Bedingungen für dieses große Ziel. Es könnte deshalb kein besserer Zeitpunkt gefunden werden, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ – wie Ihr es Euch vorgenommen habt – wiederzubeleben. Sie auszuweiten und ihr durch die Unterstützung einer größtmöglichen Anzahl von Medien und fortschrittlichen Bewegungen neue Felder zu öffnen ist ein großer Beitrag zu unserem Kampf.

Schon allein die Tatsache, diese Kampagne zu führen, und die mit den Mitteln der Kampagne angestrebten Ziele nicht zu verschweigen, ruft auf internationaler Ebene eine öffentliche Debatte über das Thema El Salvador hervor. Zudem leistet die Kampagne einen wirkungsvollen Beitrag dazu, dem salvadorianischen Volk die Mittel zu verschaffen, die es zum Sieg über die Intervention der USA in El Salvador benötigt.

Wir wollen all denen unseren Dank ausdrücken, die in diesen acht Jahren die Kampagne unterstützt und vorangetrieben haben. Und wir hoffen, daß wir den Beitrag dieser wertvollen Kampagne – wie immer geschahen – direkt von Euch erhalten werden.

Seid Euch unserer revolutionären Empfindungen gewiß und zählt auf unseren bescheidenen Beitrag zur Einheit der Völker in ihren Kämpfen.

REVOLUCION O MUERTE, VENCEREMOS!

Comandancia General del FMLN

Comde. Shady Jorge Alániz

Comde. Legnel González

Comde. Fernando Cienfuegos

Comde. Joaquín Villalobos

wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst – mit einer integrierten Strategie der „Kriegführung niedriger Intensität“, die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert.

Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und nötigenfalls der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und „Hilfsprogramme“ für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung – Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord – werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installierung scheindemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Demokratischen Konvergenz besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen. Das Scheitern des US-„Demokratisierungs“-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen, d.h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe, Eskalierung der Kriegstechnologie und zu verstärktem Terror gegen die Zivilbevölkerung. Für die internationale Solidarität kommt es in dieser Situation darauf an,

– die materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken,

– die Militär- und Finanzhilfe für das Regime zu blockieren,

– die politische und ökonomische Unterstützung durch die europäische Christdemokratie – an ihrer Spitze die BRD-Regierung – anzugreifen.

Das Waffenkonto ist der konsequenteste Ausdruck unserer Unterstützung der FMLN. Über 4 Mio DM hat die Solidaritätsbewegung der BRD in acht Jahren auf das Waffenkonto gespendet. In den letzten Jahren ist diese Unterstützung politisch wie materiell zurückgegangen. Das kann nicht nur durch das Verschweigen des Waffenkontos und eine die Befreiungsbewegungen ablehnende Berichterstattung erklärt werden. Es hat auch damit zu tun, daß viele damals nach dem Sieg der Sandinisten auf einen schnellen Sieg der FMLN hofften und sich enttäuscht abwandten, als sich der Krieg vor allem durch die massive US-Intervention verlängerte und sich ein mühsamer Prozeß von Aufbau revolutionärer Strukturen und Gegenmacht entwickelte, in dem es auch zeitweise zu harten internen Auseinandersetzungen kam. Für uns geht es aber nicht darum, von hier aus die erwünschte Gradlinigkeit und Makellosigkeit des revolutionären Prozesses in El Salvador zu überwachen, sondern dessen Dynamik zu begreifen, davon zu lernen und ihn solidarisch zu begleiten. Kontinuierliche Solidarität bedeutet für uns, die Zusammenhänge von international arbeitendem Kapital, Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der Dritten Welt aufzuzeigen und zu bekämpfen und Instrumente wie IWF/Weltbank zur Unterwerfung der Dritten Welt unter Kapitalinteressen anzugreifen.

In El Salvador haben das Volk und die FMLN die Machtfrage gestellt. Das Konto „Waffen für El Salvador – Waffen für die FMLN“ zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Recht der Völker, den Kampf für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit bewaffnet zu führen. Es ist unsere Antwort auf den Versuch der Herrschenden, internationale Klasseninteressen zu verwischen, Spaltung statt Solidarität zu fördern, uns die Form unserer Solidarität vorschreiben zu wollen. Wir wissen, daß der Sieg in El Salvador internationale neue Handlungsspielräume für revolutionäre Bewegungen eröffnet. Jede Schwächung des gemeinsamen Feindes – egal wo – wirkt sich international aus. Jeder Sieg eines Volkes gegen den Imperialismus ist auch unser Sieg und stärkt unsere Kraft.

Nicaragua hat gesiegt, El Salvador wird siegen. Waffen für El Salvador – Waffen für die FMLN!

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 1. 11. 1988:
4.125.397,96 DM

ndere Angebot



ALLTAG DER APARTHEID



ALLTAG DER APARTHEID
Bilder aus Südafrika. 144 S. mit über 200 Fotos, kart. Großformat. In 7 Bild- und Textkapiteln zeigt dieser ANC-Bildband die Lebensbedingungen der Schwarzen und die ihrer weißen Herren; Zwangsumsiedlungen in die Bantustans; Kindheit und Jugend der Afrikaner, die Arbeit der Frauen und den Widerstand der Gewerkschaften.

, wenn Sie

DRITTE WELT -Zeitschrift verschenken

hrift ein Jahresabonnement vermitteln.

r bis zum **15. Januar 1989**

te des Heftes ausfüllen, Prämienwunsch erhalten Sie von uns Ihr Wunschbuch.

Generalkommando Es könnte kein besseres gefunden werden für die Wiederbelebung

In einem Brief vom 17. September d.J. an den Verein „El Salvador Libre“ äußert sich das Generalkommando der FMLN zur Neubelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“.

Mit tiefer Befriedigung verfolgen wir die von Euch unternommenen Anstrengungen zur Wiederbelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“. Diese Kampagne war für die FMLN der größte Ausdruck von Solidarität mit dem Recht unseres Volkes, sich zu erheben. (...) Ihr habt mit der Kampagne „Waffen für El Salvador“ genau in dem Moment begonnen, als klar wurde, daß dem Regime zur Eindämmung der revolutionären Welle im Volk nur die massive und umfassende Repression blieb. (...) Acht Jahre sind seither vergangen. Der historische Beitrag der Kampagne „Waffen für El Salvador“ war nicht vergebens. Die Kampagne hat zum Widerstand und zur Entwicklung unserer Kräfte beigetragen.

Heute kämpfen wieder Hunderttausende von Salvadorianern auf unterschiedliche Art und Weise. Sie haben ein komplexes Aufstandsbekämpfungsprojekt zum Scheitern gebracht, dessen ausgeklügeltster Ausdruck darin bestand, die Christdemokratische Partei El Salvadors für die politische Bemäntelung eines

Völkermordes gewinnen zu können. (...) Wir stehen heute erneut vor einem Sieg für unser Volk. Der Schwung und der Radikalismus der Ausweitung des Krieges lösten, sich verschlimmernde Krise kommt eine bruch und eine reifere Avantgarde erfahrener als in den ersten Jahren ist. Aus all dem schließt dem Sieg in einem allmählichen Kräftesammeln. Das Generalkommando dankt und würdigt die mutige, ursprüngliche Idee der Kampagne und den Zeitpunkt von der TAZ und solidarischen Genossen mit Blick öffentlich gemacht zu werden. Heute steht unser Volk unter Bedingungen für dieses große Ziel kein besserer Zeitpunkt, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ wie Ihr es Euch vorgenommen zubeleben. Sie auszuweiten, Unterstützung einer großen von Medien und fortschrittlichen neuen Felder zu öffnen ist ein unserem Kampf.

wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst – mit einer integrierten Strategie der „Kriegführung niedriger Intensität“, die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert.

Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und nötigenfalls der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und „Hilfsprogramme“ für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung – Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord – werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installation scheindemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher nationaler Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Demokratischen Konvergenz besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen. Das Scheitern des US-„Demokratisierungs“-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen, d.h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe, Eskalation

der Kriegstechnologie, Terror gegen die Zivilbevölkerung, internationale Solidarität Situation darauf an,

- die materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken
- die Militär- und Finanzkraft zu blockieren,
- die politische und ideologische Führung durch die Exekutive – an ihrer Spitze – anzugreifen.

Das Waffenkonto ist Ausdruck unserer Unterstützung. 4 Mio DM hat die SB in acht Jahren ausbezahlt. In den letzten Jahren politisch wie militärisch. Das kann nicht nur gegen des Waffenkontos Bewegungen ablehnen, sondern klärt werden. Es hat viele damals nach dem einen schnellen Sieg sich enttäuscht abwandern vor allem durch die verlängerte und sich ein Aufbau revolutionärer macht entwickelte, in hartem internen Auseinandersetzen. Für uns geht es aber nicht die erwünschte Gradlinigkeit des revolutionären Vorwärtsschritts zu überwachen, sondern zu begreifen, davon zu rassistisch zu begleiten. Konkrete bedeutet für uns, die internationale Arbeiterbewegung und Unterdrückten Welt aufzuzeigen. Instrumente wie IWF/Funk der Dritten Welt anzugreifen.

Bitte mit
Postkartenporto
teilnehmen

Dritte Welt

LeserInnenservice
Postfach 51 08 68

5000 Köln 51

Der/Die umseitig aufgeführte neue Dritte-Welt-Abonnent/In wurde von mir erworben:

Mein Name:

Meine Adresse:

Ich möchte folgende Prämie:

5300 Bonn 1

Blücherstr. 14

SCI

An den



**ANTI
APARTHEID
BEWEGUNG**

In der Bundesrepublik Deutschland
und West-Berlin e.V. (AAB)

Geschäftsstelle: Blücherstr. 14 - 5300 Bonn 1

MIT UNS GEGEN APARTHEID!



MITMACHEN IN DER AAB!

Ich bitte um Zusendung von Probe-exemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

ndere Angebot

oder

Bilder aus Südafrika
**ALLTAG DER
APARTHEID**



ALLTAG DER APARTHEID
Bilder aus Südafrika. 144 S. mit über 200 Fotos, kart. Großformat. In 7 Bild- und Textkapiteln zeigt dieser ANC-Bildband die Lebensbedingungen der Schwarzen und die ihrer weißen Herren; Zwangsumsiedlungen in die Bantustans; Kindheit und Jugend der Afrikaner, die Arbeit der Frauen und den Widerstand der Gewerkschaften.

, wenn Sie

Dritte Welt -Zeitschrift verschenken

Zeitschrift ein Jahresabonnement vermitteln.

bis zum **15. Januar 1989**

des Heftes ausfüllen, Prämienwunsch erhalten Sie von uns Ihr Wunschbuch.

Generalkommando Es könnte kein bes gefunden werden für die Wied

In einem Brief vom 17. September d.J. an den Verein „El Salvador Libre“ äußert sich das Generalkommando der FMLN zur Neubelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“.

Mit tiefer Befriedigung verfolgen wir die von Euch unternommenen Anstrengungen zur Wiederbelebung der Kampagne „Waffen für El Salvador“. Diese Kampagne war für die FMLN der größte Ausdruck von Solidarität mit dem Recht unseres Volkes, sich zu erheben. (...) Ihr habt mit der Kampagne „Waffen für El Salvador“ genau in dem Moment begonnen, als klar wurde, daß dem Regime zur Eindämmung der revolutionären Welle im Volk nur die massive und umfassende Repression blieb. (...) Acht Jahre sind seither vergangen. Der historische Beitrag der Kampagne „Waffen für El Salvador“ war nicht vergebens. Die Kampagne hat zum Widerstand und zur Entwicklung unserer Kräfte beigetragen.

Heute kämpfen wieder Hunderttausende von Salvadorianern auf unterschiedliche Art und Weise. Sie haben ein komplexes Aufstandsbekämpfungsfeld zum Scheitern gebracht, dessen ausgeklügelter Ausdruck darin bestand, die Christdemokratische Partei El Salvadors für die politische Bemäntelung eines

Völkermordes gewinnen zu können. (...) Wir stehen heute erneut vor einem Sieg für unser Volk. Schwung und der Radikalismus der Ausweitung des Krieges lösen, sich verschlimmlichen Krise kommt eine bessere und eine reifere Avantgarde erfahrener als in den ersten Jahren ist. Aus all dem schließt dem Sieg in einem allmählichen Kräfteaufbau. Das Generalkommando würdigt die mutige und sprünghafte Idee der Kampagne, die TAZ und solidarischen Genossen mit Blick öffentlich gemacht zu werden. Heute steht unser Volk in Bedingungen für dieses große, deshalb kein besserer Zeitpunkt, die Kampagne „Waffen für El Salvador“ wie Ihr es Euch vorgenommen habt, zu beleben. Sie auszudehnen, Unterstützung einer großen von Medien und fortschrittlichen neuen Felder zu öffnen ist unser Kampf.

Ein Projekt des Service Civil International am Rio San Juan
EINE WERFT FÜR NICARAGUA

Die Region Rio San Juan ist eine der rückständigsten Regionen Nicaraguas und wurde deshalb 1982 zur „Zona Especial“ erklärt. Obwohl sich in den Jahren seit der Revolution sehr vieles zum Besseren geändert hat, bestehen immer noch große Entwicklungsprobleme. So z.B. das Transportproblem. Nach wie vor sind die Flüsse und Seen die wichtigsten und kostengünstigsten Verkehrswege.

Der SCL, die älteste internationale Freiwilligenorganisation, baut deshalb mit Hilfe von Fachkräften, Brigaden und der Regionalregierung eine Schiffswerft in der unterentwickelten Region. Nach Fertigstellung der Werft sollen vor allem Reparaturarbeiten an vorhandenen Booten durchgeführt werden.

Es soll aber auch an die bestehende Schiffsbautradition in der Region angeknüpft werden und ein neuer kraftstoffsparender Schiffstyp entwickelt werden.

Wir benötigen im Moment vor allem finanzielle Unterstützung für die Entsendung eines Bootsbauers.

SPENDET FÜR NICARAGUA

60 Pfg.

An die
ANTI-APARTHEID-BEWEGUNG
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Ich möchte
☐ die AAN abonnieren (ANTI-APARTHEID-NACHRICHTEN)
☐ mehr über die Anti-Apartheid-Bewegung wissen
☐ Mitglied der AAB werden
☐ die AAB mit einer Spende unterstützen

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

Ich weiß, daß ich das AAN-Abonnement innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann (Poststempel).

Datum

Unterschrift

Pgira A Köln 12979-501 (BLZ 370 100 50)

Das ganz besondere Angebot

Sie bekommen von uns als Geschenk



Paul Kuperstein

Cordelia Dilg

NICARAGUA

Bilder aus der Revolution. Fotoband mit etwa 150 Schwarzweißfotos, Format 23 x 26 cm, 128 S., broschiert mit Glanzkarton.



DIE LÄNDER DER ERDE

Politisch-ökonomisches Handbuch. Zum besseren Verständnis der täglichen Nachrichtenfülle dient dieses lexikalische Nachschlagewerk. Das Wesentliche über Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Parteien u. v. a. 752 S. mit zahlreichen Tabellen, Abb. und 168 Karten. Leinen mit Schutzumschlag.



oder

ALLTAG DER APARTHEID

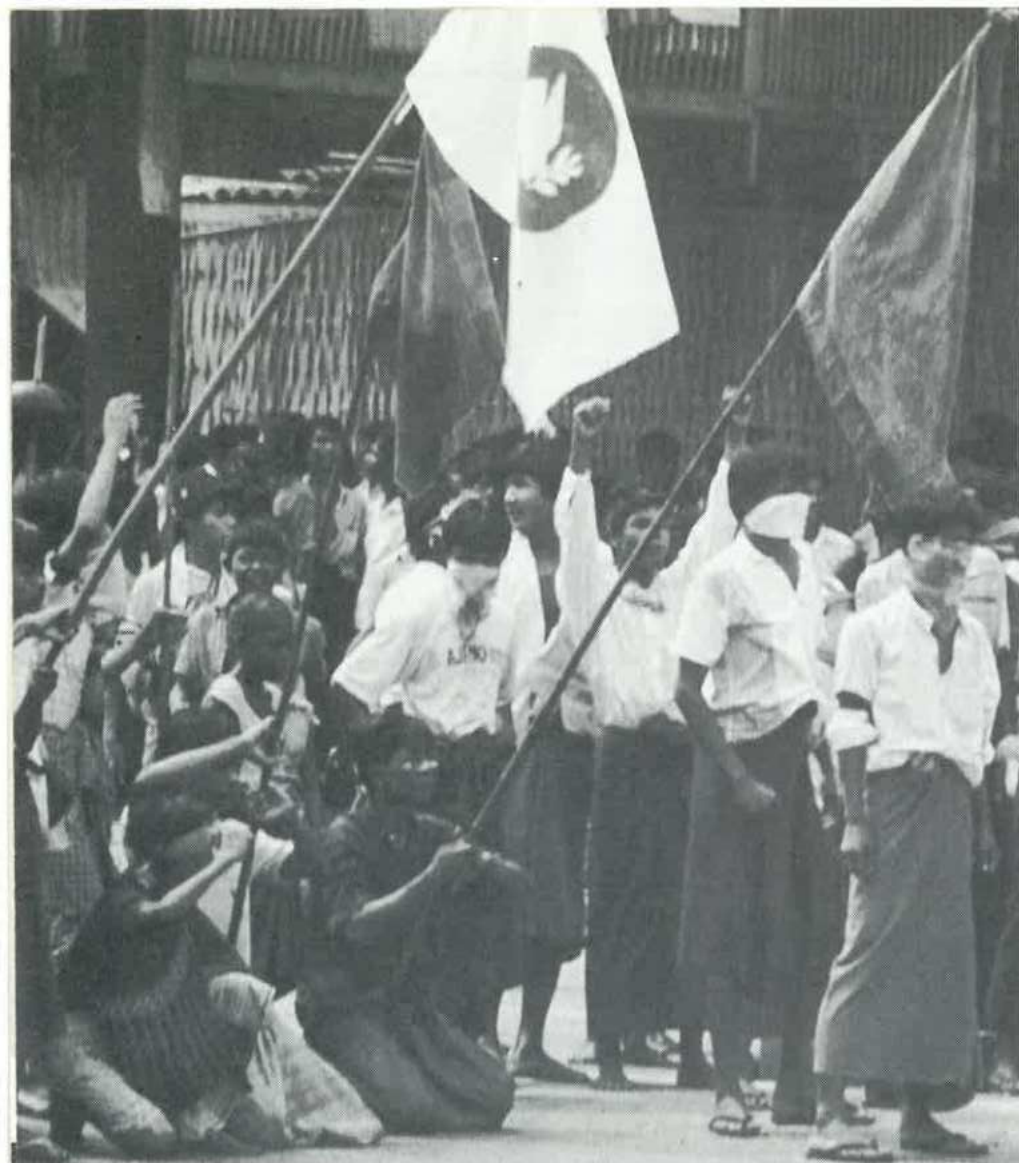
Bilder aus Südafrika. 144 S. mit über 200 Fotos, kart. Großformat. In 7 Bild- und Textkapiteln zeigt dieser ANC-Bildband die Lebensbedingungen der Schwarzen und die ihrer weißen Herren; Zwangsumsiedlungen in die Bantustans; Kindheit und Jugend der Afrikaner, die Arbeit der Frauen und den Widerstand der Gewerkschaften.

, wenn Sie

- ein Jahresabonnement der **DRITTE WELT**-Zeitschrift verschenken
- oder
- der **DRITTE WELT**-Zeitschrift ein Jahresabonnement vermitteln.

Dieses einmalige Angebot gilt nur bis zum **15. Januar 1989**

Deshalb am besten gleich Abo-Karte in der Mitte des Heftes ausfüllen, Prämienwunsch eintragen und abschicken. Ca. 14 Tage später erhalten Sie von uns Ihr Wunschbuch.



Die Studenten waren die ersten, die auf die Straße gingen

Rainer Werning

Der vereiterte Aufstand

Nach den Philippinen und Südkorea geriet in der Region Südost-/Ostasien seit Sommer d.J. mit Burma ein Land schlagartig ins Blickfeld des Medieninteresses, das ausländischen Besuchern in den vergangenen Jahren nur kurze und eingeschränkte Blicke erlaubte. Allzu viel(e) Fremde(s) galt(en) staatlicherseits als verpönt und Xenophobie, im Sinne einer Selbstabschottung gegenüber dem Ausland, als Programm. Diese ging gar so weit, daß sich die seit 1962 herrschenden Militärs der Union Burma und ihrer Staatspartei, der Burmesischen Sozialistischen Programmpartei (BSPP), als erstes Mitgliedsland der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bereits vor Jahren aus ihr ausklinkten. Sie sei, so der damalige Präsident Ne Win (= „strahlende Sonne“, mit bürgerlichem Namen Shu Maung), in der Praxis nicht mehr länger blockfrei.

Weit über das Jahr 1948 hinaus, als es das britische Kolonialjoch endgültig abgeschüttelt hatte und U Nu erster Präsident des unabhängigen Landes geworden war, galt Burma als die „Schweiz Südostasiens“. Unter den auf Exklusivität bedachten Bildungsreisenden und den „letzten Billigparadiesen“ abhakenden Latzhosen-Travelern blieb denn Burma, was es ihrer Absicht nach immer war — ein exotisches Reiseziel, das außer der Königstadt Pagan reichlich Pagoden und

moosbewachsenen Kolonialpomp für ein paar Pagen-Pennis bot. Diese Besucherklientel, zunächst im Besitz eines 24-Stunden-, später Drei-Tage- und schließlich Sieben-Tage-Visums, nährte ein Burmabild, das, sofern sich die Medien seiner überhaupt annahmen, mehr von idyllischen Projektionen als von der Realität bestimmt war. Von glücklichen Menschen, dem auf Harmonie zwischen Mensch und Natur sinnenden Buddhismus und von einer

Welt jenseits zerstörerischen Konsumismus war viel die Rede.

Für die Hippies der späten 60er und frühen 70er Jahre war Burma eine gelebte Großdemonstration tugendhafter Entsagung, dessen Luxus darin bestand, allem Materiellen die kalte Schulter und in Armut die Ideale von Egalität und Abgewandtheit zu zeigen.

Auf dem mit Stacheldraht umzäunten Gelände des Bahnhofs von Mandalay prangt — vielleicht noch immer — ein ebenso verrostetes wie eigentümliches Hinweisschild. Es trägt die Aufschrift „Seid nett zu Tieren, indem ihr sie nicht eßt!“ Diese beschworene Nettigkeit hätten sich in den vergangenen Monaten

**Die Öffnung
des Landes für ausländische
Kredite und Investitionen
konnte den wirtschaftlichen
Niedergang nicht bremsen**

mehr noch die Menschen im Umgang mit der Staatsmacht gewünscht. Diese versteht sich ausdrücklich als nationalistisch, sozialistisch und als Garant des Wohlstands für alle und charakterisiert ihre leitende Ideologie als eine Synthese aus Buddhismus, Marxismus und Nationalismus.

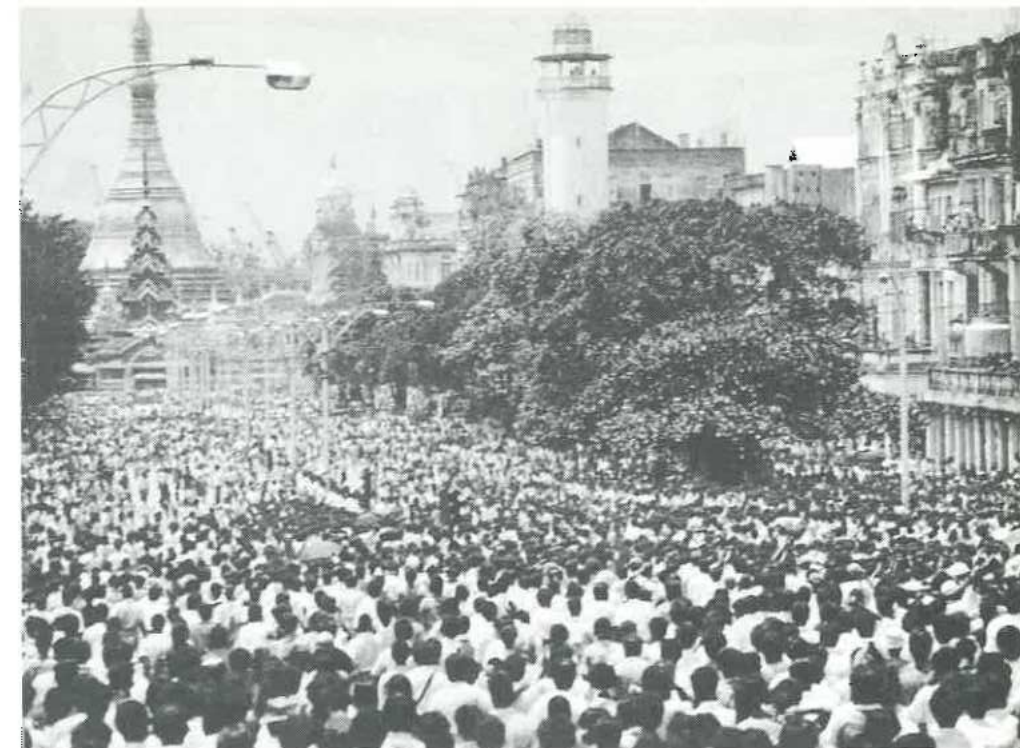
Anlässlich des Gewerkschaftstages am 22. Februar 1984 hatte Ne Win, der als Generalstabschef den Frühjahrsputsch 1962 inszenierte und offiziell bis 1981 das Amt des Staatspräsidenten des — im Jahre 1974 im Zuge einer Verfassungsänderung in Sozialistische Republik der Burmesischen Union umbenannten — Landes bekleidete, diesmal in seiner Eigenschaft als BSPP-Vorsitzender den Kundgebungsteilnehmern zugerufen: „Das Volk und die Partei sind unzertrennlich, und gemeinsam marschieren wir hinter der Gewerkschaftsfahne, mit Kraft und Zielstrebigkeit, für Fortschritt und Solidarität, für einen sozialistischen Staat, in dem alle in Wohlstand leben“. Wie gespalten Volk und Partei sind und wie wenig Wohlstand für alle herrscht, demonstrierte eine seit März d.J. aufschäumende Welle von Streiks, massiven Protesten und militantem Widerstand nicht gekannten Ausmaßes. Die besondere Qualität dieses Widerstandes lag darin, daß ein seit der Staatsgründung schwelender und in den letzten Jahren erbitterter geführter Bürgerkrieg nunmehr von den Grenzgebieten zu China, Laos und Thailand aus in die Hauptstadt Rangun überzuschwappte drohte.

Das Jahr des Drachen, als besonders bedeutungsvoll, da glückverheißend, geschätzt, entwickelte sich für die Machthaber des Landes zum Trauma; in Verbindung mit den zentrifugalen Kräften der wesentlich für Autonomie kämpfenden

den ethnischen Minderheiten erreichte die Wirtschaftskrise ein Tempo, dessen Abbremsen die politische Basis der Herrschenden schwer erschütterte. Die Gleichzeitigkeit und Verkettung all dieser drei Faktoren liefert den Schlüssel zur Erklärung der Ursachen der diesjährigen Revolte und ihrer brutalen Niederschlagung.

Auslöser, nicht (wie fast durchgängig in den Medien berichtet) Ursache, der sich seit Mitte März d.J. entfaltenden Unruhen in den Städten Rangun, Pagan, Mandalay und Taunggyi waren die Auswirkungen der im September 1987 verordneten ersatzlosen Entwertung der drei höchsten Kyat-Noten und damit von 75% des im Umlauf befindlichen Geldes. Damit verlor die Bevölkerung auf einen Schlag einen Großteil ihrer Ersparnisse.

Zwar waren die Hauptleidtragenden dieses drastischen „monetären Coups“ Angehörige der indisch-moslemischen Minderheit, die neben den Chinesen den privaten Handel kontrollieren. Wichtiger Nebeneffekt: Das eigentlich florierende Business, der das Drei- bis Fünffache des Umschlagvolumens der „offiziellen“ Ökonomie betragende Schwarzmarkt, geriet aus den Fugen. Mit den über Nacht zerronnenen Zahlungsmitteln schwanden die Möglichkeiten, den Schwarzmarkt ausreichend mit Waren zu bestücken und wenigstens die Versorgung



Tausende forderten im August d. J. vor der Sule-Pagode in Rangun den Rücktritt des neuen Staatspräsidenten Sein Lwin

mit Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten.

Parallel dazu zogen infolge der Freigabe des privaten Reisanbaus die Preise dieses Grundnahrungsmittels spürbar an. Exporte wurden erleichtert, doch das Auslandsgeschäft wollte angesichts des unverändert hohen Kyat-Wechselkurses nicht in Gang kommen; private Anbieter konnten auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren. Trotzdem wurde Reis knapp,

weil er gehortet und/oder über die Landesgrenze geschmuggelt wurde.

Da der sich entgegen landläufigen Vorstellungen ungeniert und geregelt vollziehende Schwarzmarkt die Ära Ne Win wie ein Schatten begleitete, ja die Militärs aus ihm zumindest die längste Zeit einen gleich doppelten Nutzen („Konzessionsgelder und die Bereitstellung eines schillernden Warenangebots“) zogen, ist zu fragen, warum die Herr-



Burma – Daten

Territorium: 678.528 qkm (dreifache Fläche der BRD)
Bevölkerung: 38,0 Mio (1986); ethnische Gruppen: Burmesen (72%), Shan (9%), Karen (7%)
Hauptstadt: Rangun, mit 2,3 Mio Einwohnern (1983)
Sprache: Burmesisch (Amtssprache)
Religion: Buddhismus (85%), Hinduismus, Islam, Animismus
Währung: Kyat (K); 1 K = 0,28 DM (Juni 1988)
Staatsordnung: Am 18. September 1988 übernahm eine Militärregierung unter General Saw Maung die Macht. Bis dahin war das Land 26 Jahre von der Sozialistischen Programmpartei Burmas (BSPP), die Ende September in Nationale Einheitspartei (NUP) umbenannt wurde, allein regiert worden. Nach dem 18. September wurden erstmals weitere Parteien zugelassen.
Wirtschaft: Burma ist ein schwach entwickeltes Agrarland. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner beträgt 200 \$ (1986). 48% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Landwirtschaft, 13% in der Industrie erzeugt (1986). 65% der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft, 8% in der Industrie beschäftigt (1985). Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf ca. 5 Mrd \$, der Schuldendienst auf 85% der Ausfuhr (1987/88). 80% der Exporte bestehen aus landwirtschaftlichen Produkten (Reis: 40%; Holz: 20%). Die wichtigsten Handelspartner sind Japan und die EG.

Soziale Kennziffern: Lebenserwartung: 59 Jahre (1986); Analphabetenrate: 20%; Einwohner je Arzt: 4.930 (1981)

Geschichte:

18. Jh. Bis zu diesem Zeitpunkt herrschte eine feudale Kleinstaaterei vor
1886 Annexion durch Großbritannien. Anschluß an Indien
1937 Trennung von Indien
1942-45 Besetzung durch Japan
1944 Gründung der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga (AFPFL), die im Frühjahr 1945 zum Sieg der Briten beitrug
1948 Eröffnung der Unabhängigkeit. Präsidentschaft von U Nu
1962 Sturz U Nus durch Ne Win. Gründung der Sozialistischen Programmpartei (BSPP) als Einheitspartei
1964 Inkraftsetzung einer neuen Verfassung und Umbenennung des Staates in Sozialistische Republik der Union von Burma
1981 Ne Win wird von San Yu als Staatspräsident abgelöst
1988 Massenproteste führen zum Rücktritt Ne Wins als Parteivorsitzender. Sein Lwin wird am 25. Juli Staatsoberhaupt und am 19. August nach anhaltenden Protesten von Maung Maung Kha abgelöst. Am 18. September übernimmt das Militär unter Saw Maung die Macht

schenden dennoch den September-Schnitt vollzogen.

Eine Erklärung mag im Scheitern ihres angestrebten „nichtkapitalistischen“ Entwicklungsmodells begründet sein. Die über weite Strecken praktizierte Abschottung gegenüber dem Ausland wurde aufgrund erster größerer wirtschaftlicher Engpässe in den weitgehend mit „antiken“ Technologien ausgestatteten Staatsbetrieben Mitte der 70er Jahre gelockert. Seit 1976/77 konnte erstmalig in nennenswertem Umfang Kapital, vorrangig aus Japan und Westeuropa, ins Land fließen, um zunächst die eigene Erdölproduktion und in einem zweiten Schritt die staatseigenen Betriebe sowie die Landwirtschaft (die noch immer nahezu die Hälfte des Nationaleinkommens ausmacht) flottzumachen.² Da aber investive Maßnahmen des Staates aufgrund der schwachen Akkumulationsbasis kaum getätigt bzw. der Löwenanteil der verfügbaren Ressourcen den 180.000 Mann starken Streitkräften zugeschlagen wurden, entwickelten die Fremdfinanzierung des Haushaltsetats (zuletzt 400 Mio \$ pro Jahr) und die Auslandsverschuldung insgesamt rasch eine Eigendynamik. Betrug letztere 1973 nur 230 Mio \$, so hat sie mittlerweile die 4 Mrd \$ überschritten, eine – absolut betrachtet – vergleichsweise geringe Last.

Entscheidend ist freilich, daß der Schuldendienst infolge der in den vergangenen Monaten nahezu zum Stillstand verdampten Exportwirtschaft deren gesamte Einnahmen verschlingt. Mit einem sich aufgrund unterschiedlicher Berechnungsgrundlagen zwischen 181 und 218 \$ bewegendem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen taucht Burma bereits in der UN-Liste der am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) auf.

„Geringe Bevölkerungsdichte und ein überaus fruchtbarer Boden“, so resümiert die FAZ, „haben Burma einst zur Reisschüssel Südasiens gemacht. In der britischen Kolonialzeit produzierte das Land die Hälfte des in der Welt ge-

handelten Reises und belieferte seine asiatischen Nachbarn mit Rohöl und Holz. Heute fehlen Geräte, Ersatzteile, Expertisen und Geld. Der Reisanbau ist von 4,8 Millionen Hektar vor dem Zweiten Weltkrieg auf 4,6 Millionen Hektar 1987/88 zurückgegangen, im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerung aber von 15 auf 38 Millionen Menschen gewachsen.“³ Um die marode Wirtschaft in Gang zu bringen, bedarf es nach Berechnungen burmesischer Planungsexperten einer Kapitalspritze von mindestens 5 Mrd \$.

Mit der Entwertung der größten Kyat-Noten war das Ranguner Regime offenbar bemüht, die ihnen vollends außer Kontrolle zu geratende Wirtschaft wie in der Vergangenheit straff und zentralistisch auszurichten, um sich als pünktlich zahlender Schuldner künftig sicher sprudelnder Auslandskredite zu vergewissern. Damit auch ließe sich die eigene Machtbasis auf Dauer besser als mit ungewissen Schwarzmarktgeldern absichern. Kein Wunder, daß BSPP-Sprecher die Malaise der Vergangenheit mit ihrer heutigen „Freizügigkeit“ überfünften.

Demnach habe die Regierung mit der Freigabe der Lebensmittelpreise eine Preissenkung und die Förderung der Privatwirtschaft angestrebt. Die Folge sei jedoch ein sprunghafter Anstieg der Preise gewesen, so daß jetzt, notfalls auf einem außerordentlichen BSPP-Parteitag, Maßnahmen festgelegt werden müßten, um die Entwicklung aufzuhalten.

Bevor daran zu denken war, standen bereits Studenten, Arbeiter und Händler neuerlich auf den Barrikaden. Ende Juni d.J. richteten die Studenten folgende Forderungen an das Regime: Veröffentlichung der tatsächlichen Zahl der Todesopfer der März-Proteste (ausländische Beobachter sprachen von rund 200 Toten); Benennung des Täters, dessen Mord an einem Studenten die Unruhen eskalieren ließen; Freilassung der verhafteten Demonstranten; Recht auf

Bildung eines unabhängigen Verbandes sowie die Wiederzulassung der aus dem Verkehr gezogenen Banknoten.

Statt darauf einzugehen, schloß die Regierung Universitäten, verhaftete abermals Tausende und verhängte am 21. Juni für zwei Monate eine nächtliche Ausgangssperre sowie ein Versammlungsverbot in den wichtigsten Städten des Landes. Erst am 19. Juli lenkten die Behörden auf ihre Weise ein und gestanden, daß bei einem Gefangenentransport am 18. März d.J. in der Hauptstadt 41 Personen ums Leben gekommen seien. Sie hätten Tränengas eingeatmet und seien in dem mit 71 Gefangenen überladenen Polizei-Lkw erstickt. „Die Bekanntgabe dieser Angelegenheit wurde in Anbetracht der Ruhe- und Ordnungssituation und zur Eindämmung der Krawalle aufgeschoben. Der Ministerrat hat

Nachdem Führungswechsel, Reformankündigungen und Demokratieversprechungen den Widerstand nicht brechen konnten, übernahm im September das Militär die Macht

den Rücktritt des Ministers für innere und religiöse Angelegenheiten, Ming Gaung, im Zusammenhang mit dieser Affäre angenommen.“⁴

Am 22. Juli meldete der staatliche Rundfunk, daß die Lage in der zentralburmesischen Stadt Prome, dem Heimatort Ne Wins, nach tagelangen Unruhen außer Kontrolle geraten sei. Um weitere Kämpfe zwischen verschiedenen religiösen Gruppierungen zu verhindern, sei das Kriegerrecht über die Stadt verhängt und deren Verwaltung direkt dem Verteidigungsministerium in Rangun übertragen worden.

Wie wenig religiös motivierte Zwistigkeiten für die Revolte in Prome und anderen Städten verantwortlich waren, sich ihr vielmehr verstärkt buddhistische Mönche anschlossen, verdeutlichte der bereits am nächsten Tag begonnene und bis zum 26. Juli abgehaltene außerordentliche Parteitag der BSPP-Einheitspartei. Im Mittelpunkt der Beratungen dieses kurzfristig anberaumten Kongresses standen die Reform der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Gewährung von mehr Rechten an das Zentralkomitee, Änderungen an der Leitideologie und den Statuten der Partei sowie das Verhältnis des Menschen zu ihrer Umwelt. Zu Beginn erklärte der 77jährige Ne Win, er werde den BSPP-Vorsitz abgeben, weil er glaube, für die tragischen Ereignisse im März und Juni indirekt verantwortlich zu sein. Dann lieferte er ein Musterbeispiel seiner verschlagenen Politik. Da, so Ne Win, die Bevölkerung offensichtlich

Der schillernde Widerstand der nationalen Minderheiten

Ohne oder gegen die ethnischen Minderheiten (nur gut zwei Drittel der Gesamtbevölkerung stellen die die „Staatsprache“ sprechenden Burmesen) wird auf Dauer kein Frieden, geschweige denn eine wirtschaftlich lebensfähige und politisch demokratische Entwicklung herbeizuführen sein.

Die britische Kolonialherrschaft – bis 1937 wurde das Land als Teil Britisch-Indiens, dann als eigene Kolonie verwaltet – brachte zwar auch die semiabhängigen Fürstentümer der den Thai-Völkern nahestehenden (buddhistischen) Shan und (christlichen bzw. Stammesreligionen anhängenden) Karen unter ihre Oberhoheit. Sie konnte sie aber verwaltungsmaäßig nicht voll integrieren. Zusammen mit den Mon, Arakanesen, Chin und Kachin bilden die Shan und Karen den Löwenanteil der Minderheiten, die außerhalb des zentralen, innerburmesischen Beckens siedeln.

Die Schwierigkeiten der Briten, das von ihnen als „Outer Burma“ bezeichnete Gebiet unter ihre zentrale Administration zu pressen, schienen mit dem Ende des 2. Weltkrieges und der schon Anfang 1947 von Aung San, dem Vorsitzenden der Antifaschistischen Volksfreiheitsliga, mit London ausgehandelten Unabhängigkeit intern lösbar zu werden. Aung San und sein Mitstreiter U Nu rangen, wenn nicht allein, so doch dem maßgeblichen Teil der Minderheitenführer die Unterstützung im antikolonialen Kampf ab. Im Gegenzug sollten die Minderheiten nach der Unabhängigkeit im Rahmen einer Union volle Autonomie erhalten.

Die Bemühungen der im östlichen Landesteil konzentrierten Karen beispielsweise für ein unabhängiges „Kawthoolei“ datieren aus dem 18./19. Jahrhundert, als sie sich der Unterwerfung bzw. Verdrängung durch die Burmesen entgegenstellten. In den drei Burma-Kriegen (1826, 1852 und 1885) und noch im 2. Weltkrieg kämpften die Karen jeweils Seite an Seite mit den Briten gegen die Burmesen bzw. Japaner. Nach Kriegsende (1946) verhandelten sie in London über die Gründung ihres unabhängigen Staates. Unter vielen Karen wirkt das damalige Ausbleiben britischer Hilfe heute noch traumatisch nach.

Erst als U Nu nach langjährigen, doch letztlich ergebnislos gebliebenen Verhandlungen den Autonomieforderungen entgegenzukommen schien, sahen die Militärs um Ne Win die ohnehin brüchige Einheit des Landes vollends zusammenfallen und sich in einem solchen Falle ergiebiger Rohstoffvorkommen beraubt. Seit 1962 war das von der Ranguner Zentralregierung im Umgang mit den Minderheiten erprobte diplomatische Taktieren und politische Lavieren in die Phase der offenen militärischen Konfrontation umgeschlagen.

Während Rangun seine Armee aufstockte und deren Führungsoffiziere mehr und mehr das Alltagsleben bestimmten, begannen die mittlerweile etwa zwei Dutzend Widerstandsarmeen und -organisationen der Minderheiten ihrerseits mit der verstärkten Rekrutierung. Zur Finanzierung ihres Waffenarsenals und der spärlichen, in Eigenregie durchgeführten Entwicklungsprojekte (z.B. Bau von Schulen und Straßen) stützten sie ihre Budgets durch den Betrieb von Antimon- und Zinnbergwerken, den Export von Teak-Holz und Jade, die Erhebung einer 5-8%igen Steuer auf die durch florierenden Schmuggel aus Thailand einsickern den Waren sowie auf das Opiumgeschäft. Von der Ranguner Armee Mitte der 70er Jahre

erstmalig in großangelegten Offensiven in die Zange genommen, schlossen sich zunächst neun bewaffnete Armeen/Gruppen der Minderheiten zur Nationalen Demokratischen Front (NDF) zusammen. Dies geschah als Reaktion auf die zu jener Zeit relativ erfolgreiche Zerschlagung von Guerilla-Verbänden der Kommunistischen Partei (BCP), die – in mehrere Fraktionen gespalten – seit den Pogromen gegen die (Auslands-)Chinesen in Rangun 1967 (zur Zeit der Kulturrevolution in China) aus dem Landesinneren in das Gebiet der Wa im nördlichen Shan-Hochland abgedrängt worden waren.

Ihr nach Panghsang unmittelbar an der chinesischen Grenze verlagertes Hauptquartier baut die BCP, deren Guerilla heute über 10.000 bewaffnete Kämpfer verfügt, zur Festung und zum logistischen Knotenpunkt mit einer Brücke zum chinesischen Ufer des Grenzflus-

Befreiungsarmee der Karen; KNLA) zum neuen Präsidenten.

Bo Mya, ein Adventist und eingeschworener Antikommunist, hatte auf eine neuerliche Kandidatur aus Furcht, die BCP schicke sich an, die NDF zu unterwandern, verzichtet. Brang Seng, Vorsitzender der Unabhängigkeitsorganisation der Kachin (KIO), die seit knapp zwei Jahrzehnten Mitglied der Antikommunistischen Weltliga (WACL) ist, hatte gute Chancen besessen, Bo Myas Nachfolge anzutreten. Das freilich hätte Konflikte mit dem ebenfalls 1986 geschaffenen NDF-Südkommando geschürt, in dem die KNLA dominiert.

Um das ohnehin schwer zu lichternde Dickicht taktischer Absprachen und fragiler Allianzen noch undurchdringlicher zu machen, wurden kurz nach dem NDF-Kongreß Kontakte zu der Vereinigten Nationalen Befreiungsfront Laos'



Ein Student aus Rangun wird von einem Guerillero der Karen im Waffengebrauch unterrichtet

ses aus. Die auch im Zuge der „Ent-Maoisierung“ von China angestrebten guten Beziehungen zum südlichen Nachbarn vergrößerten zusätzlich die Schwierigkeiten der BCP und ermöglichten es der Ranguner Armee, ihre Feuerkraft und die in einen Mehrfrontenkrieg verstrickten Truppen verstärkt zur Befriedung der Minderheiten einzusetzen.

In der Folgezeit entwickelte sich deshalb zwischen der NDF und BCP, die zusammen 26.000-30.000 Bewaffnete zählen dürften, ein lockeres wie delikates Zweckbündnis, das erst vor zwei Jahren in eine spannungsgeladene militärische Kooperation mündete. Mitte Juni 1987 wählten die Teilnehmer des 2. NDF-Kongresses den Vorsitzenden der Karenischen Nationalen Progressiven Partei (KNPP), Saw Maw Reh, offensichtlich ein Kompromißkandidat, anstelle von General Bo Mya (Nationale

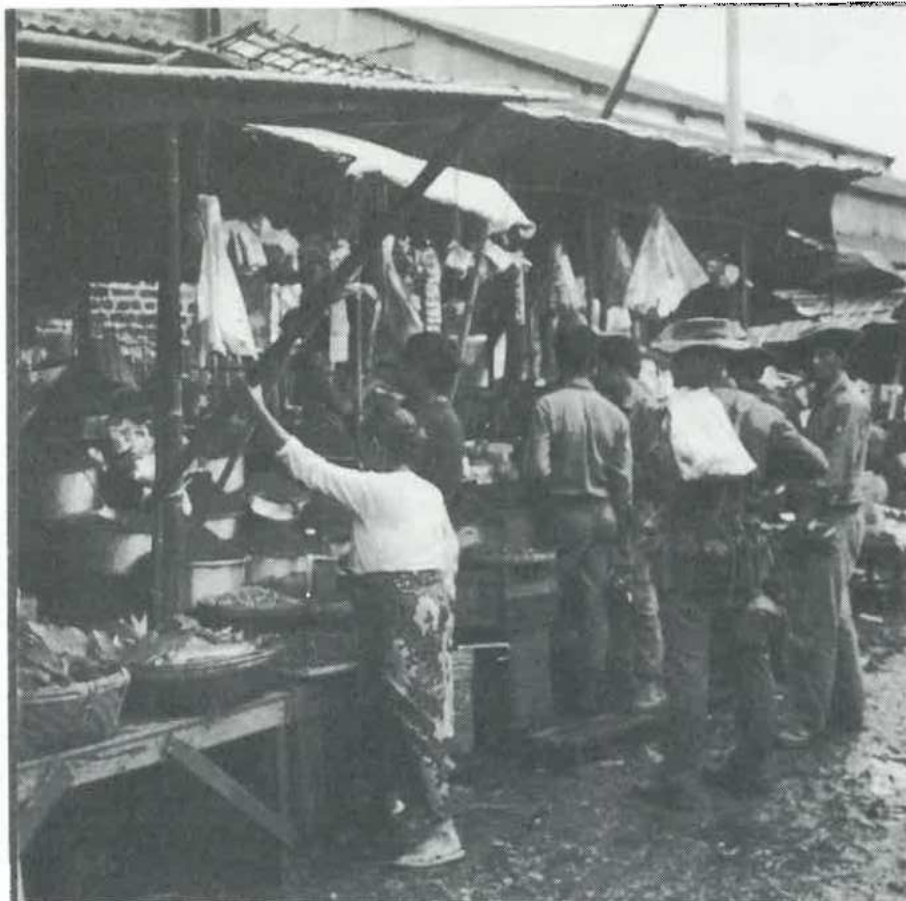
(ULNLF) geknüpft. Diese kämpft nicht nur gegen die Regierung Vientianes; ihr Kommandeur und Mitglied der Hmong-Minderheit ist der notorische Opiumschieber und seit dem letzten Indochinakrieg von den Amerikanern generös ausgehaltene „Warlord“ Vang Pao.

All diese Organisationen, nur weil sie „Knarren“ tragen und vage Bekenntnisse zum Föderalismus à la BRD und Schweiz abliefern, gleich über die Kämme von Befreiungsbewegungen zu scheren, wie es etwa die „tageszeitung“ tut, erweist sich als einäugig, solange deren sozialökonomischen Ziele nebulös bleiben und die auf Gegenseitigkeit gegründete politische Kooperation mit der demokratischen Opposition in den Städten aussteht. Zwischenzeitlich kann Rangun sein Spiel mit seinen Karten – noch – weiterspielen.

Rainer Werning

Tausende wurden bei Demonstrationen von Soldaten ermordet





Markt in Rangun

das Vertrauen in die Regierung und deren führende Repräsentanten verloren habe, sollten die Menschen im September in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das Einparteiensystem beibehalten oder durch ein Mehrparteiensystem ersetzt werden solle.

In letzterem Fall müßte das Parlament eine neue Verfassung verabschieden. In der Übergangszeit würden keine Unruhen geduldet: „Wenn die Armee schießt, dann schießt sie, um zu treffen.“⁵

Im Hinblick auf Verlauf und Ergebnisse des Parteitags war das eine treffliche Bemerkung. Nebst einer im wirtschaftlichen Bereich in Aussicht gestellten Erneuerung von Grund auf (inklusive staatlicher Bekenntnisse zu Privatunternehmen und Joint-Ventures mit ausländischen Firmen) fiel trotz des schließlich angenommenen Rücktrittsgesuchs Ne Wins, seines engsten Vertrauten San Yus u.a. die faktische Stärkung der politischen Rolle des BSPP ins Gewicht. Am 26. Juli bestimmte der Sonderpartei-tag einen anderen Ne-Win-Intimus, den für Polizei und Geheimdienst verantwortlichen Staatsratssekretär Sein Lwin, zum neuen BSPP-Vorsitzenden und tags darauf gar kürten ihn die Parlamentsvertreter auf einer Sondersitzung zum Präsidenten. BSPP-Generalsekretär Aye Ko behielt sein Amt als Vizepräsident. Zum neuen Regierungschef anstelle von Maung Maung Kha, der für die Unruhen

verantwortlich gemacht wurde, avancierte der einstige Plaungsminister Tun Tin. Das Justizressort besetzte mit Maung Maung erstmals wieder ein Zivilist. Die im Vorfeld des Sonderparteitages im In- wie Ausland erwachten Hoffnungen auf eine Lockerung der repressiven Herrschaft waren mit diesem Revirement an der Staats- und Parteispitze zerstoßen. Hielt sich Ne Win angesichts des mit seiner Ära assoziierten Terrors auffallend verdeckt, so war nunmehr dessen eigentliches Instrument, der im Land wegen der blutigen Niederschlagung der Unruhen im März und Juni als „Schlächter“ verschrieene Sein Lwin, ins Rampenlicht getreten.

Sein Lwin kommt u.a. das zweifelhafte Privileg zu, den in der gesamten Region wohl effektivsten Geheimdienst aufgebaut zu haben. Darunter fiel beispielsweise die Schaffung des bereits in den 60er Jahren geknüpften Netzes eines in die untersten administrativen Ebenen eingepflanzten Blockwartsystems. Danach operierten, insbesondere in der Hauptstadt, eigens fürs Observieren ausgesuchte und geschulte Spitzel in den BSPP-Stadtteilkollektiven mit dem Auftrag, in den von ihnen zu „betreuenden“ Häuserblocks „Unruhestifter“ auszumachen und umgehend zu melden. Diese „langen Ohren“ der Staatsmacht, wie sie im Volksmund heißen, waren (oft als Schwarzhändler) allgegenwärtig. Und sie waren, wie mir Freunde in Rangun

und Moulmein schon vor Jahren glaubhaft versicherten, dafür verantwortlich, daß häufig geplante (Studenten-)Proteste zum Verstummen gebracht waren, ehe sie sich überhaupt öffentlich artikulieren konnten.⁶ Dieses orwellische Klima – übrigens eine bittere Ironie der Geschichte, daß der Autor des Big Brother-Opus „1984“ Jahre vor seinem Abdriften ins Lager des ätzenden Antikommunismus mit „Burmese Days“ eine lesenswerte Skizze des kolonialen Burma zeichnete – ließ, sofern überhaupt möglich, viele kritische Stimmen nach England, Australien oder ins Nachbarland Thailand emigrieren.

Doch kaum zweieinhalb Wochen im Amt, mußte Sein Lwin, der Ex-General und Kommandeur der berüchtigten Bereitschaftspolizei Lon Htein, zurücktreten. Das Gespenst des Aufruhrs, das er zu bändigen angetreten war, spukte während seiner kurzen Regentschaft in sämtlichen Ecken der Union. Am 19. August, nach der Ermordung von 3.000 Oppositionellen, präsentierte der angeschlagene, doch keinesfalls in die Knie gezwungene Staatsapparat mit Justizminister Maung Maung einen neuen Präsidenten – sozusagen den sanft lächelnden Teil des BSPP-Januskopfes. Als ehemaliger Oberstaatsanwalt und Lebbiograph Ne Wins war Maung Maungs kurzlebige Amtszeit vorgezeichnet; zu sehr verkörperte er das Alte, um die anhaltende, sich ausweitende Revolte zu stoppen. Dem Regime diente er aber als Trumpfkarte, mit der sich auf Zeit spielen ließ. Als Zivilist war Maung Maung für den zwischenzeitlich organisierten Widerstand in Gestalt der Allianz für Demokratie und Frieden zumindest als Gesprächspartner akzeptabel.

Solange es nicht in der Militärschicht zu Brüchen kommt und die Opposition geeint eine konsistente Alternative entfaltet, ist das Regime nicht zu stürzen

Diese lockere Allianz aus Studenten, Arbeitern, Händlern, Mönchen, Intellektuellen und Vertretern der ethnischen Minderheiten nämlich gruppiert sich um die einstigen Generalskumpanen Ne Wins, Aung Gyi und Tin Oo, (bis 1976) Armeeschef und Verteidigungsminister, die sich aber später mit der BSPP-Führung überworfen hatten, zeitweilig inhaftiert waren und nun mit Unterstützung des ersten Staatspräsidenten des unabhängigen Burma, U Nu, ein Mehrparteiensystem anstreben. Während diese Allianz versuchte, Maung Maung den militärischen Hardlinern zu entfremden, gelang es offensichtlich dem Regime, den Spieß umzudrehen und Maung Maungs

zaghafte „Liberalisierung“ als Beweis für das Abgleiten ins „völlige Chaos“ umzu-deuten.

Außer der Freilassung einiger politischer Gefangener wurden einige tausend Kriminelle aus den Anstalten entlassen, die brandschatzend und plündernd durch Rangun zogen und deren „Geschäft“ durch kontrollierte Provokationen von Regimespitzeln flankiert wurde. Wenn es zutrifft – wie der schwedische Burma-Kenner Bertil Lintner (Bangkok) berichtete –, daß Mitte August ein Geheimgespräch zwischen Ne Win, seiner Tochter Sanda und den beiden Nachfolgern, Sein Lwin und Maung Maung, stattfand, so spricht viel für die These, daß letzterer bewußt den Part eines Softies spielte, um dem eigentlichen Machtfaktor, dem Militär, zuzuarbeiten.

Auf diesem Treffen soll geplant worden sein, zwischen die studentischen Oppositionsführer und die Bevölkerung einen Keil zu treiben. Chaos zu stiften und hinterher, als „Retter von Ruhe und Ordnung“, wieder die Armee zu rufen. Diese Kabale verfiel vorzüglich. Nach nur dreiwöchiger Amtszeit übernahm im September wieder ein Militär das Präsidentenamt – Saw Maung, vormaliger Armeeschef und Verteidigungsminister und nunmehr zusätzlich in Personalunion Premier- und Außenminister.

Durch eine erneute Verschärfung des Terrors ließ er bis Anfang Oktober den fast zweimonatigen Generalstreik niederschlagen. Tausende, vor allem Studenten, flüchteten in die Aufstandsgebiete der nationalen Minderheiten.

In einem bemerkenswert unverklausulierten Kommentar schrieb die FAZ von einem „wohlorchestrierten Gangsterstück“: „Vorbei ist es offenbar mit den Freundlichkeiten, mit denen die Clique Ne Win (...) nicht zuletzt die westlichen Geberländer und Japan⁷ besänftigen wollte. Die Studenten sind dem Zivilisten Maung Maung aufgesessen, der weder Mandat noch Macht hatte, Konzessionen anzubieten.“⁸

So also kam einem möglichen erfolgreichen Aufstand die Konterrevolution zuvor. Diese scheint erst dann brechbar, wenn sich in ihrer Zitadelle, dem Militär, Fraktionen herauskristallisierten und zumindest eine gewichtige von ihnen sich mit einer politisch und programmatisch geeinten Opposition verbündete. Doch weder sind im Augenblick nennenswerte Brüche innerhalb der Streitkräfte und ihrer Kommandospitzen erkennbar, noch hat die vielschichtige und höchst unterschiedliche Interessen artikulierende Opposition eine konsistente Alternative bzw. erfolgverheißende Gegenstrategie entfaltet.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 20.9.1988
- 2) Kurz vor dem Burmabesuch von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (6.-14.8.1987) gewährte Bonn dem Land einen neuerlichen zinsfreien Warenkredit in Höhe von 27,3 Mio DM, der erst nach 50 Jahren zurückgezahlt sein muß. Fast gleichzeitig, am 7. bzw. 23.7.1987, bewilligten die japanische Regierung und die der Weltbank angegliederte Internationale Entwicklungsassoziation (IDA) Rangun zinsfreie Darlehen zu gleichen Konditionen in Höhe von 63 Mio \$ bzw. 4,974 Mrd Yen – schwerpunktmäßig für landwirtschaftliche Maschinen, Forstentwicklung und die erhöhte Gasförderung des Payagon-Feldes.
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 24.10.1988
- 4) Meldung des staatlichen burmesischen Rundfunks vom 19.7.1987; zit. nach: Archiv der Gegenwart, Sankt Augustin, 26.7.1988, 32395
- 5) Ebenda, 32396
- 6) Näheres in: Rainer Werning, Südostasien im Jahre des Drachen (Burma-Kapitel), Bonn 1976
- 7) Die Bundesrepublik ist nicht nur nach Japan Burmas zweitgrößter Geber von Entwicklungshilfe: „Eng sind die Beziehungen zwischen dem Unternehmen Fritz Werner und dem Regime in Rangun. Beide betreiben das einzige Gemeinschaftsunternehmen im sozialistischen, fremdenfeindlichen Burma. Es beschäftigt sich mit der 'Nachbetreuung' mehrerer Fabriken für Kleinf Feuerwaffen“; vgl. FAZ, a.a.O.
- 8) FAZ, 24.9.1988

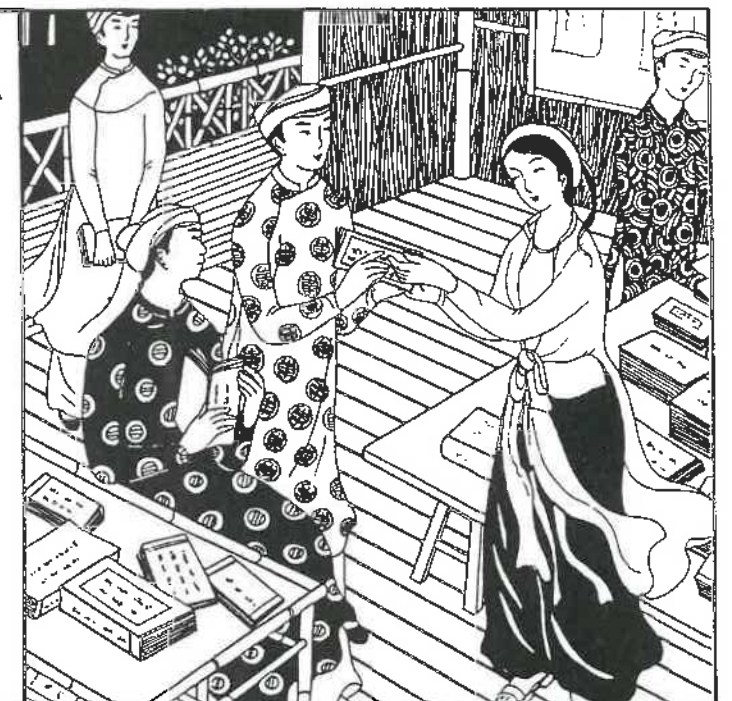
Neuerscheinungen • Standardprogramm
Sonderangebote • Modernes Antiquariat • Remittenten

Literaturversand Fernöstlicher Diwan

Verlag Simon & Magiera KG
Rübenmarkt 1
D-8860 Nördlingen

Fordern Sie unverbindlich unsere FERN-OST-INFORMATIONEN 1989 (144 Seiten zu: Büchern, Reisen, Kultur & Kunst, Kochen, Sport, Sprachen, Wirtschaft, Politik) sowie unsere Literaturversandliste FERNÖSTLICHER DIWAN (ca. 1.500 Titel) an.

Portoersatz (2,00 DM in Briefmarken) erbeten.



BÜCHER
zu China · Japan
Korea · den Himalayaländern · Pazifik
Südostasien · Australien · Neuseeland

Ulrike Dufner

Evrens Besuch in Bonn Schritte in Richtung Demokratie?

Vom 17.-21. Oktober d.J. weilte Kenan Evren, der türkische Präsident als Staatsgast in der Bundesrepublik. Er erwiderte damit den letztjährigen Besuch Richard von Weizsäckers in Ankara. Unter Evrens Regie als Generalstabschef hatte 1980 das Militär geputscht, das parlamentarische System und alle demokratischen Rechte abgeschafft. Nach acht Jahren ist, trotz neuer Verfassung (1982) und Parlament, die Demokratie noch nicht wiederhergestellt. Auch heute noch steht die Unterdrückung der Opponenten auf der Tagesordnung. Viele von ihnen mußten damals ihre Heimat verlassen und können auch heute nicht zurückkehren. Ein Großteil von ihnen lebt in der BRD und West-Berlin.

Der von ihnen zu erwartende Protest veranlaßte die Bundesregierung, die Rechte von hier lebenden türkischen StaatsbürgerInnen für die Aufenthaltsdauer Evrens außer Kraft zu setzen. In München lebende TürkInnen und KurdInnen wurden unter „Hausarrest“ gestellt. Sie mußten sich dreimal täglich bei den vor ihrem Haus wachhabenden Polizisten melden. Anderen wurde das Betreten der Landeshauptstadt verboten. Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den Evren-Besuch und die politische Rehabilitierung des Junta-Chefs fanden dennoch an allen Orten statt, die er bereiste. Man/frau erwartete ihn mit Sprüchen wie „Evren defol“ (Evren hau ab) oder „Evren kaatil“ (Evren – Mörder). Selbst das Herankarren von türkischen Schulkindern, die Evren mit winkenden Fähnchen begrüßten, konnte den Eindruck nicht ver-

wischen, daß er nirgends willkommen war.

Evren kam mit mehreren Anliegen nach Bonn: Er wollte die Unterstützung Bonns für den EG-Beitritt der Türkei, weitere Militärhilfe und die Abschaffung der Visumpflicht für TürkInnen erreichen. Lediglich in Sachen Militärhilfe konnte er die Bundesregierung zu einer klaren Zusage bewegen. Sie willigte ein, die Zahlungen bis 1991 fortzusetzen. Bei den übrigen Anliegen erntete Evren nur höfliche Floskeln.

Dem EG-Beitritt der Türkei, den diese gerne 1992 vollzogen sehen möchte, stehen einige erhebliche Probleme entgegen. Die schlechte Wirtschaftslage macht Ankara als Partner nicht gerade attraktiv. Außerdem wird auf EG-Seite immer wieder kritisiert, „wie wenig die türkische Regierung gewillt ist, merkliche Fortschritte im Bereich der Re-



spektierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu erzielen“.¹

Im Mai d.J. forderte das Europäische Parlament in einer Erklärung die Freilassung der politischen Gefangenen sowie die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten für alle demokratischen Kräfte, die derzeit verboten sind (siehe Kasten). Da Ankara große wirtschaftliche Hoffnungen mit einem Beitritt verbindet, könnte die EG in dieser Hinsicht großen Druck ausüben.

Dies gilt umso mehr in einer Situation, da die türkische Wirtschaft derart zerrüttet ist, daß für sie neue Kredite aus Westeuropa unabdingbar erscheinen. Eine In-

flationsrate von 81,8%, 2.144 Mrd türkische Lira Haushaltsdefizit (Ende 1987) und 43 Mrd \$ Auslandsschulden kennzeichnen die derzeitige Lage. Allein für den diesjährigen Schuldendienst müssen 7,2 Mrd \$ aufgebracht werden. Dieser Betrag entspricht umgerechnet 60% aller Exporteinnahmen.²

Sprüche Evrens wie „Komünist Partei kurulmalı“ (Es muß eine kommunistische Partei gegründet werden) oder sein Versprechen, die Folter in der Türkei zu verbannen, sind Versuche, die Widerstände gegen den Beitritt abzubauen.

Auch im Landesinnern steht die Regierung unter erheblichem Legitimationsdruck. Bei dem Referendum vom September d.J. konnte Regierungschef Özal gerade noch 35% der Stimmen für seinen Vorschlag gewinnen. Dies bedeutet eine klare Absage der Bevölkerung an die herrschende Politik.

Tatsächlich machte die Opposition aus dem Referendum eine Abstimmung für oder wider die Regierung, obwohl es eigentlich nur um das Vorziehen der Kommunalwahlen ging. Die Niederlage rührt vor allem daher, daß der Bevölkerung die Kosten der Regierungspolitik aufgebürdet werden.

Offiziellen Angaben zufolge beträgt die Arbeitslosenrate 20%, aber sie dürfte weit höher liegen. Die arbeitende Bevölkerung selbst hat mit einem Realeinkommensverlust von 57% in den letzten sieben Jahren zu kämpfen. An vielen Orten der Türkei regt sich hingegen Protest, sei es an den Universitäten, bei Streiks oder anderswo. Die „Unruhen“ richten sich nicht nur gegen die sozialen Kosten der Wirtschaftspolitik, sondern genauso gegen die Unterdrückung jeglicher Opposition.

Die Kritik von innen und außen gegen das undemokratische System setzen Ankara enorm unter Druck. Die Regierung reagiert darauf mit einer Doppelstrategie: nach außen will sie den Anschein eines demokratischen Staates erwecken, während sie im Innern die Repression mit verfeinerten Mitteln fortsetzt.

Die Türkei erfüllt mit ihrer Verfassung (1982) und der Zulassung von Parteien (1983) formal die Kriterien einer Demokratie. Um den Vorwürfen der Menschenrechtsverletzung zu begegnen, unterzeichnete sie am 11. Januar d.J. sogar die Anti-Folter-Konvention der UNO, welche seit der Ratifizierung durch das Parlament (25.2.1988) geltendes Recht ist. Sieht man/frau sich aber die Verfassung, die Gesetze und die politische Praxis genauer an, wird klar, wie es um die Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte bestellt ist.

In der Verfassung von 1982 wurden die Gründung politischer Parteien (Art. 68), die Meinungsfreiheit (Art. 23) und die

Auszug aus dem türkischen Strafgesetzbuch



Massenprozeß vor einem Militärgericht gegen Mitglieder der linken Organisation Dev Yol

§ 141

1. Wer auf die Errichtung der Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse, die Beseitigung einer sozialen Klasse oder den Umsturz irgendeines der im Lande geltenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundsätze ausgerichtete Vereine auf welche Weise und unter welchem Namen auch immer zu gründen trachtet, ihre Aktivitäten ordnet, anleitet oder in diesen Fragen Anweisungen gibt, wird mit Zuchthaus zwischen acht und fünfzehn Jahren bestraft. Wer einige oder alle solcher Vereine anleitet, wird mit dem Tode bestraft.

2. Wer mit dem Zweck, die politischen und juristischen Grundsätze des Staates vollständig zu beseitigen, Vereine (...) zu gründen trachtet, gündet, ihre Aktivitäten ordnet oder in diesen Fragen Anweisungen gibt, wird mit Zuchthaus zwischen acht und fünfzehn Jahren bestraft.

3. Wer in den Zielsetzungen dem Republiksgedanken oder demokratischen Prinzipien zuwiderlaufende Vereine mit dem Ziel, den Staat von einer einzelnen Person oder Kaste her regieren zu lassen, zu gründen trachtet, ihre Aktivitäten ordnet, anleitet, oder in diesen Fragen Anweisungen gibt, wird mit Zuchthaus zwischen acht und fünfzehn Jahren bestraft.

4. Wer durch rassistische Erwägungen auf die teilweise oder vollständige Aufhebung der durch das Grundgesetz festgelegten öffentlichen Rechte zielt, oder auf die Beseitigung oder Schwächung der nationalen Gefühle ausgerichtet Vereine zu gründen trachtet ... wird mit Zuchthaus zwischen einem und drei Jahren bestraft.

§ 142

1. Wer auf die Errichtung der Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere

soziale Klasse, die Beseitigung einer sozialen Klasse, den Umsturz irgendeines der im Lande geltenden wirtschaftlichen oder sozialen Grundsätze des Staates in irgendeiner Weise gerichtete Propaganda betreibt, wird mit Zuchthaus zwischen fünf und zehn Jahren bestraft.

2. Wer gegen den Republiksgedanken oder die demokratischen Prinzipien für die Staatsführung durch eine einzelne Person oder eine Kaste Propaganda betreibt, wird mit der gleichen Strafe belegt.

3. Wer durch rassistische Erwägungen auf die teilweise oder vollständige Aufhebung der durch die Grundgesetze festgelegten öffentlichen Rechte abzielend für die Beseitigung oder Schwächung der nationalen Gefühle in irgendeiner Weise Propaganda betreibt, wird mit Gefängnis zwischen einem und drei Jahren bestraft.

4. Wer die in den vorherigen Absätzen genannten Taten lobt, wird in den Fällen von Absatz 1 und 2 mit bis zu fünf Jahren Zuchthaus, im Falle des Absatzes 3 mit Gefängnis zwischen sechs Monaten und zwei Jahren bestraft. (...)

§ 146

1. Jeder, der auf gewaltsame Weise versucht, das Grundgesetz der Republik Türkei teilweise oder vollständig zu ändern, zu entarten oder abzuschaffen oder wer versucht, die durch jenes Gesetz konstituierte Große Nationalversammlung zu zerstören oder die Erfüllung ihrer Funktion verhindert, wird mit dem Tode bestraft.

2. Jeder, der entweder allein oder als Gruppe in der Weise, wie sie in Paragraph 65 erwähnt ist, diese Verstöße begeht, indem er durch Reden, Schriften oder Aktionen Unruhe erzeugt, oder dadurch, daß er öffentliche Reden hält, Notizen versendet oder Publikationen herausgibt, wird mit dem Tode auch dann bestraft, wenn die Unruhe auf der Ebene des Versuchs bleibt. (...)

(Quelle: Türkei Information, Hamburg, Nr. 9/Juli 1981)





Rücksichtsloser Polizeieinsatz gegen Kurden, die in Bonn gegen den Evren-Besuch protestieren

freie Meinungsäußerung (Art. 26) grundsätzlich verbietet. Dennoch räumt sich der Staat in der Verfassung die Möglichkeit ein, alle Grundrechte einzuschränken. Mit Hilfe der Paragraphen 141, 142 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches (siehe Kasten) kann die Justiz auf „legalem“ Wege jede Opposition, sei es eine Partei oder Organisation, sei es auch nur die scheinbare Absicht eine solche zu gründen, verbieten. Hiermit wird auch die Vernichtung des kurdischen Volkes legalisiert.

Ein Beispiel für die Anwendung dieser Gesetze ist die Verhaftung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin³, die letztes Jahr mit dem Ziel, die Vereinigte Kommunistische Partei zu konstituieren, in die Türkei zurückkehrten. Sofort nach ihrer Ankunft in Ankara wurden sie verhaftet, in den Gefängnissen gefoltert und stehen heute vor dem Sicherheitsgericht der Türkei. Anklagegrundlage sind die Paragraphen 141 und 142. Wie ihnen ergeht es zur Zeit ca. 2.000 politischen Gefangenen. Allein die politische Gesinnung bzw. die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppe ist ausschlaggebend für

ihre Verhaftung und Anklage.

Der Prozeß gegen Mitglieder von Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) zeigt, wie die Justiz verfährt: Bereits 1982 begann dieser Prozeß mit heute 723 Angeklagten, von denen immer noch 66 Menschen in Haft sind, teils schon seit über sechs Jahren. Sie sind alle nach Paragraph 141 angeklagt.

Es ist gesetzlich geregelt, daß vor dem Militärgericht begonnene und damit unter Kriegsrecht geführte Prozesse, auch dort zu Ende gebracht werden. Dementsprechend findet auch dieser Prozeß vor dem Militärgericht statt. Die Richter sind vom Verteidigungsminister eingesetzte Militärs, teilweise ohne juristische Ausbildung. Der Vorsitzende Richter beim Dev-Yol-Prozeß ist nicht einmal Jurist.

Die Tatsache, daß sie vom Verteidigungsminister eingesetzt werden, spricht gegen ein unabhängiges Gericht, wie es in der UN-Menschenrechts-Konvention, also international anerkannten Richtlinien entsprechend, vorgeschrieben ist. Der Eindruck von nicht unabhängigen Richtern erhärtet sich, wenn man/frau bedenkt, daß „Recep Ergun (der damalige Kriegsrechtskommandant) die Staatsanwälte, die Untersuchungen zur Folter angestellt haben, aus dem Dienst entlassen hat“.⁴

Bis heute ist es gängige Praxis, daß die unter Folter gemachten Aussagen als Beweisgrundlage der Anklage benutzt werden. Ein Angeklagter hat zwar de jure die Möglichkeit einen Antrag auf Überprüfung des Foltertatbestandes zu stellen. Das Gericht ist jedoch nicht verpflichtet, solchen Anträgen nachzugehen. Der Richter kann zudem nach dem Prinzip des „Gewissensbeweises“ entscheiden, ob er eine Aussage für richtig hält oder

nicht, egal, wie diese zustande gekommen ist.

Neben den Hindernissen für die Verteidigung, wie einer unzureichenden Akteneinsicht, haben die Angeklagten oftmals nicht einmal die Möglichkeit, sich einen Anwalt zu leisten. Eine Pflichtverteidigung gibt es in der Türkei nicht — und dies bei einem Prozeß, bei dem vom Militärstaatsanwalt 74 Todesstrafen gefordert wurden.

Die neu begonnenen Prozesse wie die gegen Kutlu und Sargin finden zwar nicht vor Militärgerichten, sondern vor Staatssicherheitsgerichten statt (eingeführt 1983), die Praxis ist dennoch die gleiche. Auch hier handelt es sich nicht um unabhängige Gerichte, da die Hälfte der Richter von der Regierung ernannt wird und sie nicht (wie z.B. in der BRD üblich) nach bestimmten Ressorts automatisch zugeteilt werden.

Damit wird deutlich, daß die in Bonn gemachten Versprechen Evrens, die Demokratie in der Türkei voranzutreiben, nur Lippenbekenntnisse sind. In der Türkei selbst redet er eine andere Sprache. Anlässlich der Demonstrationen zum 1. Mai d.J. hat er „angesichts der Zunahme der Spannungen darauf hingewiesen... daß die Armee 'zur Rettung der Demokratie' eingreifen würde, wenn das Chaos und der Terror, die vor dem Staatsstreich herrschten, wieder ausbrechen würden.“⁵

Anmerkungen:

- 1) Entschließung des Europäischen Parlaments, Straßburg, 19.5.1988
- 2) Daten nach: Cumhuriyet, 24.9. und 5.10.1988; Middle East Report, Nr. 11-12/1987, S. 22 und R. Werle, Modell Türkei. Ein Land wird kaputtgesagt, West-Berlin 1988, S. 102
- 3) Siehe: DRITTE WELT, Nr. 8-9/1988
- 4) Cumhuriyet, 8.9.1988
- 5) Entschließung... a.a.O.

Regierung gewillt ist, merkliche Fortschritte im Bereich der Respektierung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu erzielen; 2. verurteilt diese neuen flagranten Verletzungen demokratischer Rechte durch die Regierung eines Landes, das ein Assoziierungsabkommen mit der EWG geschlossen hat; 3. fordert die Freilassung aller Personen, die nach diesen Demonstrationen inhaftiert wurden, eine objektive Untersuchung der Umstände, unter denen am 1. Mai Menschen zu Tode kamen, sowie die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei; 4. fordert die volle Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten für alle demokratischen Kräfte, die derzeit verboten sind; 5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den im Rahmen der EPZ zusammen tretenden Außenministern sowie der türkischen Regierung zu übermitteln. Straßburg, 19. Mai 1988

Weltwirtschaft

Rainer Falk

Zusammenbruch oder neue Weltwirtschaftsordnung?

Dritte Welt, Schuldenkrise und Nord-Süd-Dialog in Moskaus neuer Außenpolitik

Michail Gorbatschow, so kommentierte kürzlich das Monatsmagazin „South“, sei der erste Führer einer Supermacht, der die Dritte Welt ernst nimmt.¹ Das mag journalistisch überspitzt sein, signalisiert aber den Bedeutungszuwachs, den die Entwicklungsländer im Zuge des „neuen Denkens“ für die sowjetische Außenpolitik erfahren haben. Die Schuldenkrise der Dritten Welt gilt als globales Problem und rangiert weit oben auf der außenpolitischen Prioritätenskala. Im Zeichen von „Glasnost“ und „Perestroika“ hat die öffentliche Debatte nunmehr auch die traditionellen Prämissen und konzeptionellen Leitideen der sowjetischen Dritte-Welt-Politik erfaßt. Erst vor dem Hintergrund dieser selbstkritischen Aufarbeitung wird der Wandel der praktischen Politik voll verständlich: „Bei der Analyse der fundamentalen Veränderungen in der Welt“, so Gorbatschow auf der Allunionskonferenz der KPdSU vom Juni d.J., „müssen viele Vorurteile überwunden werden, die unsere Möglichkeiten eingeschränkt und vielfach zur Entstellung unserer wirklichen Absichten geführt haben.“²

Ein solches Vorurteil war offensichtlich, daß die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt und die Nord-Süd-Beziehungen in der Vergangenheit hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Anti-Imperialismus und der imperialistischen Verantwortlichkeit gesehen wurden.³ Die Forderungen der Dritten Welt, z.B. nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, wurden zwar politisch unterstützt, eine eigene Mitverantwortung für die Lösung der Probleme der Entwicklungsländer aber mit dem Hinweis auf deren Verursachung durch Kolonialismus und Imperialismus zurückgewiesen.⁴

Dies hatte zur Folge, daß die sowjetische Position im Nord-Süd-Dialog bei vielen Beobachtern als reiner Propagandismus erschien, eigene Initiativen im Nord-Süd-Dialog kaum ergriffen und so politische Eingriffsmöglichkeiten in ein wichtiger werdendes Feld der internationalen Auseinandersetzung verschenkt wurden. Der Bruch mit diesem Herangehen wurde erstmals auf spektakuläre Weise deutlich, als der sowjetische Außenhandels-



Der sowjetische Außenhandelsminister Boris Aristow bei der Unterzeichnung des Abkommens über einen gemeinsamen Rohstofffonds während der 7. UNCTAD-Konferenz in Genf (August 1987)

minister Boris I. Aristow auf der 7. Handels- und Entwicklungskonferenz der UNO (UNCTAD) in Genf den Beitritt seines Landes zum Gemeinsamen Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms bekanntgab (einschließlich der Übernahme einer finanziellen Verpflichtung, 26,8 Mio \$ in diesen Fonds einzuzahlen) und diesen Schritt mit entsprechenden „Aufrufen der Nichtpaktgebundenenbewegung und der Gruppe der 77“ begründete.

Die Überraschung über diese Aktion konnte freilich nur deshalb so groß sein, weil vielfach übersehen worden war, daß im Zuge der Neubestimmung der Außenpolitik insgesamt auch eine grundsätzliche Umverteilung der Rolle der Dritten Welt und ihrer Probleme stattgefunden hatte, aus der auch praktische Konsequenzen folgen mußten. Denn wenn den Überlebensfragen der Menschheit bei der Konzipierung von Außenpolitik absolute Priorität beigemessen und Unterentwicklung, Hunger und Armut in der Dritten Welt selbst (neben atomarer Hochrüstung und zunehmender Umweltzerstörung) als eine der zentralen globalen, d.h. die gesamte Menschheit betref-

fenden Bedrohungen definiert werden, dann erfordert dies — ungeachtet des Verursachungszusammenhangs dieser Probleme — systemübergreifende Zusammenarbeit und eigenständige Beiträge aller Beteiligten zu ihrer Lösung.

Hinzu kommt eine praktische Erfahrung, die erst nach und nach von sowjetischen Außenpolitikern und ihren Beratern realisiert wurde: Die Dritte Welt war offensichtlich nicht die unerschöpfliche Quelle neuer antiimperialistischer und sozialistischer Entwicklungen, als die sie im Anschluß an die Siege von nationalen Befreiungsbewegungen erscheinen mußte.

Vielmehr erwies sich die Durchsetzung von Modellen, wie sie im Rahmen der Theorien des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs und der sozialistischen Orientierung konzipiert und analysiert worden waren, gerade angesichts der nach wie vor widrigen äußeren Rahmenbedingungen, der festen Einbindung in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft, als äußerst schwierig, kostspielig und in vielen Fällen als unmöglich.⁵

Entschließung des EG-Parlaments zu den Menschenrechtsverletzungen

Das Europäische Parlament, in Kenntnis seiner früheren Stellungnahmen und vor allem seiner Entschließungen vom 19. November 1987 und 21. Januar 1988, A. in der Feststellung, daß es seit dem Staatsstreich vom 12. September 1980 in der Türkei immer noch verboten ist, die 1. Mai-Feier zu begehen, B. in der Erwägung, daß trotz dieses Verbotes 8 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei, darunter der Vorsitzende des linksgerichteten Gewerkschaftsbundes DISK, vor dem Denkmal der Republik im Zentrum Istanbul einen Strauß zum Gedenken an die am 1. Mai 1977 an der gleichen Stelle gefallenen 34 Demonstranten niederlegte, C. unter Hinweis darauf, daß bei diesem Anlaß 500 bis 1.000 Personen, darunter zahlreiche Gewerkschaftler, von der Polizei, die 69 Personen verhaftete, gewaltsam auseinandergetrieben wurden, D. in der Feststellung, daß 2 Tage vorher von den beiden Oppositionsführern, İnönü, Vor-

sitzender der Sozialdemokratischen Volkspartei, und Demirel, Vorsitzender der Partei des Rechten Weges, Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten veranstaltet worden waren und daß nach Zusammenstoßen zwischen Studenten und der Polizei an der Universität Istanbul Verhaftungen vorgenommen worden waren, E. unter Hinweis darauf, daß der Präsident der Türkei, Herr Kenan Evren, angesichts der Zunahme der Spannungen darauf hingewiesen hat, daß die Armee „zur Rettung der Demokratie“ eingreifen würde, wenn „das Chaos und der Terror“, die vor dem Staatsstreich herrschten, wieder ausbrechen würden, F. in der Erwägung, daß die türkische Regierung auf den Appell des Europäischen Parlaments, politische Gefangene, vor allem Herrn Kutlu und Herrn Sargin freizusetzen, immer noch nicht reagiert hat, I. stellt fest, daß die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Verbot der Feier des 1. Mai Anzeichen dafür sind, wie wenig die türkische

Auch von daher stellt sich die Notwendigkeit der Veränderung der weltwirtschaftlichen Bedingungen, der Gestaltung des internationalen Umfeldes heute auf andere Weise als zu einer Zeit, als man glaubte, über die bilaterale Schwerpunktsetzung der Hilfe auf fortschrittliche Entwicklungsländer gewährleisten zu können, „daß die Idee des Sozialismus auf dem Planeten voranschreitet“.⁶

Dieses doppelte Umdenken – eindeutige Prioritätensetzung auf die Überlebensfragen und wachsender Realismus und Differenziertheit bei der Beurteilung von gesellschaftlichen Entwicklungen in der Dritten Welt – führte seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow zu einer spürbaren Aktivierung der sowjetischen Dritte-Welt-Politik. Die Dritte Welt erscheint ihr heute als ein „Kaleidoskop widersprüchlicher Interessen, Bedürfnisse, Erfordernisse, Ideologien und Vorurteile“, die als eigenständiger Faktor der Weltpolitik eine wachsende Rolle spielt und auch „bei der Gestaltung der künftigen Weltwirtschaft mit Siebenmeilenstiefeln an Bedeutung gewinnen wird“.⁷

Die Vorstellung, daß dieser vielfältig sich entwickelnden Staatenwelt Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein fester und absolut gleichberechtigter Platz in jeder zukünftigen Weltordnung eingeräumt werden muß, könnte man als einen der zentralen Leitgedanken der neueren sowjetischen Dritte-Welt-Politik bezeichnen. Die Verwirklichung dieser Idee ist aber nur durch eine tiefgreifende Demokratisierung der internationalen Beziehungen möglich und erfordert die Institutionalisierung von Mechanismen des Interessenausgleichs zwischen den Staaten und Garantien für die souveräne Entwicklung aller Völker.

Eben diese Zielsetzung verbindet sich auch mit dem Vorschlag, ein umfassendes System der internationalen Sicherheit zu schaffen, den der 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 beschlossen hat und der seither eine Art Rahmenprogramm für politische Initiativen der sowjetischen Regierung auf internationaler Ebene bildet. Es ist ein umfassendes, an den Imperativen des Nuklearzeitalters orientiertes Sicherheitskonzept, das Regelungen auf militärischem, politischem, wirtschaftlichen und humanitärem Gebiet einschließt.⁸

Die dritte-welt-politische Relevanz dieses Programms steht außer Frage. Sie wird deutlich an dem Bemühen, Abrüstungserfolge für Entwicklungszwecke nutzbar zu machen, an der Bereitschaft, regionale Konflikte politisch auf dem Verhandlungsweg zu lösen (z.B. Afghanistan), an verschiedenen Initiativen zur Gewährleistung der internationalen ökonomischen Sicherheit, darin ein-

geschlossen Vorschläge zur Durchsetzung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und zur Lösung der Schuldenkrise.

„Auf wirtschaftlichem Gebiet“, so erläuterte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse die diesbezüglichen Vorstellungen seiner Regierung auf der letzten UN-Vollversammlung, „zielt das umfassende System auf eine von Konfrontation freie Zusammenarbeit im gesamten Koordinatensystem der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ab. Weil diese nicht geregelt sind, bergen sie eine Explosivkraft, die zu einer für die Menschheit katastrophalen Detonation fähig ist.“⁹

Zur Erleichterung der Schuldenlast der Entwicklungsländer schlug er vor: „Wir sind der Meinung, die internationale Gemeinschaft könnte sich über eine Herab-

setzung der Zinszahlungen für Bankkredite einigen, zusätzliche Vergünstigungen für die am wenigsten entwickelten Länder erarbeiten, die jährlichen Schuldzahlungen eines jeden Entwicklungslandes auf einen bestimmten Anteil seines jährlichen Exporterlöses begrenzen, Exporterzeugnisse der Schuldnerländer zur Begleichung der Schulden annehmen und die protektionistischen Beschränkungen für deren Import aufheben, auf eine Anrechnung zusätzlicher Zinsen bei der Zahlungsstundung von Anleihen und bei der Refinanzierung der Schulden verzichten.“¹⁰

An solchen Vorschlägen wird deutlich, wie wenig sowjetische Initiativen in der internationalen Politik heute mehr unter dem Primat der Förderung des „weltrevolutionären Prozesses“ beurteilt werden können. Vielmehr geht es offen-

sichtlich um die Durchsetzung von Veränderungen mittlerer Reichweite, in deren Rahmen für eine längere Zeitspanne eine Pluralität von auch systemischen und klassenmäßigen Interessenlagen neu organisiert werden soll.

Entscheidend hierbei ist das existenzgefährdende Ausmaß globaler Widersprüche und Bedrohungen, das letztlich alle Beteiligten dazu zwingt, sich auf eine solche Neuorganisation einzulassen, auch im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen zueinander. Das heißt: Es handelt sich aus sowjetischer Sicht nicht um eine beliebige Wahl.

In seiner Grundsatzzrede anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution im November 1987 brachte der sowjetische Parteichef dies wie folgt auf den Begriff:

„Das grundsätzlich Neue der internationalen wirtschaftlichen und politischen Prozesse unserer Zeit ist in der Tat noch nicht restlos erkannt und erschlossen. Aber man wird dazu kommen müssen, denn die Prozesse, die sich entfaltet haben, besitzen die Kraft eines objektiven Gesetzes. Entweder der Zusammenbruch – oder gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, bei der den Interessen der einen, der anderen und der Dritten Welt auf gleichberechtigter Grundlage Rechnung getragen wird.“

Und er fügte hinzu, dabei gehe es um eine „historische Wahl, die von den Gesetzmäßigkeiten der in vieler Hinsicht interdependenten und ganzheitlichen Welt diktiert wird“.¹¹ Auch der Kapitalismus stehe heute vor einer solchen Wahl, „entweder es auf eine Explosion ankommen zu lassen oder die Gesetze der interdependenten und ganzheitlichen Welt, die eine Interessenbalance auf gleichberechtigter Grundlage erfordert, in Betracht zu ziehen“.¹²

Die Schuldenkrise sowie die Entwicklungskrise der Dritten Welt insgesamt fügen in dieser Sicht offensichtlich wenig als neuer Hebel zur „Weltrevolution“; vielmehr repräsentieren sie einen Problemdruck, der eine gemeinsame Suche nach Lösungen erforderlich macht, um einen für alle Beteiligten schädlichen Zusammenbruch zu verhindern.

Denn: „Nicht sicher ist eine Welt, in der ein ganzer Kontinent an den Rand des Hungertodes gelangen kann und riesige Menschenmassen fast permanent von Unterernährung betroffen sind. Nicht sicher ist eine Welt, in der zahlreiche Länder und Völker von der Schuldenkrise fast erdrückt werden.“¹³

So greifen die obengenannten Vorschläge zur Milderung des Schuldendrucks Forderungen der Nichtpaktgebundenen auf (Begrenzung des Schuldendienstes auf ein entwicklungsverträgliches Maß

der Exporterlöse) und setzen zugleich an Bruchstellen des bislang herrschenden Krisenmanagements an (Zinshöhe, Sondervergünstigungen der am wenigsten entwickelten Länder). Insgesamt bleiben sie freilich unterhalb der Schwelle der Forderung nach Schuldenstreichung. Sie gehen vielmehr davon aus, wie ein Mitarbeiter des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (MEMO) formulierte, daß „irgendwelche Kompromißlösungen gefunden werden (müssen)“.¹⁴

Zwar ist es für sowjetische Politiker wie M. Gorbatschow keine Frage, daß die Entwicklungsländer „unter den gegen-

Um die Rolle der Dritten Welt als eigenständiger Faktor der Weltpolitik weiter aufzuwerten, bedarf es aus Moskau Sicht der internationalen Demokratisierung und des Interessenausgleichs

wärtigen Bedingungen nicht in der Lage (sind), ihre Schulden zurückzuzahlen“.¹⁵

Statt auf die umfassende Streichung der Schulden, wie der kubanische RGW-Partner Fidel Castro, orientiert Moskau jedoch im wesentlichen auf eine politische Lösung der Schuldenfrage im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen umfassenden Sicherheitssystem. Die Überwindung der Schuldenkrise wird in enger Verbindung mit der Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Sinne einer neuen Weltwirtschaftsordnung gesehen.

Diese Orientierung ist offensichtlich auch unter den anderen Warschauer Vertragsstaaten konsensfähig, in deren Deklaration über die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung aus dem Jahre 1987 es heißt: „Zwischen der effektiven Lösung des Problems der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer und der Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung besteht ein direkter Zusammenhang. Eine radikale Lösung des Problems der Verschuldung ist in erster Linie durch die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter Grundlage sowie durch die Verwirklichung der Abrüstung im Interesse der Entwicklung möglich.“¹⁶

Dabei gehen sie davon aus, daß das Problem „nur durch eine globale und gerechte Regelung lösbar ist, die die Interessen der Entwicklungsländer ebenso wie die einer stabilen und harmonischen Entwicklung der Weltwirtschaft berücksichtigt“.¹⁷

Ein solches Herangehen erfordert freilich einen Bruch mit heute üblichen internationalen Praktiken der Problemfin-

dung. Es gehe nicht an, so kritisierte Gorbatschow im April 1988 vor amerikanischen Unternehmern und Geschäftsleuten in Moskau, daß globale Probleme wie Protektionismus, Verschuldung und Unsicherheiten der Währungssysteme fast ausschließlich im Kreis von sieben führenden kapitalistischen Industriestaaten diskutiert werden; derlei Exklusivität verhindere es, angemessene Lösungen zu finden.¹⁸

In einem anlässlich der letzten UN-Vollversammlung in der „Prawda“ und der „Iswestija“ veröffentlichten Grundsatzartikel hatte der sowjetische Parteichef deshalb dringend dazu aufgefordert, die Rolle und Autorität der UNO und ihrer Unter- und Spezialorganisationen als Regulierungsinstrumente internationaler Prozesse bedeutend zu stärken: „Wir betonen entschieden die Notwendigkeit, die moralische und politische Verbindlichkeit der in der UNO durch Konsens angenommenen wichtigen politischen Dokumente zu erhöhen. Dazu gehören bekanntlich das Schlußdokument der UNO-Sondertagung über Abrüstung, die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten und andere Dokumente.“¹⁹

Einem beträchtlich effektivierten UN-System ist offensichtlich eine Schlüsselrolle bei der gemeinsamen Suche nach einer sicheren Welt zugedacht; wegen seines universell anerkannten und demokratischen Charakters („Ein Land – eine Stimme“) würde auf diesem Weg zugleich eine spürbare Erhöhung des Gewichts und der Mitwirkungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer erreicht werden.

Doch was tut Moskau, um – über die Ergreifung politischer Initiativen auf internationaler Ebene, die den Interessen der Dritten Welt zweifellos förderlich sind, hinaus – durch die Gestaltung seiner eigenen Außenwirtschafts- und Kreditbeziehungen mit den Entwicklungsländern die „Zeitbombe“ (Gorbatschow) der Verschuldung zu entschärfen?

Ein genaues Bild über die Dimensionen der Verschuldung der Entwicklungsländer bei der UdSSR zu bekommen, ist immer noch schwer, weil eine Reihe wichtiger außenwirtschaftlicher Daten nicht veröffentlicht wird. Nach Angaben sowjetischer Wissenschaftler überschreitet der Anteil der Auslandsschulden aller Entwicklungsländer bei der UdSSR nicht 4% der Gesamtverschuldung der Dritten Welt (westliche Schätzungen liegen noch niedriger).²⁰ Dies schließt eine relevante Gläubigerposition der Sowjetunion bei einzelnen, vor allem traditionellen Verbündeten in der Entwicklungswelt (z.B. Kuba, Vietnam, Angola, Afghanistan usw.) nicht aus, ist aber insgesamt von viel zu gerin-

Zement aus dem malischen Werk in Diamon, das mit Hilfe des sowjetischen Außenhandelsunternehmens Technostroyexport errichtet wurde



gem Gewicht, als daß es die Kreditbeziehungen zwischen Nord und Süd insgesamt prägen könnte. Zweifelloso sind hier private Großbanken, westliche Regierungen und internationale Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, die wiederum von den größten kapitalistischen Industriestaaten dominiert werden, strukturbestimmend.

Aber wie sieht die Qualität der Gläubiger-Schuldner-Beziehung im Falle der UdSSR im einzelnen aus? Immerhin sind eine Reihe von Beispielen bekannt geworden, in denen Moskau bei Zahlungsschwierigkeiten Erleichterungen gewährt hat: unterschiedliche Grade an Zahlungsaufschub und Zinsermäßigung, vor allem für Kuba und Angola, zuletzt auch für Ägypten. Als erstes Land war die Sowjetunion bereits 1978 mit Peru zu einem Umschuldungsabkommen bereit.²¹

Solche Umschuldungen werden völlig unabhängig und außerhalb des Rahmens der berechtigten Konditionalitätspakete des IWF durchgeführt, die die westliche Umschuldungspraxis heute bestimmen. Auffallend ist auch ihre geringe Anzahl im Vergleich zu der Lawine von Um-

**Die Gläubigerposition
Moskaus gegenüber der Dritten
Welt ist insgesamt von zu geringem
Gewicht, um die Nord-Süd-Kredit-
beziehungen prägen zu können**

schuldungsverhandlungen, die im Gefolge der Schuldenkrise seit 1982 notwendig wurden.

Dies ist mit Sicherheit darauf zurückzuführen, daß die UdSSR traditionell in den meisten Fällen nicht darauf besteht, daß Kredite in Form harter Devisen zurückgezahlt werden. Empfängerländer können zum Beispiel bei der Lieferung traditioneller Exportprodukte (z.B. Kuba: Zucker; Indien: Textilien) Kredite begleichen oder mit Warenlieferungen aus Betrieben, die mit sowjetischer Wirtschaftshilfe gebaut wurden.

Unter diesem Aspekt ist das peruanische Beispiel besonders aufschlußreich: „Die sozialistischen Länder (allen voran die UdSSR) haben einen Anteil von 9% an den mittel- und langfristigen öffentlichen Auslandsschulden Perus, die (privaten) Banken einen von 27%. An der Gesamtheit fälliger, aber unbezahlter Auslandsschulden haben die sozialistischen Staaten dagegen nur einen Anteil von weniger als 1%, die Banken einen von ca. 60%.“²²

Das Handelsblatt kommentiert diesen erstaunlichen Sachverhalt mit den Worten: „Das muß damit zu tun haben, daß die Russen etwas vom Verhandeln verstehen



Sowjetische Brigade beim U-Bahn-Bau in Kalkutta (Indien)

und sich mit dem sogenannten 'debt for export swaps' (Schuldendienst via Export peruanischer Produkte) frühzeitig auf neue Wege einließen, während sich das Gros der Gläubiger auf die traditionellen, vermeintlich bewährten Wege einsworen – ohne Erfolg, wie man weiß.“²³

Mit anderen Worten: Für Peru waren die alternativen Kreditbeziehungen zur UdSSR offensichtlich eine gewisse Stütze bei dem Versuch, neue Wege der Schuldenbewältigung auch mit den westlichen Gläubigern zu gehen, die der gängigen Logik des Weltmarktes zuwiderliefen: Begrenzung des Schuldendienstes auf 10% der Exporterlöse (obwohl faktisch immer mehr gezahlt wurde), verstärkte Orientierung auf bilaterale Handelsbeziehungen auf der Basis von Tauschgeschäften, Zahlung des Schuldendienstes in Form nichttraditioneller peruanischer Exportgüter.²⁴

Daß der damit einhergehende Bruch mit dem herrschenden Regime des IWF, wie neuere Entwicklungen zeigen, angesichts innerer und äußerer Zwänge und Druckfaktoren nur zeitweise durchgehalten werden konnte, verweist freilich auf ein Macht- und Strukturproblem der internationalen Finanzverhältnisse, die heute als nahezu unverrückbare Sperre gegen national eigenständige Wege der Entwicklung fungieren.

Doch auch auf diesem entscheidenden Feld sind vor dem Hintergrund neuerer Tendenzen in Moskau Auflockerungen denkbar geworden: das gestiegene Interesse der UdSSR an den bestehenden multilateralen Finanzorganisationen könnte auf längere Sicht auch zu veränderten Rahmenbedingungen für die Dritte Welt führen. Zwar sind die – etwa mit Blick auf eine Mitgliedschaft der UdSSR im IWF, der Weltbank oder den regionalen Entwicklungsbanken – anstehenden Entscheidungen noch nicht gefallen und der Meinungsbildungsprozeß in dieser Frage noch nicht abgeschlossen; doch signalisieren sowjetische Außenhandels- politiker immer deutlicher, daß dies-

bezügliche Intentionen ernst zu nehmen sind:

„Die UdSSR“, so erklärten die beiden sowjetischen Beobachter am Rande der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank im Frühjahr 1988 in Manila, „ist seinerzeit aus dem wirtschaftlichen Teil der Vereinten Nationen gegangen, weil klar wurde, daß die USA diese Organisationen dominieren würden. Heute haben wir eine andere Situation. Deshalb sind wir dabei, unsere Haltung gegenüber den multilateralen Institutionen zu überdenken. Als ein Land mit einem großen asiatischen Gebiet liegt es nahe, daß wir dabei mit der asiatischen Entwicklungsbank einen Anfang machen. Wie wir wissen, ist auch die Volksrepublik China vor zwei Jahren in die ADB zurückgekehrt.“²⁵

Die möglichen Konsequenzen für die Zukunft der traditionellen Bretton-Woods-Institutionen aus einem Beitritt der UdSSR lassen sich gegenwärtig freilich schwer abschätzen. Politische Widerstände aus dem Westen, vor allem seitens der US-Regierung, müssen erst noch überwunden werden. Auch könne aus der Tatsache, daß andere sozialistische Länder wie Polen, Ungarn, China oder Rumänien in den letzten Jahren Mitglied wurden, nicht geschlossen werden, daß auch im Fall der UdSSR leicht Lösungen gefunden würden: „Entscheidend bleibt die politische Problematik.“²⁶

Ein möglicher Beitritt der UdSSR zu IWF und Weltbank würde sie mit Sicherheit der Kritik aussetzen, diese Instrumente kapitalistischer Herrschaft zu stärken; andererseits wäre sie mit der berechtigten Erwartung konfrontiert, dort verändernd im Sinne ihrer eigenen Ansprüche zu wirken.

Immerhin sieht das von Moskau anvisierte Regelwerk der ökonomischen Sicherheit auch eine „Umgestaltung des internationalen Währungs- und Finanzsystems“ vor, und zwar „unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten“, sowie „eine Demokratisierung der in dessen Rahmen funktionierenden Finanzinstitute“. „Der Praxis“, so die Forderung, „bei der Währungs- und Finanzschwierigkeiten einzelner Länder dazu benutzt werden, sie politisch unter Druck zu setzen und sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, muß ein Ende bereitet werden.“²⁷

Derartige Forderungen sind mit den derzeitigen Funktionsprinzipien von IWF und Weltbank, mit ihrer ordnungspolitischen Interventions- und Auflagenpraxis gegen die Schuldnerländer der Dritten Welt, aber auch der osteuropäischen Mitgliedsländer, strikt unvereinbar. Doch auch ungeachtet der Fragen, die mit der Durchsetzbarkeit solch weitreichender Vorstellungen verknüpft sind: Die bloße

Mitgliedschaft der UdSSR im multilateralen Finanzsystem würde eine bemerkenswerte Gewichtsverschiebung innerhalb dieses Systems zur Folge haben, eine stärkere Unabhängigkeit von IWF und Weltbank gegenüber den USA, einen erweiterten Spielraum für Entwicklungsländer.

Immerhin war der UdSSR bei der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen im Jahre 1944 die drittstärkste Quote zugedacht worden. Unterhalb dieser Position dürfte sich eine Integration der UdSSR auch heute, 45 Jahre später, kaum machen lassen. Es sei denn, die Statuten von IWF und Weltbank würden vorher einer gründlichen Veränderung unterzogen, etwa nach dem Vorbild der politischen UN-Organisationen. Auch dies wäre denkbar im Zuge der „Neuordnung des Lebens in unserem gemeinsamen Haus Erde“ (Gorbatschow).

Anmerkungen:

- 1) Vgl. South, London, Mai 1988
- 2) M.S. Gorbatschow, Die Verwirklichung der Beschlüsse des 27. Parteitages der KPdSU und die Intensivierung der Perestroika, Referat auf der 19. Gesamtsowjetischen Konferenz der KPdSU am 28. Juni 1988, in: Prawda, Moskau, deutschsprachige Ausgabe, 29.6.1988.
- 3) Vgl. dazu z.B. den sehr interessanten Aufsatz des Mitarbeiters am Moskauer IMEMO-Institut R. Awakow in der November-Ausgabe der Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“, deutsch in: epd-Entwicklungspolitik, 9-10/1988. Awakow kritisiert vor allem die Tendenz, „in jeder Aktion eines Entwicklungslandes, das sich gegen irgendeinen imperialistischen Staat richtet, die Offenbarung des Antimperialismus und revolutionären Geistes“ zu sehen, wodurch nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus in der Dritten Welt unterschätzt, sondern auch unmittelbare außenpolitische Fehlentscheidungen begünstigt worden wären.
- 4) Auch der Autor des vorliegenden Beitrages hat in früheren Artikeln (z.B. in: AIB 10 und 11/1985) mit dieser Argumentationsfigur gearbeitet.
- 5) Schon seit Ende der 70er Jahre hatte bei sowjetischen Dritte-Welt-Wissenschaftlern und Experten eine in wachsendem Maße kritische Revision von allzu optimistischen bis illusionären Erwartungen eingesetzt, die in die Theorie von nichtkapitalistischen bzw. sozialistisch orientierten Entwicklungsweg eingegangen waren. „Leider“, so schrieb der IMEMO-Mitarbeiter G. Mirkij 1987, „wurden in der Mehrzahl der Arbeiten häufig Wünsche als Wirklichkeit ausgegeben“ (zit. nach: K. Fritsche, Zur sowjetischen Diskussion sozialistischer Entwicklungsstrategien, hektographiertes Manuskript).
- 6) Ebenda. Vieles Lamentieren über einen angeblichen Rückzug der Sowjetunion aus der Dritten Welt und einen angeblichen Verlust an Internationalismus, wie es bei einem Teil der Linken hierzulande in Mode zu kommen scheint, hängt offensichtlich mit der Weigerung zusammen, sich diesen Realitäten zu stellen.
- 7) M. Gorbatschow, Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution vom 2. November 1987, in: ders., „Zurück dürfen wir nicht!“. Programmatische Äußerungen zur

Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft, München 1987, S. 332

- 8) Vgl. zu diesen Initiativen ausführlich meinen Aufsatz: Die Bedeutung des „neuen Denkens“ für die Nord-Süd-Politik. Zur Dritte-Welt-Politik der UdSSR, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr. 8/1987, S. 1055ff.
- 9) Rede Eduard Schewardnadse vor der 42. UNO-Vollversammlung, in: Sowjetunion Heute, 10/1987
- 10) Ebenda
- 11) M. Gorbatschow, Rede zum 70. Jahrestag..., a.a.O., S. 329
- 12) Ebenda
- 13) M. Gorbatschow, Realität und Garantien für eine sichere Welt, in: Sowjetunion Heute, 10/1987
- 14) APN-Korrespondenz, o.D.
- 15) M. Gorbatschow, Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 223
- 16) Kopierter Deklarationstext, deutsche Fassung, S. 6
- 17) Ebenda

- 18) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.4.1988
- 19) M. Gorbatschow, Realität und Garantien..., a.a.O.
- 20) Vgl. AIB 6/1986, S. 41 und die Zusammenstellung bei K. Fritsche, Schulden der Entwicklungsländer bei der UdSSR, in: epd-Entwicklungspolitik. Materialien VII/1986, S. 66ff.
- 21) Vgl. AfricaAsia, Paris, Nr. 26/Februar 1986; die tageszeitung, West-Berlin, 9.5.1987; K. Fritsche, Schulden..., a.a.O., S. 69
- 22) Handelsblatt, 13.4.1988
- 23) Ebenda
- 24) Vgl. dazu: G. Simon, Autonomie gegen Hegemonie. Schuldenkrise – Krise der Weltwirtschaft – Auswege aus der Zwangslage des Weltmarktes, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 191ff
- 25) Interview mit dem Handelsblatt, 4.5.1988
- 26) Ebenda
- 27) Memorandum der Regierung der UdSSR vom 27.1.1986, APN-Dokumente, Köln, Nr. 9/1986

Vorankündigung:

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

- Sonderheft

Nachbereitung und Dokumentation
**IWF - Weltbank - Kampagne
Berlin 1988**

mit Berichten und vielen Photos über

- Gegenkongreß
- Großdemo
- Tribunal
- Aktionstage
- Internationalistische Demo
- Notizen aus dem Wessiland
- Einschätzungen u.v.a.m.

ca. 60 S., EP 6,- DM, ab 5 Ex. 30% Rabatt
Bezug über: Forum, Lingener Str. 9, 4400 Münster
erscheint Mitte November

Solidarität im Aufwind

2. Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der 3. Welt

Die internationale Solidarität der Gewerkschaften befindet sich in einer Umbruchphase. Nachdem jahrzehntelang Dritte-Welt-Themen weitgehend ignoriert wurden, sind in den letzten Jahren zahlreiche gewerkschaftliche Initiativen zur Unterstützung von Befreiungsprozessen entstanden und Fragen der Weltwirtschaft stärker in den Mittelpunkt gerückt. Ausdruck dieses gewachsenen Interesses und Engagements war das zweite Treffen gewerkschaftlicher Solidaritäts- und Aktionsgruppen mit der Dritten Welt, das am 29. und 30.10.1988 in Köln stattfand. An ihm nahmen etwa 140 GewerkschaftskollegInnen teil.

Auf einer Podiumsdiskussion zu Beginn der Tagung zog **Karl Rössel**, Autor des Buches „Hoch die internationale Solidarität“, eine sehr kritische Bilanz der gewerkschaftlichen Dritte-Welt-Arbeit der letzten 40 Jahre. Vor allem bis Mitte der 70er Jahre wurde die internationale Solidaritätsarbeit von den Gewerkschaften stark vernachlässigt.

In manchen Fällen, wie etwa während des algerischen Befreiungskampfes, der Anti-Schah-Demonstrationen und des Vietnamkongresses des SDS kam es sogar zu gemeinsamen Aktionen von Gewerkschaften mit der Kapitaleseite gegen die Solidaritätsbewegung. Nach Rössel spielt bis heute die internationale Solidarität mit der Dritten Welt im gewerkschaftlichen Alltag keine Rolle.

Dem widersprach **Robert Steiert**, Mitglied der IG-Metall-Hauptverwaltung. Er verwies auf die zahlreichen Südafrikaaktivitäten der IG Metall, die Bildung von Betriebsgruppen bei VW, die sich mit der Situation ihrer KollegInnen in Brasilien und Mexiko oder mit Südafrika beschäftigen.

Die Gewerkschaften seien sich bewußt, so Steiert, daß die Veränderungen der Strategien und Arbeitsweise von transnationalen Konzernen eine umfassende internationale Zusammenarbeit der nationalen Arbeiterbewegungen erfordere. Daher nehme in den Gewerkschaften die Bedeutung der Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt zu, was sich auch jüngst auf dem IG-Metall-Zukunftskongreß gezeigt habe. In der anschließenden Diskussion war unstrittig, daß die frühere Dritte-Welt-Arbeit des DGB erhebliche Defizite aufwies und fehlerhaft war. Meinungsverschiedenheiten gab es über die Ursachen für die damaligen Defizite

und über den gegenwärtigen Stellenwert der Solidaritätsarbeit im DGB.

In der Diskussion wurde als ein Beispiel für das Fortbestehen von Hemmnissen für die Dritte-Welt-Arbeit kritisiert, daß die DGB-Gewerkschaften in der Regel nur mit denjenigen ausländischen Gewerkschaften im Gespräch sind bzw. kooperieren, die Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) sind. Das führt dazu, daß gelbe Gewerkschaften wie in Nicaragua, El Salvador und den Philippinen, die rechten Parteien nahe stehen, offiziell als Partner gelten, während die sandinistischen Gewerkschaften oder die KMU in den Philippinen, in denen die große Mehrheit der ArbeiterInnen organisiert ist, bestenfalls angehört werden.

Die Diskussion über die Koppelung der internationalen Solidarität an den IBFG wurde in zwei Arbeitsgruppen fortgesetzt. Am Sonntag verabschiedete das Plenum eine Resolution, in der eine neue Herangehensweise bei der Aufnahme von Kontakten zu ausländischen Gewerkschaften gefordert wird. Danach soll nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten internationalen Verband ausschlaggebend sein, sondern Kriterium soll sein, inwieweit die jeweiligen lokalen Gewerkschaften die Interessen der ArbeiterInnen aktiv vertreten. Außerdem soll das Thema internationale Solidarität und IBFG als Schwerpunkt auf dem nächsten Treffen diskutiert werden.

Insgesamt fanden neun Arbeitsgruppen (AG) während der Tagung statt. AG 1 beschäftigte sich mit dem Interesse transnationaler Konzerne an der Dritten Welt und den veränderten wirtschaftlichen Strategien.

In AG 2 wurden Erfahrungen bei konkreten technischen Problemen der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua ausgetauscht, einige inhaltliche Fragen der Entwicklung Nicaraguas angerissen und über den Stellenwert der Nicaragua-Solidarität in den Einzelgewerkschaften diskutiert. Relativ breiten Raum nahm auch die Frage ein, wie Nicaragua möglichst schnell und effizient angesichts der Unwetterkatastrophe geholfen werden kann.

AG 3 zog ein Resümee der IWF/Weltbank-Kampagne und arbeitete ausgehend von der Forderung nach Schuldenerleichterung die Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Spielregeln der Weltwirtschaftsordnung heraus.

Die Diskussion der AG 4 zu Südafrika ergab, daß die gewerkschaftliche Solidarität einerseits leichter geworden ist, weil das Thema in den Gewerkschaften präsent ist, andererseits aber auch schwerer, weil die Medienzensur des Botha-Regimes verhindert, daß aktuelle Bilder, die Betroffenheit auslösen könnten, nach Deutschland gelangen.

Die AG kritisierte die mangelhafte Koopera-

tion mit den Anti-Apartheid-Gruppen, an der auch der DGB Mitschuld trage. So habe er es beispielsweise abgelehnt, sich mit einem südafrikanischen Gewerkschaftsvertreter zusammenzusetzen, weil dieser von der Anti-Apartheid-Bewegung eingeladen worden war, die wiederum neben vielen anderen Gruppen auch von der SDAJ unterstützt wird.

Die AG empfahl, die Südafrikasolidarität auf drei Ebenen zu verstärken: in der innergewerkschaftlichen Bildungsarbeit, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und in Form von gemeinsamen Kampagnen mit anderen Gruppen.

Angeregt wurde beispielsweise ein Anti-Apartheid-Tag, an dem vielfältigste Aktionen durchgeführt werden sollten.

AG 5 beschäftigte sich mit der aktuellen Situation in Chile und der Rolle der Gewerkschaftsbewegung.

In AG 6 wurden die rasche Industrialisierung in Südkorea analysiert und die sozialen Folgen des „Wirtschaftswunders“ untersucht.

AG 7 untersuchte den Zusammenhang zwischen Schuldenkrise und Umweltzerstörung. Durch den hohen Schuldenberg werden die Länder der Dritten Welt zu einem immer stärkeren Raubbau an der Natur gezwungen. Die AG diskutierte intensiv das Beispiel Nicaragua, wo Ansätze für eine ökologisch verträgliche Ressourcennutzung existieren.

Die AG 8 thematisierte die Waffenproduktion und die Rüstungsinteressen in der Dritten Welt.

In AG 9 wurde das vor kurzem gegründete Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks vorgestellt, das Bildungsmaterialien zu Dritte-Welt-Themen herausgibt, Seminare veranstaltet und die Arbeit der gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen finanziell unterstützt. Darüber hinaus soll das Nord-Süd-Netz die Solidaritätsarbeit der Gewerkschaften besser koordinieren und Diskussionsprozesse über strittige Fragen (z.B. IBFG-Diskussion) initiieren.

Auf der Plenumsveranstaltung am Sonntag betonte Ilse Brusis, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, noch einmal die Wichtigkeit, die Solidarität mit der Dritten Welt zu einem neuen Politikfeld der Gewerkschaften zu machen. Eingehend auf die Unwetterkatastrophe in Nicaragua gab sie bekannt, daß der DGB eine Plakataktion durchführen wird, mit der zu Spenden für Nicaragua aufgerufen werden soll.

Zum Thema Nicaragua wurde vom Plenum eine Resolution verabschiedet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Bundesregierung nach dem Erdbeben von 1972 kurzfristig 30 Mio DM an das damalige Somoza-Regime zahlte, während bislang lediglich 3,25 Mio DM für die Opfer der Wirbelsturmkatastrophe in Nicaragua zur Verfügung gestellt wurden. Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften werden daher aufgerufen, von der Bundesregierung umgehend eine Erhöhung dieser Leistungen zu fordern und sich für die Freigabe der zurückgehaltenen Entwicklungshilfe in Höhe von 43 Mio DM einzusetzen. Darüber hinaus werden die Vorstände der Einzelgewerkschaften aufgefordert, sich an den derzeit laufenden Spendenaktionen für die Bevölkerung Nicaraguas aktiv zu beteiligen.

Max Steinberger

Andrea Duttiné

Druck „von unten“ machen

Die Frage, welche Mittel zur Lösung von Konflikten angewandt werden, hängt sowohl von der internationalen Lage, dem Kräfteverhältnis als auch vom zu erwartenden Erfolg dieser Mittel ab. Je weniger erfolgreich der Einsatz militärischer Mittel ist, desto schwieriger wird es, innerhalb des eigenen Landes den Griff zu diesen Mitteln zu legitimieren. Das gilt gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen mit Haushaltslöchern und Auslandsschulden, was die rein finanzielle Seite angeht.

Doch auch politisch ist Erfolg ein Kriterium: Nicht umsonst lautete die Forderung der demokratischen Bewegungen innerhalb der USA: „Kein zweites Vietnam in Nicaragua.“ Auch die Tatsache, daß es für Reagan immer schwerer wurde, Geld für die Contras loszuweisen, zeigt, daß von staatlichem Handeln erwartet wird, daß das formulierte Ziel auch tatsächlich und sichtbar erreicht wird.

Ein weiterer Faktor ist der Kurs solcher umsichtiger Staatsmänner wie Daniel Ortega oder Edoardo Dos Santos, die beinahe gebetsmühlenartig der eigenen Opposition und auch den USA direkt Verhandlungen anbieten. Die Gespräche zwischen Sandinisten und Contras machen deutlich, daß es durchaus möglich ist zu verhandeln, ohne die Revolution an den Imperialismus zu verkaufen, und daß zum Kriegführen immer wenigstens zwei nötig sind. Solange die Sandinisten ihren einseitigen Waffenstillstand immer wieder verlängern, sind die Aktionen der Contras nichts als Terrorismus. Regionalkonflikte sind derzeit rein militärisch nicht lösbar. Vielmehr fordern sie Blutzoll, den die betroffenen Völker nicht mehr unbegrenzt leisten. Das haben auch die Präsidenten der „Achter-Gruppe“ in ihren Gesprächen betont: Das Suchen neuer Wege zur Konfliktlösung, etwa mit Hilfe der UNO und der OAS, wird da gefordert (FAZ, 31.10.1988). Das macht Kriege nicht nur unerwünscht, sondern wertet auch die verschiedenen Staatengemeinschaften von „Debatteclubs“ zu anerkannten Vertretern der Nationen auf.

Die USA sind gezwungen, ihre Politik darauf einzustellen. Verhandlungen sollten auch nicht ängstlich als Zurückweichen angesehen, sondern müssen als Weg zur Konfliktlösung begriffen werden. Dabei sind nicht nur Verhandlungen auf nationaler Ebene wichtig, vor allem die UNO als Instrument zur Schlichtung (Iran/Irak) muß gestärkt werden. Die Friedens- und die „Dritte“-Welt-Bewegung sollten die Wichtigkeit von Resolutionen, der internationalen Staatengemeinschaft wie der zu Namibia, höher einschätzen und sich für deren Durchsetzung und Einhaltung einsetzen.

Es reicht nicht zu sagen, daß wir gegen Rüstung und Krieg sind, das Anbieten alternativer und friedlicher Konzepte zur Regelung von Auseinandersetzungen macht den Friedenskampf umso überzeugender. Ein solches Vorgehen paßt auch zu der Forderung, Ressourcen nicht zu verschwenden: Statt Rüstung zu finanzieren, muß Geld für die Entwicklung ausgegeben werden und statt Kriegsstrategien sollen menschliche Gehirne Verhandlungslösungen ausdenken.

Die Chancen dafür sind in Zeiten der Entspannung zwischen den USA und der UdSSR allemal größer, als zu Zeiten der Konfrontation. Und so, wie für Abrüstung gilt, daß sie den Druck „von unten“ erfordert, gilt auch für

neue Herangehensweisen in Regionalkonflikten, daß sie die Unterstützung der demokratischen Bewegungen brauchen. Deshalb muß die Devise für die Solidaritätsarbeit in Europa lauten: „Nicht ängstlich beobachten, sondern am Einläuten der Endzeit für Regionalkonflikte entschlossen mitarbeiten.“

Andrea Duttiné, Frankfurt/M., ist Mitarbeiterin der Geschäftsstelle der Deutschen Friedensunion-Hessen und aktiv in der Nicaragua-Solidarität.



„Good Morning, Vietnam“

Good Morning, Vietnam, USA 1988, Regie Barry Levinson; Darsteller: Robin Williams, Forest Whitaker, Tung Thanh Tran

Vietnam 1965: In den fünf Monaten, in denen Adrian Cronauer die amerikanische Truppe beim Sender AFRS (Armed Forces Radio Saigon) mit Witz, Rock und Pop erfreut, wird die Zahl der amerikanischen Soldaten von 73.000 über 125.000 auf 350.000 gesteigert. All jenen versucht der neue Diskjockey, der – noch in „Kreta-Tarnkleidung“ („Wenn du dich unter besoffenen Griechen verstecken willst, gibt es nichts Besseres“) – unbekümmert vietnamesischen Boden betritt, seine Lebensphilosophie per Radio zu vermitteln. Und die ist: Fun, Fun, Fun – so singen es die Beach Boys.

Material für seine Späße bietet der Alltag: die Hitze, die Army, der Sex, die US-amerikanische Politik... Themen, die das Leben des gewöhnlichen GI bestimmen. Und weil er zusätzlich noch fetzige Musik über den Äther sendet, „wollen die Männer ihn“, „ist die Truppe verrückt nach ihm“, ist das, was er tut, „verdammt wichtig für die Menschen“. Er hebt die Moral der Truppe, läßt den Alltag, d.h. den Krieg erträglich werden und gibt psychologisch die Möglichkeit, sich durch Witz und Satire abzureagieren – und dann wieder zu funktionieren.

Das erkennt auch Cronauers Vorgesetzter Taylor, der dessen „perverse Neigung zur Respektlosigkeit“ (so der Leiter des AFRS, Sergeant Major Dickerson) immer wieder verteidigt mit den Worten: „Er ist doch nur ein Diskjockey“.

Die Antwort Dickersons: „Solche Dinge wie 'nur' gibt es heute nicht mehr, nicht in Vietnam und nicht in Saigon.“ In diesem Punkt gibt der Film Dickerson Recht – wenn der auch sonst als das Paradebeispiel eines widerlichen Komißhengstes fungiert.

Auch Adrian Cronauer gerät in die Politik, als er trotz der Geheimhaltungspflicht den Anschlag des „Vietcong“ auf die beliebte GI-Bar „Jimmy Wah's“ veröffentlicht und dadurch in



Schwierigkeiten kommt. Er hat sich vorgenommen, endlich die Wahrheit zu sagen, doch ihm wird ganz materialistisch einfach der Strom abgedreht. Die Machtverhältnisse bleiben klar.

Cronauers Ratschlag an seine „Ordonnanz“ Garlick: „Manchmal muß man bewußt die Vorschriften übertreten – das nennt man Spaß“, werden für ihn selbst zum lebensbedrohlichen Ernst. Denn er pflegt eine Freundschaft zu dem Vietnamesen Tuan, in dessen Schwester Trinh er sich verliebt hat. Und Tuan entpuppt sich als waschechter „Vietcong“, der ihm zweimal – unwissentlich für Cronauer – das Leben rettet.

Als Cronauer wegen dieses Feindkontaktes Vietnam verlassen muß, beklagt er sich bitterlich bei Tuan: „Du warst mein Freund. Ich habe dir vertraut. Nach 5 Monaten in Vietnam stellt sich heraus, daß mein bester Freund der Feind ist.“ Tuan rückt Cronauers Weltbild zurecht: „Wer ist der Feind? Wir sind nicht der Feind. Der Feind seid ihr – die Amerikaner“, und er zählt die Toten auf: seine Mutter, seinen Bruder, seinen Nachbarn und dessen Frau...

Der Film lebt vom Sprachwitz, der dem/der ZuschauerIn ein Stück amerikanische Kultur nahebringt, aber beim ersten Ansehen leider nicht voll erfaßt werden kann. Der Film lebt von den Widersprüchen der amerikanischen Kultur überhaupt, die solche Musiker hervorbringt wie Ray Coniff, James Brown, die Dornbushers, und die gleichzeitig diese Kultur durch die Kriegsmaschinerie Lügen straft.

Deutlich wird dieser Aspekt immer dann, wenn die amerikanische Musik durch (Militär-)alltagsbilder in Vietnam unterlegt wird. Und der Höhepunkt ist erreicht, als zu Louis Armstrongs Lied „What a wonderful world“ die Bilder vom friedlichen Reisbauernalltag in zersetzende Kriegsszenen übergehen.

Es ist sicherlich ein sehenswerter antimilitaristischer Film, der für Frieden und Völkerverständigung wirbt. Es ist ein Film, der in der Reihe der Filme, die das US-amerikanische „Vietnam-Syndrom“ bearbeiten, der differenzierteste und interessanteste ist. Es bleibt aber ein Film über Amerika und nicht über Vietnam – doch immerhin haben in diesem Film (im Gegensatz zu allen anderen in der Reihe) die Vietnamesen schon ein menschliches Gesicht.

Beate Bartoldus

Brigade der deutschen Postgewerkschaft in Managua



Gespräch mit dem angolanischen Schriftsteller Pepetela

Bücher gehören zum täglichen Brot

Arthur C.M. Pestana dos Santos, der unter dem Namen Pepetela veröffentlicht, ist neben Luandino Vieira der bekannteste Autor Angolas. Besonders sein Roman „Mayombe“, der 1985 in der Edition Südliches Afrika (Bonn) erschien, gehört zu den Klassikern der jungen angolanischen Nationalliteratur. In seinem satirischen Roman „Der Hund und die Leute von Luanda“, 1987 im gleichen Verlag veröffentlicht, behandelt er soziale Probleme im nachrevolutionären Angola. Der Autor, 1941 als Nachkomme portugiesischer Einwanderer in Angola geboren, war unter dem Decknamen „Pepetela“ selbst Kommandant in der Befreiungsbewegung MPLA und von 1976-82 stellvertretender Erziehungsminister der Volksrepublik Angola. Heute ist er Dozent für Soziologie an der Universität Luanda und im angolanischen Schriftstellerverband zuständig für internationale Beziehungen. Für die DRITTE WELT sprach Peter Schütt mit Pepetela während der „Afrikanischen Literaturtage“ im Oktober d.J. in Hamburg.

FRAGE: Pepetela, Sie haben sich seit einiger Zeit aus dem aktiven politischen Leben zurückgezogen und leben jetzt als „freier“ Autor in Ihrem Heimatland. Wie ist das möglich?

PEPETELA: Heute denke ich, ich war weder ein besonders guter Militärkommandant noch ein besonders qualifizierter Minister. Ich eigne mich weder für eine militärische noch eine bürokratische Laufbahn. Ich hab beides nur gemacht, weil es dafür eine absolute Notwendigkeit gab.

Es gab keine Alternative, für unser Land nicht und für mich nicht, und so mußte ich zuerst zu den Waffen greifen – ich hab allerdings kaum geschossen – und dann den Amtssessel einnehmen. Jetzt bin ich zu meinem eigentlichen Beruf zurückgekehrt, zur Schriftstellerei.

FRAGE: Können Sie zuhause vom Bücherschreiben leben?

PEPETELA: Leben, das ist derzeit in Angola für jeden ein alltägliches Problem. Am Geld liegt es nicht, jedenfalls bei mir.

Ich bekomme wie alle angolanischen

Autoren 20% vom Verkaufspreis meiner Bücher, das ist wirklich Weltniveau. Aber wichtiger ist derzeit meine Nebentätigkeit als Professor an der Universität. Ich unterrichte zwar nur vier Stunden die Woche, aber dank dieser Stellung habe



ich Zugang zu den Lebensmittelläden für Facharbeiter und Staatsangestellte, und dieser Sonderausweis sichert mir und meiner Familie derzeit das Überleben. Das ist traurig, aber wahr.

FRAGE: Sind Sie resigniert über die Entwicklung Angolas?

PEPETELA: Wenn Sie meinen Roman „Mayombe“ gelesen haben, werden Sie feststellen, daß ich mich schon in der Zeit der Revolution und in der Phase danach vor allzu großem Überschwang gehütet habe. Manches habe ich in meinem Roman vorausgesehen, zum Beispiel die Probleme der Bürokratie und die Mühseligkeit unseres Weges nach der Befreiung.

Ich kenne das Schicksal der anderen Staaten in Afrika, die auf der Suche nach neuen Wegen sind, und ich weiß auch einigermaßen darüber Bescheid, mit wel-



chen Problemen die sozialistischen Staaten überall auf der Welt zu kämpfen haben, von Kuba bis zur Sowjetunion. Warum sollten wir von diesen Nöten verschont bleiben?

Dazu kommt dann noch der immer noch andauernde Bürgerkrieg im Land.

FRAGE: Kann denn angesichts dieser Lage mit Büchern etwas bewegt werden?

PEPETELA: In Angola herrscht Mangel an fast allem. Mangel auch an Büchern. Bücher, gute Bücher, gehören für mich zum täglichen Brot für ein Volk, das sich befreit. Ohne Literatur, ohne Poesie und Phantasie, ohne Geschichten und Träume, gibt es keine Befreiung.

FRAGE: Welche Verbreitung finden denn Bücher in Angola?

PEPETELA: Ich denke, unsere Auflagenzahlen können sich sehen lassen. Mein Buch „Mayombe“ hat bisher eine Auflage von 250.000 gehabt. Es ist zur Zeit vergriffen, aber 50.000 neue Exemplare kommen demnächst auf den Markt.

Einen Teil unserer Bücher exportieren wir, besonders nach Brasilien. Das hilft unseren Verlagen auch in ökonomischer Hinsicht und fördert den Kulturaustausch. Mit Brasilien verbindet uns nicht nur die gemeinsame portugiesische Sprachwurzel. Die Brasilianer entdecken derzeit ihre afrikanischen Ursprünge wieder.

Viele der Schwarzen und Farbigen in Brasilien haben Vorfahren, die als Sklaven aus Angola in die „neue Welt“ verschleppt wurden. In Tänzen, religiösen Kulte und in Sprachresten lebt ein Teil dieses angolanischen Erbes bis heute fort.

FRAGE: Sie selber sind Weißer?

PEPETELA: Was heißt das? Angola ist nicht Südafrika. Ich bin Angolaner, und ich bin Afrikaner.

Afrika als der „schwarze Kontinent“: das ist eine europäische, weiße Vorstellung. Zu Afrika gehören Ägypten, Tunesien, Eritrea und viele andere Länder, die keineswegs „schwarz bis auf die Haut“ sind. Und das gilt auch für Angola. Unsere Kultur ist eher eine Mestizenkultur, besonders auf dem Lande.

Meine Vorfahren sind um 1850 aus Portugal eingewandert, vermutlich als politische Flüchtlinge. Andere Einwanderer kamen schon zwei Jahrhunderte früher ins Land. Ich darf sagen, vielleicht liegt es an meinem langen Bart: In meinem Leben spielt es keine Rolle, ob meine Haut eher schwarz oder weiß ist.

Vor der Befreiung war das natürlich anders, obwohl es bei uns nie Zustände wie im Apartheidstaat gegeben hat.

FRAGE: Zum Portugiesischen als vorherrschender Landessprache sehen Sie keine Alternative?

PEPETELA: Auf absehbare Zeit nicht. Unser Portugiesisch wird vermutlich im Lauf der Zeit weiter angolanisiert werden.

Seitdem die Befreiungsbewegungen die Sprache der Kolonialherren als Sprachrohr gegen die Kolonialmacht verwandt haben, nimmt das Portugiesische bei uns immer mehr nationale, afrikanische Akzente auf. Seitdem unsere Elite nicht mehr in Portugal ausgebildet wird, ist das klassische Portugiesisch bei uns schnell aus der Mode gekommen. Wir entwickeln unsere eigene Sprache.

Ich denke, die Konzentration auf das Portugiesische hat auch viele kulturelle Vorteile. Sie öffnet uns zur Welt, zur

Von der afrikanischen „Authentizität“ halte ich nicht viel, hat sie sich doch in Zaire als Unterdrückungsinstrument erwiesen

ausblühenden Kultur Brasiliens und nach Europa.

FRAGE: Das klingt eher kosmopolitisch...

PEPETELA: Meinetwegen. Von der „Authentizität“ halte ich nicht allzu viel. Wohin das führt, sehen Sie an unserem Nachbarstaat Zaire.

Mobutu hat die afrikanischen Sprachen im Lande zweifellos gefördert, hauptsächlich damit die Leute ihm zu Ehren afrikanische Tänze tanzen und Lobgesänge dichten. Dort ist die Authentizität ein Unterdrückungsinstrument, ein Mittel, um das Volk in Unmündigkeit und in

Unwissenheit zu belassen.

Damit will ich nichts gegen Versuche anderer Staaten Afrikas sagen, die eigenen Sprachen zu pflegen und wiederzubeleben. Aber es ist ein Irrtum europäischer Ethnologen, zu glauben, eine alte Sprache, die jahrhundertlang diskriminiert worden ist und sich nicht weiterentwickeln konnte, könnte von heute auf morgen zur „Stimme der Befreiung“ gemacht werden.

FRAGE: Sie sind also nicht auf der Suche nach den „afrikanischen Wurzeln“?

PEPETELA: Es war ein Amerikaner, der Afroamerikaner Alex Haley, der als erster ausgezogen ist, um seine afrikanischen Wurzeln literarisch zu erkunden. Für die Afroamerikaner ist diese Erforschung der Herkunft zwingend notwendig, um zur afrikanischen Identität zurückzufinden.

Unsere Literatur verdankt den Schwarzen aus der „neuen Welt“ vielfältige Anregungen, vor allem Nicolas Guillen aus Kuba und Langston Hughes aus den USA. Aber wir sollten uns nicht länger auf „afrikanische Themen“ beschränken.

Immer mehr geht es in der Literatur um Erfahrungen, die die ganze Menschheit betreffen. Frieden, Hunger, Befreiung, das sind Themen in unseren Büchern, und es sind weder besonders angolanische noch besonders afrikanische Themen.

Südafrika liegt vor unserer Haustür, seine Truppen überfallen unser Land, und das ist in meinen Augen kein sog. „regionaler Konflikt“, das ist ein Weltkonflikt, dort stoßen zwei Welten aufeinander, Humanismus und Barbarei. Das ist eines der großen Menschheitsthemen, und von diesem Drama sollte auch unsere Literatur handeln, nicht nur in Angola.

FRAGE: Obwohl Sie kein aktiver Politiker sind, möchte ich Ihnen trotzdem eine politische Frage stellen: Seit einiger Zeit gibt es Verhandlungen über mögliche Friedensregelungen in Angola und Namibia. Welche Hoffnungen knüpfen Sie an diese Friedensgespräche?

PEPETELA: Ich bin und bleibe Realist, und mein Realismus paart sich mit meiner angeborenen skeptischen Grundhaltung. Aber ich muß feststellen, daß sich die südafrikanischen Truppen fürs erste aus Angola zurückgezogen haben.

Sicher nicht aus Liebe zum Frieden, sondern weil wir ihnen empfindliche Niederlagen bereitet haben. Zum ersten Mal sind auch weiße Südafrikaner gefallen, und das hat den Differenzierungsprozeß im weißen Lager verstärkt. Es gibt mittlerweile Hunderte weißer Deserteure.

Dazu kommt die veränderte internationale Lage. Ich nenne nur die politischen Initiativen der Sowjetunion, die Verstän-

digung zwischen den USA und der Sowjetunion, aber auch die Verhandlungsbereitschaft und das diplomatische Geschick unserer kubanischen Freunde. Wir brauchen den Frieden in Angola, weil unsere Kräfte erschöpft sind. Aber die anderen brauchen ihn ebenso.

Es wird also Kompromisse geben müssen, auf internationaler Ebene wie im nationalen Rahmen. Das internationale Klima scheint derzeit den Verständigungsprozeß zu begünstigen, und darum habe ich einige Hoffnung.

atom Nr. 23



Aus dem Inhalt

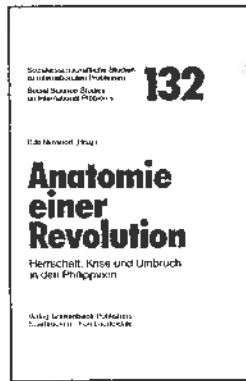
- ★ WAA: Das Anhörungsverfahren und die Herbstaktionen
- ★ Brokdorf: Die SPD und der Ausstieg
- ★ Internationales: Kanada, Japan, Brasilien, Polen
- ★ Startbahn-Schüsse: Staatliche Abrechnung und Verratsdiskussion

Außerdem wie immer: Standortberichte, Neues aus dem Wendland, Atommülltransporte, Kriminalisierung.

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,- Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Neue Bestelladresse: atom, Postfach 1109 2120 Lüneburg

Die Philippinen nach Marcos



Jahrelang war engagierte Literatur zu den Philippinen dünn gesät und blieb fast nur auf die Veröffentlichungen der rührigen Aktionsgruppen Philippinen (agphi) beschränkt. Mit dem zu einem gigantischen Medienereignis aufgepeppten Machtwechsel in Manila im Februar 1986 sollte sich dies ändern und schnell zu zahlreichen mehr oder weniger brauchbaren Veröffentlichungen zu dem südostasiatischen Inselstaat führen. Die jüngste ist vermutlich auch das wichtigste Produkt der Flut an Philippinenbüchern.

Rainer Werning (Hg.), **Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen.** José Maria Sison berichtet, Köln 1988, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, 257 S., 16,80 DM

ist ein gelungenes Zusammentreffen. Sison ist der Gründungsvorsitzende der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Werning hat sein für den kommunistischen Untergrund bis heute vielfach richtungsweisendes Werk „Philippinische Gesellschaft und Revolution“ (1970) bereits 1973 ins Deutsche übersetzt und ist seitdem als kenntnisreicher Kommentator der philippinischen Entwicklung (u.a. auch für die DRITTE WELT) bestens bekannt.

Noch ist der Sieg der NPA in weiter Ferne



Die beiden wählen für ihr gemeinsames Projekt einen gelungenen biographischen Einstieg: Sisons Weg als Sohn einer Großgrundbesitzerfamilie über die Politisierung in der (Hoch-) Schulzeit in Manila, sein Engagement in der Linken und in der 1980 gegründeten Kommunistischen Partei (PKP), die in den 60er Jahren nur ein kleines Häufchen war. Sie sollte bald zu einer konterrevolutionären Gruppe und zu einer Verbündeten von Marcos verkommen, während Sison 1968 eine neue, damals maoistische Partei, die CPP, sowie mit Bernabe Buscayno die Guerilla-Armee NPA gründete. Er wurde damit zum meistgesuchten Mann auf den Philippinen, ehe er 1977 verhaftet wurde. Erst im März 1986 erlangte er die Freiheit wieder.

Doch bereits im Oktober dieses Jahres verließ er aus Sicherheitsgründen seine Heimat und lebt derzeit – wenn er nicht auf Reisen ist – mit seiner Frau und ständigen Mitarbeiterin Julie in den Niederlanden. Auf den Philippinen ist er in Abwesenheit des Auftrags angeklagt worden – neben seinen Veröffentlichungen verdächtigt ihn der militärische Geheimdienst der Geld- und Waffenbeschaffung – und Frau Aquino hat seinen Paß für ungültig erklären lassen.

Sisons Gefährlichkeit für das Regime in Manila rührt, das wird in dem nun vorgelegten Gesprächsband überdeutlich, aus seiner Beharrlichkeit, den Weg zu einer nationaldemokratischen Revolution mit sozialistischer Perspektive zu propagieren und dabei als genialer und unermüdlicher Organisator und Strategie sowohl im militärischen als auch im politischen Kampf zu wirken.

In der Tat sind praktisch alle relevanten Organisationen der nationalistischen und linken Bewegung auf den Philippinen der vergangenen Jahrzehnte aufs engste mit dem Namen Sisons verknüpft: von den ersten progressiven Studiengruppen Ende der 50er Jahre an der University of the Philippines – in einem verhetzten antikommunistischen, proamerikanischen Klima – bis zur Gründung der CPP/NPA 10 Jahre darauf. Ausgehend von wenigen Dutzend schlecht ausgerüsteten Kämpfern stellt sie heute eine ernsthafte Herausforderung für die philippinische Armee dar.

Sison prognostiziert für die nächsten Jahre ein strategisches Patt zwischen beiden Parteien. Er geht dabei von der sich zunehmend bewahrheitenden Analyse einer sich verschärfenden sozioökonomischen Krise in seinem Heimatland, einer zielstrebigem Faschisierung des Aquino-Regimes und von verstärkt aufbre-

chenden Konflikten innerhalb des herrschenden militärischen und oligarchischen Establishments aus. Er hält einen Sieg der revolutionären Bewegung noch in diesem Jahrtausend für denkbar – „vorausgesetzt, es werden keine gravierenden Führungsfehler gemacht“. (S. 231)

Und hier darf wohl eine leichte Kritik angeführt werden: Werning agiert in diesem Gespräch – im Gegensatz auch zu seinen sonstigen Sison-Interviews – zu sehr als bloßer Stichwortgeber. Es fehlt mir manchmal der richtige Biß, das beharrliche Nachfragen – gerade wenn es um Fehler und Probleme der jüngsten CPP-Politik geht. Und derer gab es ja einige.

Natürlich kann und soll man nicht ständig auf der selbst eingestandenen fehlerhaften Boykottpolitik bei den Februarwahlen 1986 rumreiten, aber diese Fehler haben zum einen eine weitreichende innerkommunistische Diskussion über Strategie und Taktik des Verhältnisses von militärischem und politischem Kampf nach sich gezogen (etwa in dem hauptstädtischen Untergrundblatt „Praktika“), die in „Das Projekt Befreiung“ zu kurz kommt.

Zum anderen war für viele CPP-Aktivisten der einsam gefaßte Boykottbeschluss des fünfköpfigen Exekutivkomitees nicht nur ein einmaliger Lapsus, sondern Ausdruck eines vielfach spürbaren, nur bedingt funktionierenden „demokratischen Zentralismus“, der häufig als Einbahnstraße gesehen wird, bzw. existierender innerparteilicher demokratischer Defizite. Ein Vorwurf, den Sison in diesem Buch bezeichnenderweise mit den nun mal geltenden „Statuten der CPP“ (1986) abtut. Völlig fehlt in „Das Projekt Befreiung“ leider auch die weitreichende Auseinandersetzung und Problematik des städtischen Guerillakampfes der CPP/NPA, die der Bewegung etwa in Manila Sympathien aufgeschlossener Mittelstandsgruppen gekostet hat, der aber andererseits von zahlreichen Basisaktivisten und Slumbewohnern gefordert worden ist. Sicher ein vielschichtiges Thema, zu dem die Meinung Sisons eine Bereicherung gewesen wäre. Leider ist er nicht danach gefragt worden (oder die Passage wurde nicht ins Buch übernommen, wie bedauerlicherweise die spannenden Ausführungen zur außenpolitischen Neuorientierung der CPP, die im „Arbeiterkampf“ vom 22.8.1988 nachlesenswert sind).

Nichtsdestotrotz ist „Das Projekt Befreiung“ gelungen und ein absolutes Muß für alle, die sich mit revolutionären Strategien und Praktiken – nicht nur auf den Philippinen – auseinandersetzen wollen.

Wer zunächst relevante Basisinformationen sucht, der sei als erstes auf Tim Kuschnerus/Rainer Werning, **Die Philippinen unter Aquino. Facetten eines Machtwechsels**, Isp-Verlag, Frankfurt/M 1987, 142 S., 17,80 DM verwiesen. Die beiden agphi-Aktivisten zeichnen ein anschauliches Bild von der „People Power Revolution“ bis zum Mendiola-Massaker an den eine Landreform einklagenden Bauern, wo Kuschnerus Augenzeuge war. Damit waren die zahlreichen Hoffnungen, die man in „Cory“ gesetzt hatte, nach einem Jahr weitgehend verfliegen, zumal die strukturellen Probleme des Landes unangetastet blieben.

Die Autoren führen die relevantesten auf: das Scheitern der exportorientierten Entwicklungsstrategie, die ausbleibende Landreform, den massiven Einsatz von „vigilantes“ (Todeschwadronen) zur Aufstandsbekämpfung am Beispiel Negros, die militärische Präsenz der USA auf ihren beiden großen Stützpunkten, die Kontinuität des wirtschaftlichen Ausverkaufs und der absoluten Gefolgsamkeit der Regierung gegenüber IWF und Weltbank, die ungelösten Konflikte mit den Minderheiten im Süden (Moslems) und Norden (Igorot-Bergstämme) des Landes.

Die Beiträge sind stets knapp und prägnant, bieten in ihrer Gesamtheit einen guten aktuellen Überblick. Einziges Manko allerdings auch hier, daß einige „Facetten“ des Machtwechsels nur unzureichend behandelt werden: die Probleme und internen Diskussionen der Linken, die selbst nach deren eigenen Publikationen ausführlich darzustellen, manchem in der Soli-Szene wohl nicht geheimer ist.

Diese Probleme hat Heinz Kotte, **Das Parlament der Straße. Berichte von den Philippinen 1983-1987**, Fischer-Taschenbuch, Frankfurt/M. 1988, 238 S., 15,80 DM

erfreulicherweise nicht. In seiner Mischung aus Tagebuchnotizen, Zeitungsartikeln und Untersuchungen, die der Autor während seiner Tätigkeit beim Asian Social Institute in Manila aufzeichnete, verteilt er ohne Scheuklappen Lob und Kritik an die Gruppen, in die er seine ganzen Hoffnungen setzt(e): sowohl die mittelständischen Aquino-Anhänger, die letztlich das Hauptkontingent des Volksaufstandes vom Februar 1986 gegen Marcos stellten, als auch die Linke, die es den Aquino-Anhängern durch ihre Boykottpolitik erleichterte, sie aus dem Zentrum der politischen Entwicklung zu drängen. Die Dynamik der letzten Jahre vor Marcos' Sturz wird an den während dieser Zeit entstandenen Beiträgen sehr schön deutlich, nicht zuletzt an mancher nachträglich notwendigen politischen Neubewertung.

Von besonderem Interesse in Kottes Buch ist sicherlich – trotz mancher hier schulmeisterlich ammutender Passage – das Kapitel „Die Guerilla der New People's Army von Samar“. Diese Insel, wo der Autor sich im Oktober 1986 drei Wochen lang aufgehalten hat, wird weitgehend von der NPA dominiert. Deutlich wird dabei die quasi organische Entstehung des bewaffneten Kampfes unter den gegebenen sozialen und politischen Bedingungen in den ländlichen Philippinen.

„Da es keine Instanzen der Regierung gibt, die die Rechte der Bauern vertreten und eventuell einen Ausgleich der Interessen herbeiführen würde, sind sie auf Selbsthilfe angewiesen. Anders als in den Städten können sie keine großen Menschenmengen zum Eigenschutz oder zur Durchsetzung ihrer Rechte zusammenbringen. Daher bleibt ihnen keine andere Möglichkeit, als sich auch (wie die Großgrundbesitzer, F.B.) bewaffnet zu organisieren, d.h. als Miliz in den Barrios (= Dörfern; F.B.) und als reguläre NPA auf Front- oder Regions-ebene.“ (S. 135) Was in diesem Zusammenhang – und zwar in der gesamten Philippinen-Literatur – fehlt, wäre eine konkrete Darstellung der Situation, der Veränderungen in einem NPA-Gebiet, eine „Innenansicht“ der philippinischen Revolution.

Kottes Werk läßt sich ansonsten nur empfehlen, wobei noch das Kapitel über die Zweifeltigkeiten bundesdeutscher „Entwicklungshilfe“ und die eindringliche, mit gut recherchiertem Faktenmaterial versehene Darstellung des Lebens der ZuckerarbeiterInnen von Negros hervorgehoben zu werden verdienen. Vermutlich den besten Einstieg für Philippinen-Neulinge haben

Lukas Schwarzacher/Hermann Vinke, **Philippinen: Die unvollendete Revolution**, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1987, 281 S., 29,80 DM

vorgelegt. Flott, ja spannend geschrieben, reich bebildert und mit zahlreichen Dokumenten und Gedichten versehen, geben die beiden Journalisten einen vielfältigen Einblick in die philippinische Kolonialgeschichte, die US-Herrschaft und ihre bis heute reichenden Auswirkungen, die Zeit der Marcos-Diktatur, seines Sturzes und die mehr und mehr enttäuschten Hoffnungen des philippinischen Volkes. Eingeflochten sind darin Anmerkungen zur ökologischen und ökonomischen Krise, zu Menschenrechtsverletzungen, zu den ethnischen Minderheiten und zahlreiche Kurzbiographien aus der philippinischen Elite. Außerdem enthält das Buch ein spannendes Interview mit dem Sison-Nachfolger an der Spitze der CPP, Rodolfo Salas, der unter Aquino inhaftiert wurde.

Die Schwäche des Buches ist – neben einigen Unkorrektheiten, einer manchmal reißerischen und oft rein personalisierten Betrachtungsweise – die fehlende gesellschaftliche Analyse der wichtigsten Gruppen und Fraktionen des derzeitigen Geschehens. Die Todeschwadronen werden zum „Wahnsinn einer Stadt“, wer dahinter steht, erfährt man nicht. Das „Grundübel der philippinischen Opposition“ ist: die „Uneinigkeit“. Wo sie herrührt, weiß scheinbar kein Mensch.

Und daß die philippinische Revolution eine unvollendete blieb, da „Aquino ein politisches Erbe“ übernahm, „dem sie nicht gewachsen war“, erinnert eher an Großmutter Märchenstunde denn an engagierten politischen Journalismus.

Eine Enttäuschung ist trotz des vielversprechenden Titels

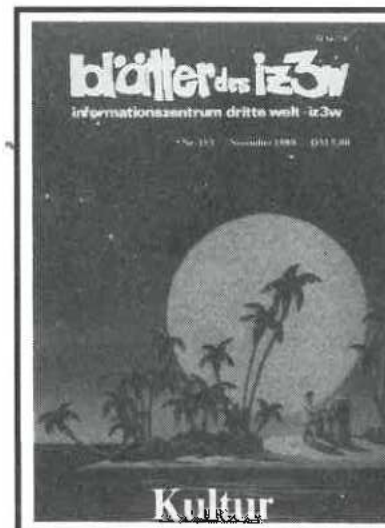
Udo Nimsdorf (Hg.), **Anatomie einer Revolution. Herrschaft, Krise und Umbruch in den Philippinen**, breitenbach, Saarbrücken/Fort Lauderdale 1988, 248 S., 34,- DM.

Aus einem sich auch während der Lektüre nicht aufhellenden Grund wollen die sieben AutorInnen anhand der Revolutionstheorie Johan Galtungs überprüfen, inwieweit die philippinische „Februarrevolution“ von 1986 tatsächlich eine Revolution gewesen ist. Dabei wird ein Rückblick bis auf den antiphanischen Aufstand von 1896 gegeben, der – da es nur auf die Sekundärliteratur gestützt – in einer Übersetzung des Standardwerkes des philippinischen Historikers Constantino weit nützlicher gewesen wäre.

Die ständige Aufpflöpfung Galtung'scher Kategorien von „under-dog“ bis „top-dog“ führt zu teilweise grotesken Passagen, was offenbar der „Wissenschaftlichkeit“ geschuldet ist. Wie dann allerdings ein langes Kapitel zum Mindanao-Konflikt völlig zusammenhanglos aufgenommen werden kann, oder die AutorInnen es vermögen, das zentrale Werk des wichtigsten philippinischen Revolutionstheoretikers, Sison, nur aus der Sekundärliteratur zu kennen, bleibt unklar.

Als „Fazit“ stellen sie dann fest, nur das Zusammengehen von „Assoziationisten“ – gemeint ist der Aquino unterstützende Mittelstand – und „Revolutionären“ hätte als einziger von Galtungs Bedingungsfaktoren für eine Revolution gefehlt. Nur daß sich ein Großteil der „Assoziationisten“-Führer als „Dissoziationisten“ – gemeint sind die weiter auf knallharte Unterdrückung jeglicher Opposition setzenden Kräfte – entpuppt hätte bzw. zu diesen übergewechselt wären, das kann auf diese abstrakte Weise nicht diskutiert werden. Vermutlich hat Galtung dazu auch nichts gesagt.

Frank Braßel



Die blätter über Kultur

Mit Beiträgen über:
Exotismus, Auswärtige Kulturpolitik,
Kulturimperialismus, Capoeira in
Brasilien, Erzähltradition in Afrika,
Buchrezensionen u.a.

Nr. 153, Nov. 1988, 68 Seiten
Einzelheft 5 DM + 1,50 DM Porto

8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM
blätter des iz3w Freiburg
zu bestellen bei: iz3w, Pf. 5328
7800 Freiburg i. Brsg.
Für den Buchhandel
Profil Vertrieb
Gießen

MARXISTISCHE BLÄTTER

Wir suchen die Diskussion um alle Fragen, die die sich verändernde Realität aufwirft. Wir brauchen auf unserer Überzeugung, daß Bewegung Theorie braucht und Theorie Bewegung nutzen muß. Wir ringen um das Gemeinsame und legen Streitpunkte offen. Linke Politik und globales Denken gehören für uns ebenso zusammen wie Wissenschaft und sozialer Fortschritt, wie Arbeiterklasse und Intelligenz oder Demokratie und Sozialismus. Wir mischen uns ein. Es lohnt sich.

Lassen Sie sich von MARXISTISCHE BLÄTTER überzeugen. Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an.



Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an. Schicken Sie diesen Coupon an die VVG, Postfach 101555, 4040 Neuss 1.

Name: _____
 Anschrift: _____
 Telefon: _____

Lesermeinungen • Standpunkte

Statt sich bei mir ein Beispiel zu nehmen

Betr.: „Unkonkret“ von N. Biver in DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 47

Wenden wir uns ... der Biverschen Argumentation zu, d.h. vielmehr seinem Bemühen, die Argumente, die ich gar nicht gebraucht habe, zu entkräften und meine Motive für das Attentat, das ich gar nicht begangen habe, zu desavouieren. Zunächst ist es für ihn offensichtlich ein Mißverhältnis, auf die Untersuchung „einer 30zeiligen redaktionellen Erklärung ... ganze zwei Seiten“ zu verwenden. Das mag er nun halten, für was er will; der Punkt, von dem an mir ein Anlaß klein genug ist, an ihm Anstoß zu nehmen (den mir die Redaktion im anstößigen Text gar geben wollte), ist allein meine Sache, und sich aufzuplustern, um dem zu entgehen, erregt erst recht meine Aufmerksamkeit.

Was nun im speziellen Fall dieser Anlaß gewesen war, ist für Biver ein einziges Rätsel, dem mit etlichen „anscheinend“ und einigen „Vermutungen“ erfolglos auf die Spur kommen zu wollen, er doch gar nicht nötig hat. Immerhin gelingt es ihm ja fast fehlerfrei, aus dem dreifachen Anstoß, den ich genommen habe, einen Aspekt (das Heuchlerische des Editorials) zu zitieren: „wir würden einen ‚Doktrinwechsel‘ zu einer Layoutfrage‘ retuschieren“. Die Absurdität der Biverschen Behauptung, diese, meine Aussage sei der Schluß daraus, daß mich Ihr Versuch, das Zeitschrift „Layout (zu) verbessern, um mehr LeserInnen zu gewinnen“, gestört hätte, bekommt allerdings dann einen Sinn, wenn man merkt, daß ihm zur Heucheleifestellung sonst nichts einfällt.

Dieser Argumentationsnot mag auch geschuldet sein, daß ihm die Zitierung des zweiten Aspekts so vollständig mißlungen ist: „die Zeitschrift würde sich von ihrem Konzept des Antimperialismus verabschieden“. Daran nehme ich doch keinen Anstoß! Ich habe sogar geschrieben: „endlich ...“, dann weiter: „bloß: wieder auf Geheiß und, um Himmels willen, in welche Richtung?!“ Deswegen entfaltet der Biversche Satz, „Marquardt meint wohl, daß nur Antimperialismus drin ist, wenn auch Antimperialismus drauf steht“ (er meint wohl: draufsteht), aber nur die kurzlebige Süße jenes Produkts, aus dessen Reklame er entlehnt ist. Das könnt' ihm so passen, daß ich der Meinung wär', in den 18 Jahrgängen des „AIB“ müsse Antimperialismus drin gewesen sein, nur weil's draufgestanden hat.

Noch waghalsiger werden die Biverschen Ausführungen, wenn es nicht mehr nur darum geht, meine Quintessenz nicht wiedergeben zu können, sondern auch darum, meinen Weg dorthin übersehen zu müssen. „Kein Wort dazu, was die DRITTE WELT ist, welche Themen sie behandelt, welchen Standpunkt sie vertritt“, hätte ich geschrieben; „auf jegliche Diskussion der Inhalte der DRITTE WELT“ hätte ich verzichtet; „anscheinend nicht über die Seite 2 hinausgekommen“ wäre ich. Gottogott!

Da gibt's das Editorial einer Zeitschrift, in dem die Redaktion begründet, „was die DRITTE WELT ist“ (in „Weiterentwicklung vom AIB“), in der sie darlegt, „welche Themen sie behandelt, welchen Standpunkt sie vertritt“ („ohne von ... abzurücken, ohne an ... Abstriche zu machen“), und ich beziehe mich auf dieses Editorial, mehr: zitiere mehr als seine Hälfte wörtlich und schließe daraus meine Schlüsse — und dann dieser Vorwurf! Das ist

gar zu arg! Aber es kommt ja noch besser: die „Inhalte der DRITTE WELT“ diskutieren, „über die Seite 2 hinauskommen“ hätte ich nämlich müssen, um begründen zu können, was ich im Editorial gelesen habe! „Bitte, lieber Leser, nimm nicht so ernst, was wir über unsere Zeitschrift sagen, blättere stattdessen schnell weiter und schau“, was wir trotzdem darin veröffentlichen!“ — Biver gibt ja sogar jeden Versuch auf abzustreiten, Sie seien erappt worden.

Dafür geht's jetzt ans Denunzieren. Statt sich bei mir ein Beispiel zu nehmen, wie durch genaues Zitieren dem Text selbst jener Sinn zu entlocken ist, den das Zitierte verbergen soll (obwohl der Versuch an meinem Text, der nichts verbirgt, sondern das aus dem Verborgenen holt, was Sie vermeiden wollten zu sagen, notwendig zuschanden werden müßte), drapiert Biver nun Zitattfetzen derart schön, daß der Marquardt schließlich, frierend ob seiner Blöße, als kalter Krieger dasteht. Den Schritt zur objektiven Fälschung tut Biver dann endgültig mit folgendem Satz: „Unsere Sprache mache bereits deutlich, welche diese Instanzen (hinter dem Doktrinwechsel) sind, würden wir doch das 'russische deutsche Lieblingswort' Öffnung' verwenden.“ Grammatikalisch unzweideutig behauptet er damit, ich hätte einen solchen Unfug in etwa dieser Formulierung explizit hingeschrieben (die Absurdität ergibt sich ja allein schon daraus, daß ich! gemeint haben soll, Ihre Sprache mache irgendetwas deutlich!). Als bewußte Fälschung zeigt sich dies eindeutig dadurch, daß Biver hier zum ersten und einzigen Mal den indirekt zitierenden Konjunktiv benutzt.

Nachtragen will ich ihm das aber nicht, meint er doch, mit meinem „russischen deutschen Lieblingswort“ mich endlich einmal seinerseits auf einer „Schludrigkeit“ ertappen zu können: „Hier lassen Marquardt ... seine Russischkenntnisse im Stich. ‚Glasnost‘ heißt ‚Offenheit‘, und nicht ‚Öffnung‘.“ Hal! Sauber hat er's mir da gegeben! Nur muß ich leider anmerken, daß ich weder eine Übersetzung des Wortes „Glasnost“ versucht habe noch irgendwelche Russisch-Kenntnisse besitze, die mich hätten im Stich lassen können. (Da ich allerdings Deutsch-Kenntnisse besitze, bin ich durchaus in der Lage, Russisch-Wörterbücher zu lesen, in denen ich jedesmal finde, daß „Offenheit“ auch nicht entfernt „Glasnost“ heißt, „Glasnost“ dafür aber „Öffentlichkeit“.) Und ich muß weiterhin gestehen, daß ich beim Abfassen der Glosse tatsächlich daran gedacht habe, das Wort „russische“ auch noch in Anführung zu setzen, um selbst Sie auf seinen satirischen Gebrauch hinzuweisen — allein, dann hab' ich an all' die anderen Leser gedacht, die gerade das verwirrt hätte, und hab's gelassen.

In der Tat meine ich, daß das „russische“ (beachten Sie bitte die Anführung!) deutsche Lieblingswort von „Glasnost“ herrührt, jedoch nicht mit ihm identisch ist und seine besondere Wertschätzung dadurch erhält, daß sich mit ihm die Hoffnung auf eine „Öffnung“ der Sowjetunion nach Westen verbindet — während hierzulande das damit ausgedrückte Ziel einer innerparteilichen und innergesellschaftlichen „Öffentlichkeit“ niemand kümmert.

Klaus Marquardt, Bochum

Je kürzer ein Brief ist, umso größer ist die Chance, daß er auf dieser Seite veröffentlicht wird. Wir behalten uns gegebenenfalls Kürzungen vor.

Buchtip

Waffengeschäfte mit den Golfkriegspartnern



Laut SIPRI-Jahresbericht 1987 lagen die weltweiten Waffenexporte 1987 bei über 35 Mrd. \$, wovon über 20% in die Krisenregion Persischer Golf gingen. Wie sich dieser Waffenhandel seit den 50er Jahren v.a. in den Irak und den Iran entwickelte, enthüllt akribisch

Kenneth R. Timmermann, Öl ins Feuer, Internationale Waffengeschäfte im Golfkrieg, Verlag Orell Füssli, Zürich und Wiesbaden 1988, 344 S., 44,80 DM

Er zeigt auf, wie sich die Waffenverkäufe den jeweiligen geostrategischen Interessen der Lieferländer (USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien oder Israel) unterordnen, wie die Waffen unter Einschaltung der Geheimdienste und Waffenhändler ihr Ziel erreichten oder wie

Termine

2.-4. Dezember

„Weiter abstrahieren! Friedliche Wege in die Zukunft.“ Kongreß der Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden e.V. in Tübingen. Anmeldung: Prof. Dr. H. Kneser, Institut für Genetik, Weyertal 121, 5000 Köln 41, Tel. 0221-4703815

8.-10. Dezember

„Europäische Konferenz gegen die Aggression Südafrikas gegen Angola und Namibia“ in Bonn. Nähere Informationen bei: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 0228-213288

9.-11. Dezember

Seminar „Wie ein Ozean auf Wüstenboden. Die tropischen Regenwälder, ihre Bewohner, ihre Zukunft“ in Dortmund. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Helmut Hagemann, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 05733-6800/2877

13. P5. Januar

Seminar „Wie Hunger entsteht — und was wir dagegen tun können“ in Freudenberg (bei Siegen). Veranstalter ist das FoodFirst Informations- & Aktionsnetzwerk (FIAN). Anmeldung: FIAN-Versand, Overwegstr. 31, 4690 Herne

Januar-September

5. Türkei-Kurs der Reisenden Schule. 9-monatiger Intensivkurs in der BRD und der Türkei. Vorbereitungstreffen vom 2.-4. Dezember d.J. in Mennig. Informationen: Reisende Schule, Bolderstr. 3, 3530 Warburg, Tel. 05641-8954

sie über Schwarzmarkte in Drittländer zum Zwecke der Geheimhaltung verschoben wurden. Leider fehlt in dem spannenden und informativen Buch ein Quellenachweis sowie weiterführende Literatur.

Jürgen Roth, Die illegalen deutschen Waffengeschäfte und ihre internationalen Verflechtungen. Hundert Jahre Kriegskartell, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1988, 227 S., 24 DM

widmet sich ebenfalls Rüstungslieferungen an die Golfkriegspartnern. Anhand von schwedischen Zollunterlagen, Dokumenten verschiedener Rüstungsfirmen und Gesprächen mit Waffenhändlern zeigt Roth die Existenz eines konspirativ arbeitenden europäischen Kriegswaffenkartells auf, das um hoher Profite willen vor allem den Iran mit Rüstungsgütern versorgt.

Dabei belegt er u.a. die maßgebliche Rolle, die bundesdeutsche Firmen, darunter Dynamit Nobel, die bundeseigene Fritz Werner GmbH oder Thyssen-Henschel, dabei spielen.

Medien

Broschüren zu Ökologie und Dritte Welt

Unter dem Titel „Ökologie und Dritte Welt“ hat der Jugendverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) eine ebenso informative wie interessant gestaltete Aktionsmappe herausgegeben. Neben dem 20seitigen Jugendpressedienst „umwelt“ enthält die Aktionsmappe u.a. Flugblätter zu den Themen „Hände weg vom Tropenholz“, „Exportlandwirtschaft und die Folgen“, „Weltbank und Ökologie“ sowie ein Faltblatt „IWF — Aufbau und Funktion“. Desweiteren liegen Aktionstips, Musterpresseerklärungen, Literaturhinweise und eine Referentenliste bei. Zu beziehen ist die Mappe bei der BUND-Jugend, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3.

Mit der Broschüre „Nicht den Ast absägen“ verdeutlicht die Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V. (ARA), was der Verbraucher hierzulande für den Schutz der Regenwälder tun kann. Musteranträge an Gemeindeverwaltungen und viele weitere Tipps regen diesbezüglich zum Handeln an. Zudem wird an Länderbeispielen aufgezeigt, daß die Dritte Welt im Tropenholzgeschäft auf Dauer der größte Verlierer ist. Die 40seitige Broschüre kann gegen Einsendung von 5,70 DM in Briefmarken bei ARA e.V., Postfach 531, 4800 Bielefeld 1 bezogen werden.

Rüstungsexporte

Bonn mußte aus Tornado-Geschäft aussteigen

Bereits vor über einem Jahr hatte die Bundesregierung ihre Beteiligung an der Finanzierung von acht Tornado-Kampfflugzeugen für Jordanien beschlossen. Nun gab Bundeskanzler Kohl am 28. Oktober d.J. den bundesdeutschen Rückzug aus dem Geschäft bekannt, nachdem dieses durch die Meldung der „tageszeitung“ bekannt geworden war. Sowohl die Oppositionsparteien als auch die FDP und Teile der CDU hatten sich nunmehr gegen eine Beteiligung ausgesprochen. Der Tornado ist eine Gemeinschaftsproduk-

Infos zur Solidarität

tion zwischen Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien. Die BRD sollte sich ursprünglich an der Finanzierung der Tornado-Exporte mit einem Kredit von 370 Mio DM beteiligen, wovon 48 Mio DM auf die überwiegend bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) entfallen sollten. Die KfW ist die wichtigste Institution öffentlicher Entwicklungshilfe der BRD.

Keine Einwände erhebt die Bundesregierung nach wie vor gegen die Lieferung der Kampfflugzeuge durch Großbritannien. Nach Meinung der Bundesregierung besteht in dieser Frage kein bundesdeutsches Vetorecht, da man in den für den Tornado abgeschlossenen Kooperationsverträgen darauf verzichtet habe, einen der Vertragspartner am Export der Kampfflugzeuge zu hindern. Ein Direktexport der Tornados aus der BRD nach Jordanien wäre verboten, da die Region als Spannungsgbiet gilt.

Palästina

Unterschriftensammlung unter symbolischen Friedensvertrag

Das Palästina-Forum (siehe DRITTE WELT, Nr. 7/1988, S. 40) hat sich auf einer Beratung Ende Oktober d.J. in Bonn zu einer Kampagne entschlossen, mit der Unterschriften unter den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und einem Palästina-Staat gesammelt werden sollen. Mit der Propagierung dieser von jüdischen und arabischen Intellektuellen im Juni 1988 vereinbarten Friedensplattform möchte das Forum hierzulande für eine gerechte, friedliche Nahostlösung werben und den Dialog zwischen Israelis und PalästinenserInnen fördern helfen. Anlässlich des zweiten Jahrestages des palästinensischen Aufstands in den besetzten Gebieten bringt das Bündnis die zweite Ausgabe seiner Zeitung „Palästina-Forum“ heraus. Bestellungen sind erwünscht!

Der symbolische Friedensvertrag (voller Wortlaut in: DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 17) fußt auf den Prinzipien: Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten; gegenseitige Anerkennung des Existenzrechts durch Israel und den Palästina-Staat; Friedensvertrag und Nichtangriffspakt zwischen diesen und internationale Sicherheitsgarantien. „Wir rufen hiermit“, so die Unterzeichner, „die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen zu verwirklichen...“

UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG

Ich unterstütze den symbolischen Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina. (Mit einer eventuellen Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden — ja/nein).

Name	Beruf
Wohnsitz	Unterschrift

Bitte einsenden an: Palästina-Forum, Jan Müntinga, c/o SHO Najdeh, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1

Chile

Opposition verlangt Verfassungsänderung

Chilenischen Presseberichten von Mitte Oktober d.J. zufolge ist es einem Teil der Militärjunta nur mit Mühe gelungen, Diktator Pinochet nach seiner Niederlage beim Referendum vom 5. Oktober d.J. von einem Putschversuch abzuhalten. Geplant war, gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Regimeanhängern und der Opposition anzuzetteln, die den Vorwand für eine Intervention der Streitkräfte geliefert hätten.

Der Plan wurde verworfen, weil sich Luftwaffenchef Matthei, Polizeioberbefehlshaber Stange und Marinebefehlshaber Merino weigerten, Ausnahmevollmachten für Pinochet zu unterzeichnen. Diese Vorwürfe der Oppositionszeitung „La Epoca“ vom 16.10.1988 wurden von dem regimetreuen Magazin „Que Pasa“ bestätigt.

Trotz wachsender Kritik innerhalb des Militärs und Differenzen unter seinen zivilen Anhängern, die u.a. durch einen zweimaligen Rücktritt der Regierung im Oktober deutlich wurden, will Pinochet bis zu dem in der Verfassung vorgesehenen Ende seiner Amtszeit 1990 im Amt bleiben. Er lehnt die Forderungen der nun im Pakt für die Demokratie zusammengeschlossenen 16 Oppositionsparteien kategorisch ab. Diese verlangten Mitte Oktober Gespräche mit der Militärjunta über eine Änderung der Verfassung. Dazu gehören die Abhaltung vorgezogener freier Wahlen zu einem verfassungsgebenden Parlament, die Aufhebung des Verbots linker Parteien sowie die Aufhebung der Bestimmung, daß die jetzigen Oberbefehlshaber der Waffengattungen – darunter Pinochet für das Heer – bis 1997 im Amt bleiben dürfen.

Das Bündnis beschloß außerdem, für die am 14.12.1989 geplanten Präsidentschaftswahlen einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die größten Chancen werden dem Sprecher des Paktes für die Demokratie und Vorsitzenden der Christdemokraten, Patricio Aylwin, eingeräumt.

Die Vereinigte Linke (IU), die fünf Parteien umfaßt, bekräftigte auf einer Kundgebung am 23. Oktober durch ihren Vorsitzenden Clodomiro Almeyda erneut die Forderung nach sofortigem Rücktritt Pinochets. Der ehemalige Außenminister der Regierung Allende und Vorsitzende der Sozialistischen Partei war am 18. Oktober nach über einjähriger Haft durch eine Kampagne im In- und Ausland freigekommen. Er bekräftigte die Notwendigkeit, mit der bürgerlichen Opposition zusammenzuwirken. Die Parteien der IU gehören, mit Ausnahme der Kommunisten und der Bewegung der Revolutionären Linken, auch dem Pakt für die Demokratie an.

Kamputschea

Rote Khmer in der Defensive

Am 17. Oktober d.J. eröffnete der indonesische Außenminister Ali Alatas in Jakarta eine Gesprächsrunde zwischen Vertretern der am Kamputschea-Konflikt beteiligten Parteien. Sie fand im Rahmen einer Arbeitsgruppe statt, die auf dem ersten informellen Ministertreffen vom 25.-27. Juli d.J. im indonesischen Bogor (siehe DRITTE WELT, Nr. 10/1988, S. 25f.) gegründet worden war. Ihre Aufgabe ist es, bis Dezember d.J. konkrete Vorschläge für eine politische Lösung des Konflikts zu erarbeiten, und sie einem zweiten für Mitte Januar 1989 geplanten Ministertreffen zu unterbreiten. An den jetzigen Gesprächen, die ohne Ergebnis

Israel

Rechtsruck bei den Parlamentswahlen

Bei den Parlamentswahlen in Israel am 1. November d.J. konnte keine Partei die absolute Mehrheit im Parlament (Knesseth) erringen. Dem Endergebnis zufolge ging der rechtskonservative Likud-Block mit 40 der insgesamt 120 Sitze als stärkste Partei aus den Wahlen hervor. Er verlor einen Sitz.

blieben und im Dezember fortgesetzt werden sollen, hatten Vertreter Kamputscheas, Vietnams, Laos', der Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und der Koalitionsregierung des Demokratischen Kamputschea (CGDK) teilgenommen. Deren wichtigstes Mitglied, die Roten Khmer, waren dem Treffen jedoch ferngeblieben.

Der Grund hierfür dürfte darin bestehen, daß sich die Verhandlungen immer mehr auf die Frage konzentrieren, wie eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer verhindert werden kann, womit der vietnamesische Truppenabzug in den Hintergrund gerät. So hat u.a. auch die ASEAN gefordert, daß die Roten Khmer nicht mehr an die Macht gelangen dürften.

Symptomatisch für diese Entwicklung ist auch eine Entschließung der UN-Vollversammlung von Anfang November d.J., in der bereits zum neunten Mal mit überwältigender Mehrheit der Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Kamputschea verlangt wird. Allerdings wurde diesmal davor gewarnt, zu den „weltweit verurteilten Politiken und Praktiken der jüngeren Vergangenheit“ zurückzukehren.

Um ihre Isolierung zu durchbrechen und im Hinblick auf die bevorstehende UN-Abstimmung hatten die Roten Khmer sich am 22. Oktober der Forderung ihrer Koalitionspartner Norodom Sihanouk und Sonn Sann nach Entsendung einer internationalen Friedenstruppe als Teil einer Konfliktregelung ausgesprochen. Damit soll der Druck auf die kamputscheanische Regierung und Vietnam verstärkt werden, die dieses Ansinnen ablehnen.

Die rechtssozialdemokratische Arbeiterpartei unter Shimon Peres erzielte mit 39 Sitzen vier weniger als 1984. Als eigentlicher Gewinner der Wahlen müssen die orthodox-religiösen Parteien (Degel Hatora, Agudat Israel, Schas, Nationalreligiöse Partei) bezeichnet werden, die ihre Mandate von 13 auf 18 steigern konnten.

Die Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadash) mit KP-Generalsekretär Meir Vilner als Spitzenkandidat konnte ihre vier Mandate verteidigen. Die Fortschrittsliste für Frieden verlor eines ihrer bisher zwei Mandate, die von der Arbeiterpartei abgespaltene Arabische Demokratische Partei erhielt einen Sitz. Die der Arbeiterpartei nahestehenden Parteien Mapam, Schinui und die Bürgerrechtsliste Ratz kamen auf drei (1984: drei), zwei (1984: drei) bzw. fünf (1984: drei) Mandate. Das Wahlergebnis kommt damit einem Patt gleich. Weder Shamir's Likud-Block mit Unterstützung der kleineren Rechtsparteien noch die Arbeiterpartei mit Unterstützung ihrer traditionellen, kleineren Koalitionspartner ist in der Lage, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, ohne dabei auf die orthodox-religiösen Parteien zurückzugreifen.

Likud-Führer Shamir schloß, anders als vor der Wahl, auch eine Neuaufgabe der großen Koalition mit der Arbeiterpartei nicht mehr prinzipiell aus. Bedingung sei jedoch die Aufgabe der von Peres vertretenen Forderung nach einer internationalen Nahostfriedenskonferenz, welche von Shamir strikt abgelehnt wird. Von Peres' Seite verlautete hingegen, daß es mit dem Likud keinen gemeinsamen Weg mehr



Wahlkampfeinsatz eines Mitglieds der Arbeiterpartei (r.)

gäbe. Vielmehr prüfe auch die Arbeiterpartei die Kooperationsmöglichkeiten mit den religiösen Parteien. In den zu erwartenden langen und schwierigen Koalitionsverhandlungen dürfte der Likud-Block jedoch die größeren Chancen haben, das nationalreligiöse Lager auf seine Seite zu ziehen. Beiden gemein ist die strikte Ablehnung jedweder Friedensverhandlungen oder eines Rückzugs aus den besetzten Gebieten.

Palästina

Neuaufgabe der „jordanischen Option“?

Am 22. Oktober d.J. kam Yassir Arafat, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), zu einem überraschenden Treffen mit Ägyptens Staatspräsident Mubarak und dem jordanischen König Hussein in Akaba zusammen. Der Zweck des Gipfels bestand nach Angaben Arafats sowie der ägyptischen Regierung darin, eine Einigung auf eine einheitliche arabische Position für die baldige Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz zu erzielen. Zudem sei es im Hinblick auf die israelischen Parlamentswahlen vom 1. November d.J. auch darum gegangen, dem israelischen Wähler die Existenz einer arabischen „Friedens- und Verhandlungsfreund“ zu signalisieren.

Unerwartet wurde bei dem Treffen auch die „jordanische Option“ (vgl. AIB 4/1985 und 7/1985) neu aufgeworfen, d.h. die Idee einer Konföderation eines unabhängigen Palästinenstaates mit Jordanien. Sie galt seit Februar 1986 als gescheitert. Hussein erklärte in diesem Zusammenhang auch erneut seine Bereitschaft zur Bildung einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation bei zukünftigen Friedensverhandlungen, falls die Palästinenser dies ausdrücklich wünschten. Auf scharfe Kritik stießen diese Pläne bei Palästinenserorganisationen innerhalb und außerhalb der PLO. Die Volksfront (PFLF), das Generalkommando (PFLP-CG) und die Volks-

kampffront (PPSF) sprachen von einer Kapitulationslösung bzw. von Versuchen, die Intifada zu unterminieren.

Angola-Namibia

Eine Konfliktlösung wird verzögert

Der von den Verhandlungspartnern Angola, Kuba, Südafrika und USA auf den 1. November d.J. festgelegte Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates über die Unabhängigkeit Namibias kann nicht eingehalten werden. Die Gründe sind in weiter fortbestehenden Differenzen über den Abzug der kubanischen Einheiten aus Angola und über die Unterstützung der USA für die Contras der Nationalunion für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) zu suchen. Laut Angaben des südafrikanischen Außenministeriums vom 1. November d.J. sollen die USA bei einem Treffen der Verhandlungspartner am 8./9. Oktober in New York einen Zeitplan für den Abzug der kubanischen Einheiten vorgelegt haben. Danach sollen bis zum 1.1.1989, dem neuen Zeitpunkt für die Anwendung der Resolution 435, 4.000 kubanische Soldaten Angola verlassen haben. Bis zum 30. Juni 1989 soll die Hälfte der Truppen abgezogen und der Rest nördlich des 13. Breitengrades verlegt sein.

Am 1. August 1989 wurden Wahlen in Namibia stattfinden. Ein Jahr später sollen 75% der Kubaner Angola verlassen haben, der Rest bis zum 1.8.1991. Obwohl Südafrika einen noch schnelleren Rückzug wünscht – ursprünglich innerhalb von 7 Monaten –, erklärte das Außenministerium, man habe den USA vor dem vereinbarten Termin vom 13. Oktober mitgeteilt, man sei flexibel was den Vorschlag angehe. Angola und Kuba hätten nicht auf den US-Plan reagiert. Die kubanische Botschaft in Lusaka hatte am 19. Oktober verlauten lassen, nicht der Zeitplan für den Abzug sei das Problem, sondern die Bedingungen unter denen er stattfinden soll. Ein Hindernis für einen schnelleren Abzug der kubanischen Einheiten bleibt weiterhin die Weigerung der USA, auf die militärische Unterstützung der UNITA zu verzichten. Dies ist Grund genug für Angola und Kuba, die US-Präsidentschaftswahlen abzuwarten, da Mike Dukakis im Gegensatz zu George Bush eine weitere Finanzierung der Contras ablehnt.

Dritte Welt

Alternativer Nobelpreis vergeben

Am 11. Oktober d.J. sprach die schwedische Stiftung für verantwortungsbewußte Lebensführung den alternativen Nobelpreis 1988 der malaysischen Umweltschutzgruppe Sahabat Alam, dem brasilianischen Ökologen José Lutzenberger und dem britischen Architekten John Turner zu. Seit 1980 wird diese mit 100.000 \$ dotierte Auszeichnung alljährlich an Personen und Gruppen verliehen, die „beispielhafte Lösungen zu schwierigen Problemen unserer Zeit“ erarbeiten. Sahabat Alam, eine Gruppe der internationalen Ökologiebewegung Freunde unserer Erde, wurde von der internationalen Jury für ihren Kampf um die Erhaltung der tropischen Wälder in Malaysia ausgezeichnet. Als Gründer der brasilianischen Umweltbewegung gilt der Agrarchemiker J. Lutzenberger. Sein Engagement in Brasilien zeigte, daß eine giftfreie

Landwirtschaft möglich und wirtschaftlich ist. J. Turner wirkte an der Entwicklung von Selbsthilfeprogrammen in Peru mit und setzte sich für eine an den Bedürfnissen der Ärmsten orientierte Städteplanung und einen alternativen Wohnungsbau ein. Den Ehrenpreis erhielt die Dänin Inge Kamp-Genefke, Gründerin und Leiterin eines 1982 in Kopenhagen entstandenen Zentrums zur Pflege und Rehabilitation von Folteropfern. Die offizielle Preisverleihung findet am 9. Dezember d.J. in Stockholm statt.

Lateinamerika

Gruppe der Acht fordert neuen Nord-Süd-Dialog

Verschuldung, wirtschaftliche Integration und Entwicklung waren die wichtigsten Themen des zweiten Treffens der Staatsschefs der Gruppe der Acht in Punto del Este (Uruguay) vom 27.-29. Oktober 1988. Der Staatengruppe, die ihren Ursprung in den Vermittlungsversuchen im Mittelamerikakonflikt hat, gehören Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Panama, Peru, Uruguay und Venezuela an. Im Gegensatz zu ihrem ersten Treffen in Mexiko im November 1987 war Panama diesmal wegen der Absetzung des Präsidenten Delvalle im Februar d.J. von den Beratungen ausgeschlossen.

Einziges konkretes Ergebnis der Konferenz war die Einberufung eines Finanzministertreffens noch vor Jahresende in Brasilien mit dem Ziel, „Mechanismen für die Verringerung der Verschuldung und der Steigerung der Finanzzuflüsse vorzuschlagen, die unentbehrlich für die Entwicklung unserer Länder sind“. Bei diesem Treffen soll ein sog. Rio-Club in Analogie zum Pariser Club der Gläubigerstaaten gegründet werden.

Der brasilianische Finanzminister Mailson da Nobrega betonte, daß damit nicht die Gründung eines Schuldnerkartells beabsichtigt sei. Vielmehr soll sich der Club mit der Erleichterung der intraregionalen Verschuldung befassen.

In ihrer Abschlusserklärung forderten die Staatsschefs einen „neuen Dialog“ mit den Industriestaaten über das Nord-Süd-Verhältnis und die Verschuldung. Sie verwiesen auf die Möglichkeit, daß durch die Entspannungs- und Abrüstungspolitik der Großmächte Mittel für eine sozial gerechtere Weltordnung freigegeben werden könnten. Die USA forderten sie zu einem „sofortigen Dialog“ über die Beilegung politischer und wirtschaftlicher Spannungen auf.

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 131/September 1988

Schwerpunkt: IWF/Weltbanktagung • Überblick • Gegenaktionen • Kongresse • Tribunal • Kontaktadressen • Präventivparagraf 111 • Außerdem: Erste internationale Konferenz über Uranbergbau in Toronto • Weltwirtschaftsgipfel in Toronto • „Sommerschule“ des BUKO – Professionalisierung oder Bewegungsnähe • Aktionstage 15.10.88 – BürgerInnen gegen Bürger sowie Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik • Berichte zur europäischen Asypolitik, zum BAYER, „Jubiläum“ und zu 20 Jahre Aktion Dritte Welt/Freiburg Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM Bezug: FORUM, Lingener Str. 9, 4400 Münster

Blätter des iZw, Nr. 153/November 1988

Schwerpunkt: Kultur • Europäischer Exotismus als Form der Kulturrezeption • Ökonomische Bedingungen diktiert den Kulturaustausch • Auswärtige Kulturpolitik der BRD • Afrikanische Erzähltradition und neue Medien • Die zweite Kolonialisierung der Religion im bolivianischen Tiefland • Capoeira zwischen Kampf und Tanz • Außerdem: Burkina Faso ein Jahr nach dem Umsturz • Iran • Giftmüll: „Das tödliche Geschäft“ • IWF Nachlese mit Rede, Eindrücken, Kampagnenberichterstatterung Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM Bezug: iZw, Postfach 5828, 7800 Freiburg

ia, Nr. 119/Oktober 1988

Schwerpunkt: Dominikanische Republik • Einblicke in diese von den Auflagen des IWF besonders gebeutelte karibische Republik • Kurzer historischer Rückblick • Interviews mit Führern der städtischen und ländlichen Volksbewegung • „Freie Produktionszonen“ • Sex-Tourismus • Ökologie • Theaterproduktionen als Ausdruck kultureller Eigenständigkeit • Beilage der Infostellen zu Mittelamerika über das Wirken der Christdemokratie • Chile vor, während und nach dem „NO“ • Landkonflikte in Brasilien • Brasilianischer Exportschlager „Sinha Moça“ • El Salvador und Waffenkonte • Rückschau auf die Anti-IWF/Weltbankkampagne Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM Bezug: ia, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

AKZENT-Buchhandlung
ADAM KUCKHOFF
Annuntiatenbach 1
5100 Aachen
Tel. 02 41 - 3 61 91

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH HEINE
Feilenstraße 10
4800 Bielefeld
Tel. 05 21 - 6 35 18

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH HEINE
Brückstraße 18
4630 Bochum
Tel. 02 34 - 6 70 80

AKZENT-Buchhandlung
Oxfordstraße 17
5300 Bonn
Tel. 02 28 - 65 84 33

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH VOGELER
Fedelhöfen 14 - 17
2800 Bremen 1
Tel. 04 21 - 32 33 34

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH HEINE
Lauteschlägerstraße 3
6100 Darmstadt
Tel. 0 61 51 - 7 52 30

AKZENT-Buchhandlung
Königswall 22
4600 Dortmund 1
Tel. 02 31 - 14 08 80

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH HEINE
Ackerstraße 3
4000 Düsseldorf 1
Tel. 02 11 - 35 06 91

AKZENT-Buchhandlung
BERTOLT BRECHT
Philosophenweg 3
4100 Duisburg
Tel. 02 03 - 2 53 76

AKZENT-Buchhandlung
KARL LIEBKNECHT
Viehofen Platz 15
4300 Essen 1
Tel. 02 01 - 23 20 14

AKZENT-Buchhandlung
Bornwiesenweg 4
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069 - 59 39 89

AKZENT-Buchhandlung
FRIEDRICH HECKER
An der Mehlwaage 2
7800 Freiburg
Tel. 07 61 - 2 51 36

AKZENT-Buchhandlung
HEINRICH MANN
Johnsallee 67
2000 Hamburg 13
Tel. 040 - 4 10 45 72

AKZENT-Buchhandlung
Hamburger Allee 37
3000 Hannover
Tel. 05 11 - 31 39 55

AKZENT-Buchhandlung
Plöck 64 a
6900 Heidelberg
Tel. 0 62 21 - 126 33

AKZENT-Buchhandlung
am Bebelplatz
Friedrich-Ebert-Straße 161
3500 Kassel
Tel. 05 61 - 156 42

AKZENT-Buchhandlung
KÄTHE KOLLWITZ
Ringstraße 59
2300 Kiel
Tel. 04 31 - 67 82 45

AKZENT-Buchhandlung
NEUE RHEINISCHE
Fleischmengergasse 31
5000 Köln 1
Tel. 02 21 - 21 57 70

AKZENT-Buchhandlung
ANNA SEGHERS
Bilbilsdisstraße 15
6500 Mainz
Tel. 0 61 31 - 22 49 16

AKZENT-Buchhandlung
KURT TUCHOLSKY
T 2,1
6800 Mannheim
Tel. 06 21 - 15 16 64

AKZENT-Buchhandlung
WILHELM LIEBKNECHT
Wettergasse 19
3550 Marburg L.
Tel. 0 64 21 - 6 36 62

AKZENT-Buchhandlung
LIBRESSO
Amalienstraße 45
8000 München 40
Tel. 089 - 28 17 67

AKZENT-Buchhandlung
Roggenmarkt 15 - 16
4400 Münster
Tel. 02 51 - 4 70 34

AKZENT-Buchhandlung
LIBRESSO
Peter-Vischer-Straße 25
8500 Nürnberg 1
Tel. 09 11 - 22 50 36

AKZENT-Buchhandlung
Donnerschweerstraße 12
2900 Oldenburg
Tel. 04 41 - 8 74 49

AKZENT-Buchhandlung
LENCHEN DEMUTH
Berliner Promenade 12
6600 Saarbrücken
Tel. 06 81 - 3 65 59

AKZENT-Buchhandlung
FRIEDRICH WOLF
Wilhelmsplatz 1
7000 Stuttgart 1
Tel. 07 11 - 24 65 80

AKZENT-Buchhandlung
FRIEDRICH ENGELS
Gathe 55
5600 Wuppertal 1
Tel. 02 02 - 45 28 53

Akzente
für die Veränderung -
mit unseren Mitteln.

WIR RATEN ZU BÜCHERN!

Sie finden in jeder Akzent-Buchhandlung „die“ politischen Sachbücher zu allen aktuellen Fragen; Belletristik aus den unterschiedlichsten Ländern der Erde - vor allem aber aus der Sowjetunion und der DDR. Wir haben schöne und ehrliche Bücher für Kinder und einige von uns haben auch Musik „auf der Scheibe“ oder andere gute Sachen, wie zum Beispiel „Geist“ in Flaschen. Frauen und ihre Themen halten bei uns die Balance - die Männer „wiegen“ nicht schwerer.

Besuchen Sie uns - oder schicken Sie uns den Coupon. Sie werden von uns informiert oder beliefert - ganz wie Sie wollen.



Name, Vorname

Anschrift

Wünsche können Sie auch formulieren!
Ich lege besonderen Wert auf: